



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 56

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 56

.....
vom 6.5.2020

.....
del 6/5/2020

Präsident
Vizepräsidentin
Vizepräsident

Josef Nogger
Rita Mattei
Manfred Vallazza

Presidente
Vicepresidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 56

vom 6.5.2020

Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Debatte im Sinne von Artikel 111-bis der Geschäftsordnung (auf Antrag des Vorsitzenden der Fraktion 'Team K') zum Thema 'Covid19-Krise: Analyse der Situation und Maßnahmen zur Eindämmung und Strategien für eine schrittweise Rückkehr zur Normalität' (Fortsetzung). Seite 1

Beschlussantrag Nr. 260/20 vom 17.02.2020, eingebracht von den Abgeordneten Nicolini, Staffler, Foppa und Dello Sbarba, betreffend nachhaltige und inklusive Digitalisierung in unseren Schulen. Seite 19

Beschlussantrag Nr. 268/20 vom 17.04.2020, eingebracht von den Abgeordneten Unterholzner, Köllensperger, A. Ploner, Faistnauer, F. Ploner und Rieder, betreffend keine Rückzahlung der Verlustbeiträge. Seite 28

Beschlussantrag Nr. 269/20 vom 20.04.2020, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Staffler, betreffend posttraumatische Folgen von Corona. Seite 35

Beschlussantrag Nr. 271/20 vom 20.04.2020, eingebracht vom Abgeordneten Repetto, betreffend COVID-19-Abteilungen auf Landesebene. Seite 40

Beschlussantrag Nr. 272/20 vom 20.04.2020, eingebracht vom Abgeordneten Urzì, betreffend Anstieg der Todesfälle in Südtirol im März 2020 verglichen mit den durchschnittlichen Zahlen aus den Vorjahren. SABES-Bericht zu Todesursachen und positiven Testergebnissen auf COVID-19. Seite 45

RESOCONTO INTEGRALE DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO PROVINCIALE

N. 56

del 6/5/2020

Indice

Dibattito di attualità ai sensi dell'articolo 111-bis del regolamento interno (su richiesta del capogruppo del gruppo consiliare 'Team K') sul tema 'Crisi COVID-19: analisi della situazione e misure per il contenimento e strategie per un graduale ritorno alla normalità' (continuazione). pag. 1

Mozione n. 260/20 vom 17/02/2020, preentata dai consiglieri Nicolini, Staffler, Foppa e Dello Sbarba, riguardante digitalizzazione sostenibile ed inclusiva delle nostre scuole. pag. 19

Mozione n. 268/20 del 17/04/2020, presentata dai consiglieri Unterholzner, Köllensperger, A. Ploner, Faistnauer, F. Ploner e Rieder, riguardante pacchetto di aiuti: i contributi a fondo perduto non vanno restituiti. pag. 28

Mozione n. 269/20 del 20/04/2020, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Staffler, riguardante effetti post-traumatici dell'emergenza coronavirus. pag. 35

Mozione n. 271/20 del 20/04/2020, presentata dal consigliere Repetto, riguardante reparti COVID sul territorio. pag. 40

Mozione n. 272/20 del 20/04/2020, presentata dal consigliere Urzì, riguardante aumento dei decessi in Alto Adige nel mese di marzo 2020 in rapporto alla media degli anni precedenti. Rapporto Asdaa sulle cause di morte e sui rilevamenti di positività a Covid-19. pag. 45

Beschlussantrag Nr. 270/20 vom 20.04.2020, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Staffler, betreffend Mobilität in Corona-Phase 2.Seite 48

Beschlussantrag Nr. 274/20 vom 20.04.2020, eingebracht vom Abgeordneten Köllensperger, betreffend Einrichtung einer Kontrollgruppe für Covid-Förderungsanzahlungen. Seite 55

Beschlussantrag Nr. 275/20 vom 20.04.2020, eingebracht von den Abgeordneten Leiter Reber und Mair, betreffend autonome öffentliche Kinderbetreuung bis zum Herbst 2020. Seite 58

Beschlussantrag Nr. 220/19 vom 20.12.2019, eingebracht vom Abgeordneten Nicolini, betreffend Förderungen von Energiespeichersystemen (Fortsetzung). pag. 72

Landesgesetzentwurf Nr. 7/19: "Änderungen zum Landesgesetz vom 12. Mai 2010, Nr. 6, 'Naturschutzgesetz und andere Bestimmungen'" (Fortsetzung).72

Mozione n. 270/20 del 20/04/2020, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Staffler, riguardante la mobilità nella fase 2 del Coronavirus. pag. 48

Mozione n. 274/20 del 20/04/2020, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante istituzione di un gruppo di controllo sul pagamento delle agevolazioni relative al Covid. pag. 55

Mozione n. 275/20 del 20/04/2020, presentata dai consiglieri Leiter Reber e Mair, riguardante il servizio pubblico assicurati in modo autonomo l'assistenza all'infanzia fino all'autunno 2020. pag. 58

Mozione n. 220/19 del 20/12/2019, presentata dal consigliere Nicolini, riguardante bando sistemi di accumulo energia (continuazione). pag. 72

Disegno di legge provinciale n. 7/19: "Modifiche alla legge provinciale 12 maggio 2010, n. 6 'Legge di tutela della natura e altre disposizioni'" (continuazione). pag. 72

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Josef Nogger

Ore 10.08 Uhr

Namensaufruf - appello nominale

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt.

Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Wir fahren mit der Behandlung der institutionellen Tagesordnungspunkte fort.

Punkt 2 der Tagesordnung: "**Aktuelle Debatte im Sinne von Artikel 111-bis der Geschäftsordnung (auf Antrag des Vorsitzenden der Fraktion 'Team K') zum Thema 'Covid19-Krise: Analyse der Situation und Maßnahmen zur Eindämmung und Strategien für eine schrittweise Rückkehr zur Normalität'**" (Fortsetzung).

Punto 2) all'ordine del giorno: "**Dibattito di attualità ai sensi dell'articolo 111-bis del regolamento interno (su richiesta del capogruppo del gruppo consiliare 'Team K') sul tema 'Crisi COVID-19: analisi della situazione e misure per il contenimento e strategie per un graduale ritorno alla normalità'**" (continuazione).

21 Abgeordnete sind vorgemerkt, 10 kamen gestern bereits zu Wort. Ich ersuche also um Wortmeldungen. Abgeordnete Mair, bitte.

MAIR (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident. Habe ich Morgen noch eine Lebensgrundlage, kann ich meine Miete noch bezahlen oder welche Zukunft kann ich meinen Kindern bieten? Das sind leider alltägliche Fragen in einem Land geworden, das sich noch vor wenigen Monaten zu einem jener wirtschaftlich starken Regionen Europas zählen durfte, die es nach den Entbehrungen des 20. Jahrhunderts geschafft hatten, der Bevölkerung einen bestimmten Wohlstand, Arbeit und Perspektiven zu bieten. Ein Virus machte vieles davon zunichte. Ganze Wirtschaftszweige, wie der Tourismus, der Detailhandel oder das produzierende Gewerbe mussten von heute auf Morgen die Tore dicht machen. Je länger dieser Zustand andauerte, umso mehr Arbeitsplätze gingen verloren, kamen Unternehmen in finanzielle Schwierigkeiten und wussten unsere Familien nicht mehr, wie sie über die Runden kommen würden. Geschlossene Schulen, keine Kleinkinderbetreuung und finanzielle Engpässe forderten die Familien aufs Härteste heraus. Das strenge Diktat aus Rom, welches in der Anfangsphase zur Eindämmung des Virus noch nachvollziehbar war, wurde zu einem Zustand ohne Perspektive, der die Lebensgrundlage unserer Heimat infrage stellte. Jahrzehntelange Aufbauarbeiten von Unternehmen, Investitionen in den Fremdenverkehr, die Hoffnungen junger Handwerker oder die Mühen der Arbeiter waren mit einem Male auf Messers Schneide und Rom hielt die Zügel nach wie vor straff in der Hand.

Die ersten Wochen der Ausgangssperre waren in Südtirol geprägt durch gebetsmühlenartige Presskonferenzen, Geschichten, die von einigen, auch von Medien, zu Skandalen aufgebauscht wurden, die auch teilweise durch falsches Kommunizieren zumindest den Eindruck erweckt haben, dass man versuchen möchte, ungute Dinge unter den Tisch zu kehren, täglich neue Unzulänglichkeiten, mit denen unser Land konfrontiert wurde. Es hatte ab und zu auch den Anschein, dass unsere politische Führung, die durch diese Krise geleistet hat, die Verantwortung an Rom abgegeben hat. Das Drama nahm seinen Lauf. Es gab jede Menge Videos mit Durchhalteparolen, Ankündigungen und Verheißungen, während die Bevölkerung mit der Existenzfrage konfrontiert wurde. Während sich die Lage in vielen Ländern beruhigte und die Regierungen versuchten sich dem Normalzustand wieder anzunähern, kamen aus Rom immer die gleichen Töne und Vertröstungen.

Erst als klar wurde, dass die Regierung Conte mit allen Mitteln versucht Eurobonds zu erzwingen und somit den Staat Italien samt Südtirol zu einem zweiten Griechenland zu machen, dämmerte es der Landesre-

gierung, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Als der Druck der Straße, der Wirtschaft und der Opposition nicht mehr überhörbar waren, tat die Landesregierung in dieser ganzen Tragödie das einzig Richtige:

Südtirol nimmt sein Schicksal selbst in die Hand und schlägt seinen eigenen Weg ein. Es geht um nichts Weniger als um die Lebensgrundlage unserer Heimat.

Es ist höchste Zeit zu handeln. Als Südtiroler Landtag haben wir alle gemeinsam die Pflicht, die uns von den Bürgern im Land aufgetragen wurde, die Zügel in die Hand zu nehmen und unser Land wieder eine Perspektive zu geben, um unseren Familien wieder Sicherheit zu bieten, um nicht Existenzen aufs Spiel zu setzen und unseren Kindern eine Zukunft zu bieten, die nicht mit erdrückenden Schulden gepflastert ist. Südtirol muss in dieser schwierigen Zeit zusammenstehen, den großen Schulterchluss suchen, die Kräfte und auch den Mut bündeln. Gehen wir diesen Weg, lassen wir uns von Rom nicht von unserem Vorhaben abbringen und geben diesem Land, seinen Familien und seinen Unternehmen die Hoffnung zurück.

Wir werden ab morgen ein Landesgesetz behandeln und auch hoffentlich verabschieden. Dieses Landesgesetz mag nicht perfekt sein und hat sicherlich auch Schwächen, die es zu beheben gilt, aber die Stoßrichtung stimmt. Über eine halbe Million Menschen in diesem Land setzen die Hoffnungen darauf, dass sich bald eine Normalität einstellen möge.

Eines ist jedoch klar: diese Krise war eine Zäsur. Die kommenden Jahre werden im Zeichen der Bewältigung derselben stehen und dem Abbau der Folgen. Die Schwächen, die deutlich zutage getreten sind, die im System unseres Landes liegen, sind schonungslos anzugehen und zu beheben, auch wenn es ein großer Kraftakt sein mag. In vielen Bereichen hinkt Südtirol den mitteleuropäischen Standards hinterher und muss hier aufschließen, um eine weitestgehende Eigenständigkeit unseres Landes anzustreben.

UNTERHOLZNER (Team K): Danke. Diese Krise und die letzten drei Monate haben sehr viel für Verwirrung gesorgt, auch weil wir nahezu täglich neue Verordnungen, neue Dekrete von allen Richtungen bekommen haben, einmal aus Rom und ein anderes Mal aus Südtirol. Diese Krise, die wir derzeit durchleben,... die richtige Krise ist noch gar nicht gekommen, die steht noch vor uns. Davon bin ich felsenfest überzeugt. Ich persönlich habe noch die Krise von 2008-2009 in Erinnerung. Diese Corona-Krise wird uns die nächsten fünf Jahre prägen. Wir sind deshalb dabei, in dieser Woche ein Gesetz zu verabschieden, wir brauchen gemeinsam ein Gesetz, das verständlich ist, das umsetzbar ist, das der Bevölkerung zugutekommt, und nicht, dass wir nur nach wie vor für Verwirrung sorgen oder vor lauter Bäume den Wald nicht mehr sehen. Es gilt deshalb hier, sehr viele Sachen gut zu überlegen. Wir haben uns sehr stark eingebracht, um dieses Gesetz so auszulegen, dass es verständlich wird, dass es verständlich ist, und dass es effektiv in der Praxis umsetzbar ist und trotzdem seine Wirkung hat. Ich glaube, das brauchen die Menschen. Wir können mit Sicherheit nicht, auch die öffentliche Hand nicht, mit Steuergeldern den Gesamtschaden bezahlen, aber was wir sehr wohl tun können und müssen, und das ist unsere Aufgabe, dass wir den Schaden mit vernünftigen Regeln in Grenzen halten. Mit vernünftigen Regeln meine ich, dass wir so wenig wie möglich für Verwirrung sorgen, dass wir ganz klare, kurze, knackige Gesetzesregelungen machen und dass wir unbedingt schnellstens eine Taskforce einrichten für die Wirtschaft. 35 Millionen für die IDM sind sicherlich gut investiert, aber dafür braucht es eine Taskforce mit Spezialisten, mit Wirtschaftsleuten, die aus der Branche kommen, die sich einbringen dürfen und einbringen können, damit man vernünftige Maßnahmen ergreift in allen Wirtschaftszweigen - ich sage bewusst in allen Wirtschaftszweigen und da sind auch die Arbeitnehmer gemeint, nicht nur die Arbeitgeber, denn das ist ein Kreis, der sich schließt, - und wo man imstande ist, die Sachen relativ einfach umzusetzen.

Das gibt uns jetzt vielleicht die Möglichkeit, das zu vereinfachen, denn sehr viele Abläufe, wie gestern bereits Kollege Renzler gesagt hat, noch viel zu aufwendig sind, und der gesamte Verwaltungsapparat viel zu aufwändig ist. Leute, wir machen hier die Gesetze, und wir sind hier verantwortlich, wie aufwendig die Prozesse sind und wie aufwendig wir die Regelungen festhalten. Ich sehe es einfach so, als Unternehmer muss ich die Regel, den Ton, den Weg vorgeben und meine Mitarbeiter arbeiten zu. Wenn ich den Weg so hinderlich vorbereite, dann wird der ganze Ablauf so aufwendig, wie wir es derzeit sehr oft miterleben und mitverfolgen.

Ich persönlich und wir vom Team K haben zig sehr gute Vorschläge gemacht, was man von anderen abschauen kann. Wir brauchen das Rad absolut nicht neu zu erfinden, wir brauchen einfach nur von den Besten lernen, wie machen die das, wie machen die anderen das, beispielsweise die Beitragsleistung bzw. -abwicklung. Wie haben das andere Länder gemacht? Die Unternehmer haben bereits längst das Geld bekommen. Unsere hier warten und bangen auf die paar Euros. Leute, ich bin einfach überzeugt, wir hier haben die Verantwortung und die Aufgabe, Regelungen zu machen, die in der Praxis relativ einfach und zielführend umsetzbar sind.

Ich hoffe deshalb, dass wir einige Änderungsanträge, die zur Erleichterung und zum besseren Verständnis des Gesetzes dienen, durchbringen und ersuche die Mehrheit diese zuzunehmen, denn dann zeigen wir den Leuten, dass wir zusammenhalten und dass wir gemeinsam versuchen, das Beste daraus zu machen. Ich bin auch überzeugt, dass wir gemeinsam was Gutes auf den Weg bekommen.

PLONER Franz (Team K): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen, grundsätzlich bin ich froh, wenn alles bald vorbei ist. Die stattfindenden öffentlich medial geführten Diskurse zu SARS-CoV2 und Covid19 ermüden zunehmend. Aber leider wird das Virus uns noch lange begleiten, da es weder eine Herdenimmunität noch einen Impfstoff in ausreichender Qualität und Menge in absehbarer Zeit geben wird.

Die gegenwärtige SARS-CoV-2 Pandemie forderte die Südtiroler Gesellschaft in unvorstellbarer Art heraus. Spätestens Ende März – Anfang April 2020 war dann aber klar, dass das wichtigste Ziel des Shutdowns nämlich die Krankenhäuser und die Intensivstationen des Landes nicht zu überlasten, erreicht war.

Viele Maßnahmen wurden zwischenzeitlich gelockert. Aber die Zahlen der Infizierten, der Todesfälle in den Krankenhäusern, in den Altersheimen und zu Hause belasten uns alle; sie fordern uns zur kritischen Reflexion auf. Zunehmend in den Vordergrund treten werden die gesundheitlichen, psychischen, sozialen und ökonomischen Folgen, auf die wir eine Antwort geben müssen. Die wirtschaftlichen Schäden werden uns über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte begleiten!

Die soziale Ungleichheit wird zunehmen und die Gefahr einer drohenden Kinderarmut besteht ganz real. Bereits jetzt erkennen wir die Auswirkungen der eingetretenen Angst auf unsere Psyche. Die Arbeitsunfähigkeit und die Frühpensionierungen aufgrund psychischer Erkrankungen werden ebenfalls steigen. Der Verlust an gesunden Lebensjahren durch die Kollateralschäden des Lockdowns kann noch gar nicht beziffert werden. Kurz gesagt, die Gesamtbilanz ist verheerend!

Haben wir unsere Ziele durch die Maßnahmen erreicht? Die uns vom Krisenstab und der Politik kommunizierte Strategien waren: die SARS-CoV-2 Infektionskurve abflachen, die Krankenhaus- und die Intensivbettenkapazitäten sichern, die Sterblichkeit geringhalten, und, leider viel zu spät erkannt, die Risikogruppen und das Gesundheits- und Pflegepersonal schützen. Fast ausgeblendet wurden die Auswirkungen der Schließung aller pädagogischen Bildungsstätten auf Kinder und Jugendliche, die soziale Vereinsamung der alten Menschen und der ökonomische Einbruch in allen Wirtschaftszweigen auf das sozial-kulturelle Gefüge des Landes.

Die ersten drei Ziele wurde gut gemeistert.

Aber auch bei uns gab es Fehler mit teilweise dramatischen Auswirkungen wie etwa die anfänglich schleppende Testung der Erkrankten, des Pflegepersonals, der Risikogruppen und die massive Infektionsrate in den Alten- und Seniorenheimen, die zu den Hotspots der COVID-Erkrankung des Landes wurden. Aber und das müssen wir eingestehen, kein Land ist bisher ohne Fehler geblieben. Trotz allem dürfen wir zufrieden sein, das erste Ziel des Lockdowns haben wir erreicht.

Uns ist nicht ausreichend gelungen, das Gesundheitspersonal, das Personal in den Altenheimen und die Risikogruppen in dem Maße zu schützen wie es hätte sein sollen. Um dies zukünftig zu vermeiden, bedarf es einer Teststrategie, die konsequent verfolgt wird. Deswegen kommt der Testung auf Infektiosität eine entscheidende Rolle zu. Nur durch die Testung kann der reale Anteil Infizierter, Erkrankter und immuner Personen ermittelt werden. Deshalb muss die aktuell vorhandene Testkapazität stark ausgeweitet und durch zusätzliche Testverfahren mit hohem Probendurchsatz ergänzt werden.

Es gilt daher Testen/Verfolgen/Isolieren. Wir brauchen ausreichend Sanitätspersonal, um die Kontaktnachverfolgung rasch umsetzen zu können und COVID-Ambulanzen in allen Krankenhäusern aufzubauen. Nur so können wir die Betreuung der Patienten in häuslicher Quarantäne garantieren und die Nachverfolgung von infizierten Personen sichern.

Nun was können wir beitragen? Durch den Lockdown wurde die Anzahl der Infektionen so weit reduziert, dass ein normales Wirtschafts- und Sozialleben durch Testen, Nachverfolgen und Quarantäne hoffentlich gut genug funktioniert, damit gemeinsam mit 1 Meter Abstand halten, Händehygiene, Versammlungseinschränkungen größerer Personengruppen, teilweise Maskenpflicht, die Reproduktionsrate unter 1 bleibt.

Aber letztendlich müssen wir die Menschen überzeugen. Es bedarf einer klaren Kommunikation und gute Abwägung notwendiger Maßnahmen, damit die Toleranz und Akzeptanz angenommen werden. Wir sind jetzt in einer Situation, in der es Achtsamkeit braucht und das Verständnis in der Bevölkerung, dass das, was in den letzten Wochen an Verzicht geleistet wurde, notwendig und nicht „umsonst“ war.

Wir brauchen weiterhin die Kooperation der Bevölkerung, sei es bei neuen Hotspots, bei Clustern oder einer zweiten Welle, sollte sie kommen. Wir müssen bei den Botschaften klar bleiben, um die Geduld der Menschen nicht zu verlieren.

Auf jeden Fall müssen wir es schaffen, dass wir aus dem Ganzen jetzt für die Zukunft lernen, um die nächste Pandemie vorbereitet zu meistern. Der jetzt folgende „Tanz“ wird bestimmt nicht leicht!

Johan Gieseke, der Berater der schwedischen Regierung, hat vor einigen Tagen folgendes gesagt: „Erst in einem Jahr werden wir wissen, ob der Schwedische Weg der Richtige war!“ Und dasselbe gilt für uns!
Dem ist nichts hinzuzufügen!

PRÄSIDENT: Vielen Dank. Werter Kollege, wir haben die Zeit aufgeteilt. Wenn jeder eine Minute oder mehr überzieht, dann wird es schwierig, die Zeit einzuhalten.

Zu Wort gemeldet hat sich Landesrätin Hochgruber Kuenzer, bitte, Sie haben das Wort.

HOCHGRUBER KUENZER (Landesrätin für Raumordnung und Landschaftsschutz, Denkmalschutz - SVP): Danke, Herr Präsident. Werte Kolleginnen und Kollegen. Ich werde weniger brauchen als fünf Minuten. Die Analyse, die wir heute ansatzweise versuchen zu machen, fällt natürlich ganz unterschiedlich aus. Mein Beitrag dafür ist, dass wir neu beginnen, wir haben bereits einige Slogans mit Neustart gemacht, aber das ist ein Neubeginn. Wir werden neu beginnen, was die Arbeitsplätze angeht, wir werden neu beginnen, dort zu investieren, wo Neuland ist, wo Unbekanntes ist. Wir werden verlieren, wenn wir alles gleich machen, und das Bild von gestern wieder aufhängen wollen. Wir werden neu beginnen, wenn wir uns besinnen, was uns stark macht: unsere Werte, unsere Traditionen, unsere Religion. Wir werden nicht resignieren! Es wird anders sein, wenn wir es akzeptieren, wenn wir das Anderssein akzeptieren und sagen, ja, das gibt es, ohne: wer hat Schuld daran? Wir müssen die Situation akzeptieren, die wir ja nicht ändern können, wir müssen sie meistern, sie gibt es. Es werden, und das ist die Gefährlichkeit in schwierigen Zeiten, immer wieder Kräfte auftreten, die sagen, es gibt Möglichkeiten. Kräfte, die mit Versprechungen Menschen in verschiedene Richtungen führen, die Öl ins Feuer gießen, anstelle (so wie die Feuerwehr, das tut) das Feuer einzugrenzen. Meine Vorstellung ist es, dass wir die Menschen, und zwar sehr viele Menschen, stärken müssen, damit sie selber autonom, aktiv diese Gegenwart auch gestalten, und dass wir die nötigen Rahmenbedingungen dafür schaffen. Danke schön.

PLONER Alex (Team K): Danke. Liebe Kolleginnen und Kollegen. Max Frisch hat einmal gesagt: "Krise ist ein produktiver Zustand, man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen." Diesen Beigeschmack zu nehmen, war bisher sehr schwierig angesichts der Bilder, die uns aus der ganzen Welt erreicht haben. Aber jetzt sind wir in einer Phase, wo wir auch nach vorne blicken sollen und können. Das ist gestern auch schon angesprochen worden. Man muss sich die Frage stellen, wie managen wir jetzt diese Krise? Das muss sich die Politik genauso fragen, wie die Verwaltung, wie die Wirtschaft draußen, wie die gesamte Bevölkerung. Die Eltern Zuhause fragen sich auch, wie managen wir jetzt diese Krise, die in homeschooling sind. Als Journalist und auch als Eventmanager hatte ich in der Vergangenheit immer mit Krisen zu tun. Kleine Krisen, größere Krisen. Die kleine Krise eines Journalisten ist es, du hast einen Plan für den Vormittag, wie du am Nachmittag den Beitrag gestalten möchtest, und kommst dann zum Ort des Geschehens und alles ist anders als geplant. Genauso im Eventmanagement, wenn dann plötzlich das Wetter nicht mitspielt und dergleichen mehr. Ich habe im Leben eines gelernt im Umgang mit diesen Krisen, schnelle Entscheidungen zu treffen, mutige Entscheidungen zu treffen. Wir wissen erst im Nachhinein, ob sie richtig waren oder falsch, aber sie müssen getroffen werden, und es braucht überall einen Plan B und einen Plan C. Auch diese Frage müssen wir uns immer wieder stellen, haben wir einen Plan B und einen Plan C? Gerade in dieser Situation merken wir sehr oft, dass wir in gewissen Bereichen diese Pläne nicht gehabt haben. Gestern wurde es in der Debatte angesprochen, wir sollten den Blick nicht zurückwerfen, hat es geheißen, wir sollen nach vorne blicken. In der Motivation ist das wichtig, denn wir können nur die Gegenwart und die Zukunft gestalten. Vergangenheit müssen wir nehmen, wie sie war, aber Wissenschaft basiert auf der Vergangenheit. Wir holen uns Fakten aus der Vergangenheit. Vor allem aber, was wichtig ist, mit der Beschäftigung mit der Vergangenheit, wir holen uns Erfahrung aus der Vergangenheit. Erfahrungsschatz ist der größte Schatz, den wir haben, in allen Bereichen, auch der persönliche Erfahrungsschatz zeichnet uns aus. Das einzige Vorteil am Älterwerden ist, dass wir einen Erfahrungsschatz haben gegenüber jungen Menschen, die diesen erst aufbauen müssen. Also blicken wir zurück, sehr wohl, und organisieren wir diesen Blick zurück, das heißt holen wir uns in allen

Bereichen Menschen mit dieser Erfahrung an den Tisch. Ich lese heute in den Zeitschriften und in der Zeitung, dass die Wirtschaft sagt: bitte holt unsere Erfahrung an den Tisch, liebe Politik. Das ist eine berechnete Forderung. Das sollten wir tun, in allen Bereichen, auch in der Schule. Ich bekomme von vielen Lehrerinnen die Rückmeldung: holt doch unsere Erfahrung mit an den Tisch für die Entscheidungen, die ihr macht als politisch Verantwortliche und Vertreter. Genauso im Sozialen, usw. Ein "weiter so" wird schwierig sein. Wir können nur aufgrund dieser Erfahrungen, die wir jetzt machen, den Plan für morgen schmieden. Wir wissen, im September machen wir wieder die Schule auf, wir müssen heute schon wissen, wie wollen wir diese Schule ab September gestalten. Damit ihr auch versteht, was ich meine mit diesen Entscheidungen für morgen, auch im Tourismus. Wollen wir so weiter machen wie bisher? Wollen wir die 33 Millionen oder wenn es am Ende 40 Millionen sind, die wir der IDM jetzt geben, dafür investieren, damit wir Altbekanntes morgen wieder verkaufen. Das machen die Schweizer genauso. Sie investieren 50 Millionen, die Schweiz-Tourismus, für die Werbung nach außen. Nordtirol genau dasselbe. Alle Tourismusdestinationen machen das jetzt. Sie nehmen viel Geld in die Hand, um zu sagen, kommt morgen wieder zu uns, Urlaub machen. Wir verkaufen mit viel Geld Altbekanntes, das wir eh schon kennen. Warum nehmen wir nicht die Hälfte dieses Budgets her, um Neues zu entwickeln, Start-up aufstehen zu lassen mit touristischen Ideen, mit neuen Ideen. Zum Beispiel auch das Thema, das die Grünen mit einem Beschlussantrag eingebracht haben, das Thema Kongress, da sehe ich Riesen Chancen. Investieren wir hier und nehmen wir die andere Hälfte des Geldes morgen, um das zu präsentieren, dann sind wir neu am Markt.

Ich sehe die Zeit, aber ich möchte noch eine Sache sagen, denn diese ist mir ganz, ganz wichtig. Das sogenannte Corona-Denunziantentum. Dieses Denunziantentum ist auch bei uns im Landtag angekommen seit heute Morgen. Ich bin vom Auto ausgestiegen und habe die Kollegin Jasmin Ladurner getroffen. Da wurde mir bewusst, ich habe meine Maske im Auto liegen gelassen. Das passiert momentan. Wir verabschieden diese Woche ein Gesetz, wo wir Abstandsregelungen festschreiben. Wir sind hier gesetzlich in Ordnung. Ich könnte die Maske herunternehmen und ich bin ab morgen gesetzlich in Ordnung. Heute zu lesen, liebe Kollegen und Kolleginnen - ich würde es auch sagen, wenn es die Kollegin Foppa, die Kollegin Mair oder den Landeshauptmann betreffen würde -, dass ein Kollege wie Dr. Franz Ploner öffentlich medial denunziert wird, weil er die Maske herunter hat, das schmerzt mir, das tut mir weh und das macht mich traurig und wütend. Das ist ein Mensch, der Menschenleben gerettet hat, der Schmerz genommen hat, der für seine Patientinnen und Patienten da war. Wenn wir uns von diesem Virus eines nehmen lassen, nämlich die Menschlichkeit, dann macht mich das traurig. Lassen wir uns von diesem Virus eines nicht nehmen, die Menschlichkeit! Bleiben wir Mensch! Bleiben wir respektvoll und mitfühlend!

LANZ (SVP): Ein wesentlicher Faktor, um eine Krise zu bewältigen, ist Respekt. Respekt vor dem Anderen, vor der Meinung des Anderen und ich erwarte mir jetzt schon endlich, dass gewisse Kollegen sich an die Zeit halten, denn auch das gehört zum Respekt.

Wir sind hier alle mit einer Debatte konfrontiert, wo wir eigentlich noch wenig Antworten geben können. Für eine Analyse ist es zu früh, für Strategien haben wir noch nicht die gesunde Basis, das heißt wir müssen sehr viele Entscheidungen aus dem Bauch heraus treffen. Ich glaube, etwas können wir aber alle mitbringen, das ist die eigene Erfahrung. Meine Erfahrung: ich habe Verwandte verloren und konnte nicht zur Beerdigung gehen, weil ich in Quarantäne war. Ich habe eine Mutter zu Hause, die beide Hände gebrochen hat und die leider nicht mehr ins Altersheim gehen konnte, weil es geschlossen war, und jetzt von ihrem Mann mit 80 Jahre gepflegt wird. Ich habe drei Kinder, die in unterschiedliche Schulsysteme gehen und dementsprechend auch die Herausforderung haben, mit dem Fernunterricht klarzukommen. Ich habe eine Frau, die einen Betrieb hat, und nicht arbeiten gehen kann. Ich selbst, der einen Betrieb hatte und in der Situation bin, dass ich nicht weiß, ob ich morgen noch in dieser Wohnung wohnen darf oder nicht. Was habe ich gelernt? Lösungen zu suchen. Was habe ich gelernt? Zuzuhören, zu diskutieren, und dementsprechend nach vorne zu schauen. Das erwarte ich mir von der Politik, das erwartet sich die Bevölkerung von uns. Wir brauchen nicht Reden schwingen, wer was falsch gemacht hat, oder was besser wäre, sondern wir müssen zusammenstehen und das Beispiel nach außen geben. Wir brauchen uns nicht verteidigen, aber wir müssen die Verantwortung übernehmen für das, was wir sagen, für das, was wir tun und auf das, was wir zeigen. Wir müssen auch die Verantwortung übernehmen für Blödsinne, die wir verzapfen. Wir müssen auch die Verantwortung übernehmen für Lösungen, die wir anbieten. Nur so können wir nach vorne gehen. Das erwarte ich mir von mir und das erwarte ich mir von uns.

PRÄSIDENT: Jetzt kommt die Kollegin Mattei dran. Sie kann sich leider von hier aus nicht vormerken, es geht technisch nicht, aber sie hat sich bei mir gemeldet. Also bitte, Frau Vizepräsidentin Mattei, Sie haben das Wort.

MATTEI (Lega Salvini Alto Adige – Südtirol): Grazie presidente, che lo ha precisato prima che sorgano complicazioni! Ovviamente io dalla mia postazione non posso prenotarmi.

La pandemia, il COVID, sta interessando praticamente tutto il mondo e credo che nessuno dei presenti ne ricordi una più grave per estensione e per le ripercussioni su molti aspetti della nostra vita sanitaria *in primis* ovviamente, ma anche sociale ed economica.

Anche se riusciremo a tornare alla normalità – cosa che mi auguro, ma questo ovviamente dipenderà da quando troveranno le cure –, al massimo potremo parlare di convivenza con il COVID. Comunque questo è un problema dei ricercatori, il nostro è quello di contenere il più possibile le conseguenze della pandemia in ogni campo, come detto, sanitario, economico e sociale.

È di certo, penso, il compito più difficile che questo Consiglio abbia avuto, se non in assoluto, di sicuro negli ultimi decenni, perché nei rispettivi campi dovremo operare scelte su come investire le risorse disponibili e anche non, ovviamente purtroppo.

Per far fronte all'emergenza sono state stanziare somme davvero considerevoli dalla Provincia, questo per dire che comunque se stiamo facendo, e sono certa che si farà, un ottimo lavoro, le critiche non mancheranno – già ci sono – ma anche perché la gente è comprensibilmente molto preoccupata e molto sotto pressione.

In ogni caso abbiamo già fatto e faremo mille volte meglio – se mi permettete – del Governo di Roma. Sappiamo tutti che i cittadini stanno ancora aspettando la CIG di marzo, nonché i famosi 600 euro, qui parliamo di dipendenti che sono in questo momento senza un'entrata e non mangiano e questo, devo dire, è vergognoso, per cui, se mi permettete, le scuse di Conte mi servono a poco. È per questo che proprio in questo caso l'intervento della Provincia è stato veramente provvidenziale.

È chiaro che adesso si parla della Fase 2, questo non significa ovviamente abbassare la guardia, assolutamente no, questo si potrà fare più avanti.

I danni dell'economia sono gravi già adesso. Da noi in Alto Adige l'economia si basa per la maggior parte sul turismo che, come sappiamo, è completamente bloccato ed è anche ovvio che non dobbiamo illuderci che queste conseguenze economiche si bloccheranno con le riaperture, perché fino a quando non si riapriranno le frontiere e le regioni, qui è tutto bloccato.

Per questi motivi a mio parere la scelta non è se o quando riaprire, ma come riaprire, perché a questo punto la riapertura è assolutamente necessaria se non vogliamo scomparire e morire del tutto, sopprimere del tutto la nostra economia e soprattutto il reparto turistico.

Io devo dire che mi conforta aver visto una straordinaria disciplina, dimostrata dai cittadini ma anche degli imprenditori, che hanno sopportato fino adesso di buon grado tutti i disagi e le limitazioni del virus. Direi che noi in questo frangente dobbiamo tenere conto di questo senso di responsabilità e chiedo di non trattare le nostre imprese e i cittadini come se fossero degli irresponsabili, come vorrebbe fare il Governo Conte, cioè mostriamo un po' di fiducia nei loro confronti, riavviando gradualmente le attività come stiamo cercando di fare.

Ovviamente non siamo solo noi in Alto Adige a chiedere di gestire autonomamente la fase 2, ma diversi governatori in tutta Italia, e direi che, visto che siamo una Provincia autonoma, sia il minimo che si possa chiedere, se poi a Boccia non va bene, ne prenderemo atto, però qui bisogna assolutamente in qualche maniera cercare di ripartire.

Concludo dicendo che sarebbe magari anche comodo anche per la nostra Provincia e per il presidente Kompatscher – che ringrazio, come ringrazio tutta la Giunta, per il lavoro svolto fino ad oggi – lavarsene, *sozusagen*, le mani e dire “Bene, andiamo avanti con le regole statali”, però penso che sia invece un atto di grande, grande responsabilità. Grazie!

ACHAMMER (Landesrat für Deutsche Bildung, Deutsche Kultur, Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungen, Arbeit, Integration - SVP): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Bevor ich auf zwei inhaltliche Punkte komme, möchte ich, weil es mir wichtig ist, schon einmal eine Grundsatzfrage über unsere Arbeit in diesen Raum stellen. Wie gehen wir eigentlich mit Stimmung draußen und mit Verantwortung, und zwar mit unserer Verantwortung um? Ich habe manchmal das Gefühl, wir fordern so langsam alles und das Gegenteil davon. Ich lese immens viel in diesen Tagen. Ich lese von Vertretern hier im Saal, wir können

unsere Gesetze oder das was wir diese Woche machen möchte, in die Mülltonne schmeißen. Ich höre, wir können doch alles aufmachen, das macht keinen Unterschied. Was soll schon groß passieren? Vor allem verspüre ich in einigen Bereichen relativ wenig Problembewusstsein, denn Südtirol hat sich, was wir vor einigen Monaten hier diskutiert haben, absolut verändert. Ich möchte schon einmal die Frage stellen, ob es nicht die Verantwortung von uns allen ist. Ich habe oft in den Gesetzgebungskommissionen gehört, unsere Aufgabe ist es, die Stimmung und die Meinungen der Bürger weiterzugeben. Es gibt aber schon einen wesentlichen Punkt, es ist auch unsere Aufgabe zu wissen, was in diesem Moment möglich und sinnvoll ist. Die Menschen verlangen von allen 35 Abgeordneten, nicht nur von der Mehrheit hier im Saal, dass sie Orientierung bekommen, und nicht in dasselbe Horn blasen. Das ist ein großer Unterschied. Einige machen das ganz gezielt und ganz gekonnt. Ich möchte hier noch einmal zuallererst, auch uns, zum Verantwortungsbewusstsein appellieren, denn ich glaube, wir geben kein gutes Bild ab, wenn hier im Landtag diese Woche ein Gesetz verabschiedet werden soll und wir schon vorher sagen: schenkt es euch, das ist eh für die Mülltonne, liebe Südtiroler/innen. Das ist ein Blödsinn. Das muss ich in aller Form sagen.

Das zweite, was mir auch wichtig ist, ist hier zu sagen, in erster Linie sollten wir eines tun, wir sollten an die Menschen in unserem Land denken, die es am meisten in dieser Krise getroffen hat, die am meisten betroffen sind und die es wirklich schwierig haben. Ich möchte nur drei Punkte ansprechen. Dann könnten wir vieles andere in der Diskussion weglassen. Ich habe gestern von der Kinder- und Jugendanwältin hier zu Recht gehört, denken wir an Kinder in schwierigen familiären sozialen Lagen in diesem Land, die es wirklich nicht einfach haben. Für viele wird die Luft Zuhause wirklich sehr, sehr dünn. Da ist es schwierig, überhaupt dorthin zu kommen, diese zu unterstützen. Ich finde das als ganz große Aufgabe. Ich muss durchaus auch einigen Gewerkschaften in einigen Bereichen, ich sagen nicht in allen, eine Kritik aussprechen, weil das Problembewusstsein fehlt. Wir haben viele Tausend Menschen im Lohnausgleich im Land. Dann diskutieren wir in anderen Bereichen, was man alles nicht tun dürfte und was man nicht tun möchte, usw. Da sind Menschen draußen, die haben Angst, ob sie überhaupt wieder in eine Arbeit zurückkehren können. Das sollte im Mittelpunkt stehen. Da sind andere Themen völlig unwichtig geworden. Und das dritte ist, die Existenzen, die auf dem Spiel stehen von kleinen, wie auch größeren Betrieben. Ich hatte gestern mit einem namhaften, großen Betrieb zu tun, der gesagt hat, jetzt wird es sehr, sehr eng.

Aber noch einmal, in aller Form, möchte ich sagen, kümmern wir uns darum und lassen das übliche ins Horn blasen weg. Wenn wir es tun, dann ist draußen die Stimmung nicht mehr zu halten. Das ist ein ganz, ganz wesentlicher Faktor. Ich möchte zum Abschluss noch eines sagen. Wir haben in den letzten Wochen immens oft gesagt: Südtirol hält zusammen. Ich habe nicht immer das Gefühl gehabt, dass das immer der Fall ist. Das wäre jetzt die Gelegenheit, das wirklich zu beweisen. Aber manchmal in einer anderen Form als wir es tun.

VETTORATO (assessore alla scuola italiana, formazione professionale italiana, cultura italiana, energia, ambiente - Lega Salvini Alto Adige – Südtirol): Grazie presidente! È chiaro che la situazione del Coronavirus è abbastanza grave, lo abbiamo ascoltato anche in quest'aula, oltre che a dircelo i cittadini.

Il collega Achammer, che mi ha preceduto, ha specificato che l'importante è la collaborazione, io sinceramente accetto sicuramente le critiche costruttive, però sentire certe comunicazioni che sono state date all'esterno mi infastidisce, e Vi dico anche perché.

Quando è partita la crisi siamo stati la prima Provincia a chiudere le scuole, era la settimana di carnevale, quindi abbiamo chiuso i servizi e gli asili nido, siamo stati i primi ad intervenire e vi posso garantire che, come Giunta, è difficile prendere delle decisioni in tempi molto rapidi, perché la situazione è sempre in continua evoluzione, lo dico sinceramente e ringrazio anche tutti i colleghi di Giunta per il lavoro che stiamo facendo.

Si dorme poco di notte, ci incontriamo a orari improbabili perché si devono trovare delle soluzioni ed è sempre un incastro, un piccolo *puzzle*, si sposta una pedina e si creano altri problemi e bisogna sempre continuare a rincorrere i problemi. Vi faccio un esempio: è stata chiusa, con decreto del presidente del Consiglio dei ministri, la didattica e si è passati alla didattica *online*, sembra una stupidaggine, in realtà la scuola – adesso parlo per quella italiana, ma anche quella tedesca e quella ladina – si è adattata nel giro di una settimana. In una settimana abbiamo cambiato *format*, nessuno si poteva immaginare di riuscire a farlo.

Come ci siamo riusciti? Innanzitutto ringrazio i colleghi della parte politica, ma ci sono anche i tecnici, la sovrintendenza, eccetera, che ha *switchato*, ha parlato con i dirigenti e con gli insegnanti e si è cambiata modalità.

Ma partendo con la didattica *online*, i cittadini erano pronti? Questa è l'altra domanda che ci poniamo. E allora lì correre a smantellare tutti i laboratori nelle scuole per fornire i PC a chi a casa non lo aveva. Devo ringraziare poi la Cassa di Risparmio, che ne ha messi a disposizione un bel po'. Poi c'era il problema delle consegne di questi PC, allora abbiamo chiesto a delle associazioni di volontariato che sono andate a consegnarli casa per casa. Ma questo è un esempio.

Come si fa la didattica *online*? Si è capaci di spiegare? C'erano dei programmi? Si è attivato subito sul sito della Provincia un *forum* di didattica, dove sono stati messi 350 progetti, sviluppati anche dai docenti, che ringrazio, perché anche loro hanno dovuto *switchare* da un giorno all'altro e cercare di spiegare e di tenere viva l'attenzione, perché il vero problema è tenere viva l'attenzione dei ragazzi dietro a uno schermo. Questo è uno degli esempi.

Vogliamo parlare di cultura? Ci sono delle pianificazioni che sono state fatte dalle associazioni, quando parte un programma culturale, chiaramente l'associazione si prepara un anno prima fondamentalemente per il programma culturale. Dall'oggi al domani li abbiamo bloccati, quindi c'è un problema sociale e psicologico, perché ovviamente gente che ha lavorato e che adesso è sospesa, c'è un problema economico, dove la Giunta è intervenuta con delle misure che sono contenute nel *Maßnahmenpaket*, ma soprattutto abbiamo dovuto dire alle associazioni di *switchare* anche loro nella modalità *online*, associazioni che non erano pronte a fare i loro percorsi culturali *online*. Guardate che queste cose costano fatica sia ai cittadini che alle associazioni, costano fatica alla parte politica, e qua siamo chiamati tutti, anche domani, a prenderci delle responsabilità e a collaborare, perché dobbiamo dare delle risposte.

Vogliamo parlare di ambiente? L'Agenzia per l'ambiente continua a fare i controlli come da prassi. Piccolo dettaglio: sono tutti in *smart working* e quindi non è un telelavoro con l'accesso da casa a un server e a tutti i documenti, ma è lavorare anche con i mezzi propri, perché i dipendenti sono chiamati a lavorare con i mezzi propri per dare delle risposte.

Il risultato è che i cittadini non si sono accorti di nessun disservizio. Noi possiamo fare tutti i giochi politici dicendo che è colpa di uno o dell'altro, ma il cittadino medio non si è accorto di nessun disservizio, quindi vuol dire che il sistema ha *switchato* e ha funzionato. Grazie!

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente! Se le gentilissime colleghe e i gentili colleghi in questa sala non portassero la mascherina, io onestamente potrei pensare di essere in un normale dibattito, uno qualunque dei dibattiti che possiamo svolgere in quest'aula in un qualunque momento dell'anno o della legislatura.

C'è un ospite che non viene citato: il virus, non esiste. In provincia di Bolzano è stato rimosso dalla coscienza e dalla consapevolezza, non esiste, stiamo parlando di tutt'altro, stiamo parlando di una dimensione fantastica.

Ho apprezzato le bellissime parole del capogruppo della Volkspartei, lo dico chiaramente: la politica ha dei doveri, cioè quelli di indicare le soluzioni e trovare le strade giuste, e peraltro i casi anche personali che ha citato non possono che toccare ciascuno di noi, ma la politica deve anche avere la capacità di essere sempre e solo un coro unanime, perché questo è sbagliato, perché non si pone interrogativi, non si pone domande, non ha dubbi, come in questa sala oggi; tutti allineati su un medesimo pensiero che soprattutto esclude la questione principale, ci siamo dimenticati che il virus c'è.

La Provincia a cui chiediamo la fiducia è la stessa Provincia, signori, che solo qualche settimana fa – anche signori dell'opposizione – sbagliava i numeri dei morti nel comunicarli, è la stessa Provincia che comprava gli scaldacollo e li passava come maschere anticontagio, è la stessa Provincia che ha comprato un numero significativo di mascherine che poi sono rimaste negli armadi, perché non hanno potuto essere utilizzate, è la stessa identica Provincia quella a cui oggi date, diamo, la piena, incondizionata fiducia, senza un minimo dubbio.

Introduco un fatto nuovo di cui non si è parlato: il 23 aprile 706 tamponi su nuove persone, 700 persone tamponate per la prima volta, questo dato lo abbiamo recuperato noi, perché non è disponibile sui siti in cui passate le informazioni ufficiali, 706 che sono diventati in un giorno nuovi 528, il 27 di aprile, il 3 maggio 130, il 4 maggio 167, ieri un minimo rialzo, 228 nuove persone tamponate, a fronte di migliaia di tamponi che effettivamente vengono fatti e sui quali viene ricavata la percentuale di contagio, ma che sono riferiti anche a tamponi fatti a persone che sono già negative e su cui viene fatto di nuovo il tampone per verificare che siano effettivamente negative. Questa è l'informazione di cui Voi vi alimentate e che serve a creare il coro a cui ho assistito quest'oggi in quest'aula da maggioranza e minoranza.

Abbiamo anche un'economia masochista, presidente, che plaude di fronte al fatto di poter tornare a lavorare, come noi stessi abbiamo chiesto, perché noi siamo ri-aperturisti per intenderci, ma plaude questa economia al fatto di essere mandata in prima linea a combattere la crisi con le scarpe di cartone senza un aiuto, senza una garanzia, senza neanche un protocollo INAIL, ma sono dettagli. L'importante è plaudere.

Certo, si è riusciti in questa terra a manipolare in modo così profondo le coscienze in un delirio collettivo, per cui anche chi ne paga il prezzo principale, plaude e ringrazia. Certo, possiamo anche ritenere che le garanzie sui mutui siano una grande e straordinaria opera di sostegno all'economia, poi il mutuo incominciamo a pagarlo da ottobre, è lo stesso. Possiamo anche ritenere evidentemente che la sospensione dei tributi delle tasse della Provincia di Bolzano sia uno straordinario aiuto all'impresa, poi comunque il bollettino ci arriva a novembre.

Questo è il sistema Alto Adige, voi ne state dando una straordinaria rappresentazione. Io mi affido, presidente, a ciascuno di noi evidentemente, alla propria coscienza e alla responsabilità, ma mi affido presidente, soprattutto a un'entità che c'è, oltre al virus, anche il buon Dio. Che Vi assista, presidente, che Vi assista nelle decisioni giuste noi lo auspichiamo, e che ci assista tutti nella possibilità di uscire da questa crisi, ma con qualche dubbio in più sarebbe meglio, le Vostre troppe certezze possono essere un grave danno per tutti noi.

FAISTNAUER (Team K): Die Corona-Krise hat uns in jeglicher Hinsicht vor unvorstellbaren und teilweise unlösbaren Aufgaben gestellt. Ich möchte auf zwei Bereiche eingehen. Einmal auf den Bereich Landwirtschaft und einmal auf den Bereich Bildung, Schule.

Im Bereich Landwirtschaft ist mir ein Zitat eines Bozner Uni-Professors in den Ohren geblieben, der gesagt hat: "Wir sollten wenschon der Versorgungsautonomie nachstreben, wenn es schon keine politische Autonomie gibt." Das hat dieser Professor Mitte April gesagt. Dann habe ich mir, selber Landwirt, einmal angeschaut, auf welchen Standbeinen Südtirol eigentlich steht. Obst, Milch und Wein im Großen, dann noch Nischen mit Kräutern und Steinobst. Aber im Großen und Ganzen sind wir vom Selbstversorgungsgrad sehr weit entfernt. In den 60er Jahren haben wir noch 1000e Hektar an Getreideanbau in Südtirol gehabt, das war für das Landschaftsbild gut und für den Selbstversorgungsgrad. Heute reden wir von knapp 200 Hektar. Das heißt 2% des Südtiroler Brot-Getreidebedarfs, das muss man sich einmal vorstellen, decken wir in Südtirol selbst ab. 2%. Beim Gemüse beginne ich jetzt nicht aufzuzählen, welche Gemüsearten wir hier in Südtirol anbauen könnten. Es braucht hier nicht nur die leeren Worthülsen, dass wir Biodiversität und die Vielfalt fördern, wenn wir sie nicht politisch mit den entsprechenden Rahmenbedingungen vorgeben.

Der zweite Bereich ist der Bildungsbereich. Da hat der zuständige Landesrat schon einiges vorweggenommen, wo er einige Gewerkschaftsvertreter ins nicht richtige Eck stellt und sagt, wenn ich ihn richtig verstehe, ich habe es so vom Landesrat Vettorato verstanden, sie sind in einer Woche imstande gewesen, so schnell auf den Fernunterricht umzustellen. Ich habe Informationen bzw. die Aussage, auch an Sie, Herr Landesrat Achammer gestellt, 8 Wochen für die Ausarbeitung von Kriterien für den Fernunterricht sind nicht effektiv. Dann frage ich mich, ist das wirklich so gewesen? In Gesprächen mit den Lehrerinnen und Lehrern draußen und auch mit den betroffenen Kindern und Jugendlichen selbst, hört man immer wieder an welche Grenzen sie stoßen, vor allem die Lehrpersonen selbst. Wenn Sie ein Semester unterrichtet hätte, Herr Landesrat, dann würden sie wissen, wie viele Lehrpersonen dem Burnout nahe sind, wie viele Lehrpersonen auch jetzt mit diesem Fernunterricht diesem noch näher sind. Warum? Wer einen Teilzeitauftrag von 50% oder 75% hat, glauben Sie, der schaltet den Computer aus und sagt ich mache jetzt drei Tage Pause. Oder wird die Online-Sitzung mit dem Plenum genau an dem Tag gemacht, an dem er sowieso vor Ort wäre? Nein. Die Lehrer können vielfach nicht ausschalten. Sie wissen, sie haben die Aufgaben früher mit nach Hause genommen als es noch den physischen Unterricht gab, heute haben sie den Online-Unterricht und müssen ständig erreichbar sein. Sie hören dann auch noch von Schülern die Aussage, es ist natürlich die Ausnahme, ach so, ich dachte, die Prüfung findet um 10 Uhr abends statt, nicht um 10 Uhr morgens. Das ist die Realität draußen. Wenn Sie das hören, und ich bin überzeugt Sie hören das, ... ich wünschte mir, dass Sie einmal ein Praxissemester machen, damit Sie sehen, was unterrichten vor Ort bedeutet. Deshalb, wir wissen Fernunterricht ist ein Teil dieser Corona-Krise, er wird es auch auf längere Zeit bleiben. Im Herbst sind schon größere Spekulationen angedacht, aber wir wissen, hier die Lehrer/innen nochmals zu fordern, ... Sie haben vorher gesprochen, dass man den Wind aus den Segeln nehmen sollte, bitte machen Sie ein Praxissemester und danach reden wir weiter. Danke schön.

LADURNER (SVP): Die letzten Wochen haben unser Land im wahrsten Sinne des Wortes auf den Kopf gestellt. Sie haben viele Menschen vor Riesen große Herausforderungen gestellt. Familien, Frauen, Unternehmerinnen/Unternehmen und auch die jungen Menschen. Es haben die sozialen Kontakte gefehlt, eine Notsituation, die es absolut notwendig gemacht hat, hier ganz drastische Maßnahmen zu setzen. Die Freiheiten, die immer als selbstverständlich gegolten haben, wurden massiv eingeschränkt. Natürlich auch die Auswirkungen, welche sich daraus dann resultieren lassen, psychische Auswirkungen dieser einschränkenden Freiheit, welche dann auch zu beobachten sind. Einsamkeit, welche sicherlich auch eine Rolle gespielt hat, das möchte ich als Perspektive der Jugend anbringen. Gleichzeitig haben wir aber auch eine große Welle der Solidarisierung beobachtet, Jugendliche, die beim Einkauf älterer Nachbarn geholfen haben. Digitalisierung, die massiv zugenommen hat, die quasi über Nacht einen drastischen Schritt zugelegt hat. Das sind alles Dinge, die uns sicherlich auch in Zukunft begleiten werden.

Nichtsdestotrotz stehen wir jetzt hier vor großen Herausforderungen. Hätten wir gedacht vor drei Monaten beispielsweise, dass wir uns heute darüber unterhalten werden, wie die Berufsperspektiven der jungen Menschen aussehen, wo wir doch damals noch von Überbeschäftigung gesprochen haben, von Fachkräftemangel. Die Situation hat sich also wirklich drastisch verändert. Ich glaube, es ist unsere Aufgabe und auch unsere Verantwortung, dass wir hier Perspektiven aufzeigen. Das tun wir. Wir gehen mutig unseren Weg, gerade jetzt mit diesem Landesgesetz, das wir morgen hier zu behandeln beginnen werden. Ich glaube, es ist unwahrscheinlich wichtig, dass wir zusammenhalten, wirklich zusammenhalten, wie es Kollege Achammer vorhin angesprochen hat. Es ist wichtig, dass wir mit diesem Virus zu leben lernen und zu wirtschaften lernen; dass wir lernen, damit umzugehen und mit Eigenverantwortung diesen Weg gehen; dass wir diese Verantwortung als Politikerinnen/als Politiker den Mitmenschen gegenüber aufzeigen, aber auch uns gegenüber als Gesellschaft.

AMHOF (SVP): Liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist heute bereits mehrmals gesagt worden, außerordentliche Zeiten erfordern außerordentliche Maßnahmen. Dass dem so ist, das hat die Landesregierung in den letzten zwei Monaten auch bewiesen. Sie hat Verantwortungsbewusstsein gezeigt, sie hat ruhig und besonnen Bürger und Bürgerinnen informiert. Sie war auch in der Lage, die Südtiroler Gesamtbevölkerung in dieser Situation zu beruhigen und Sicherheit zu geben. Diesen Eindruck hatte ich und mit mir auch viele Menschen, mit denen ich in diesen zwei Monaten in Verbindung war und gesprochen habe. Viele von uns Abgeordneten haben hier diese Verantwortung ebenso gespürt und sie auch mitgetragen und ausgestrahlt und damit den Zusammenhalt, den wir alle gebraucht haben, den dieses Land gebraucht hat, vorgelebt. Jeder einzelne von uns, mit einigen Kolleginnen und Kollegen habe ich gesprochen, im Besonderen Ulli Mair hat es auch in einem Post, der medial verbreitet worden ist, festgestellt, dass wir alle unsere eigene politische Rolle neu definieren mussten, neu suchen mussten. Es war auch für uns nicht eine einfache Zeit zu sagen, wie präsentiere ich mich jetzt als politischer Entscheidungsträger? Ich muss sagen, für das große Ganze haben viele von uns die Verantwortung gespürt, sich ein Stückweit zurück zu nehmen in dieser Zeit. Einige haben das nicht verstanden und nicht gemacht und haben damit für sehr viel Unsicherheit in der Bevölkerung gesorgt, zum Teil auch Menschen aufgewiegelt, würde ich fast sagen. Das hat nicht dazu beigetragen, den Zusammenhalt bis zum heutigen Tag auch herüber zu retten und herüber zu tragen.

Außerordentliche Zeit. Maßnahmen hat es vor allen, und jetzt komme ich zum Bereich Bildung, im Bildungsbereich gebraucht. Wenn vorhin der Kollege darüber gesprochen hat, dass Vieles nicht funktioniert hat, dann muss ich sagen: Unter den Voraussetzungen, die wir hatten, hat es wunderbar funktioniert. Den Fernunterricht von einem Tag auf dem anderen aus dem Boden zu stampfen, war keine leichte Angelegenheit, weder für die Schulen, für die Bildungsdirektion an und für sich, für die Schülerinnen und Schüler und überhaupt nicht für die Eltern Zuhause. Es war eine Herausforderung auf allen Ebenen, aber wir müssen sagen, es hat funktioniert. Wir werden auch analysieren müssen, wo hat es gut funktioniert, was waren gute Punkte im Fernunterricht, wo hat es weniger gut funktioniert, um auch für die Digitalisierung der Schule diese Erkenntnisse einfließen zu lassen. Das glaube ich, war ein Probieren an allen Ecken und Enden und im Endeffekt eine Riesen Herausforderung, vor allem Zuhause, weil viele Lehrer/innen auch gleichzeitig Mütter und Eltern sind, aber wir haben es hingekriegt. Es ist nicht so einfach, in einem Präsenzunterricht schafft man es auch Schüler und Schülerinnen besser zu motivieren, das geht natürlich im Fernunterricht fast überhaupt nicht.

Außerordentliche Maßnahmen hat es aber auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gebraucht. Ich muss sagen, nachdem wir uns das letzte Mal hier im Landtag getroffen haben und dieses Maßnahmenpaket erlassen haben, haben wir auch alle miteinander Verantwortung gezeigt. Diese Sofortmaßnahmen, die wir

damals erlassen haben, zeigen heute ihre Wirkung, vor allem für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie sind gut angelaufen.

Lassen Sie mich noch kurz etwas anbringen. Eine Freundin von mir hat am 11. März das letzte Mal ihren Arbeitsplatz gesehen und kehrt vermutlich am 11. Mai das erste Mal wieder an ihren Arbeitsplatz zurück. Sie freut sich riesig. Unsere Arbeit hat insgesamt einen ganz neuen Wert bekommen. Für den Neustart sind wir jetzt gut vorbereitet. Wir haben durch die Einschlagung eines eigenen Weges neue Maßnahmen gesetzt und beweisen damit auch Mut. Gelingen kann es aber nur gemeinsam. Jeder einzelne in diesem Land ist gebeten, seinen Beitrag auch zu leisten. Ich bin, wie immer, zuversichtlich und bin des festen Glaubens, dass wir das auch gemeinsam schaffen.

DEEG (Landesrätin für Soziales, Wohnbau, Familie und Senioren - SVP): Sehr geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Akzeptiere ich, dass jede Krise eine Chance ist, dann nehme ich ihr ein großes Stück Macht über mich. Die Chance in der Krise sehen, denke ich, ist eine der großen Herausforderungen, die wir in diesen Tagen haben. Ich kann sagen, wir können lernen, von jenen, die das in den letzten Wochen in den Krankenhäusern, in den Seniorenwohnheimen, im Hauspflagedienst, in den stationären Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, im Lebensmittelhandel, und Sie können die Liste ewig weiterführen, geleistet haben und jeden Tag über sich selber hinausgewachsen sind. Krisen bringen auch immer die Schwachstellen einer Gesellschaft an die Oberfläche. Man erlebte in den letzten Wochen auch das Aufkommen von Egoismen, sehr viel Angst, das Denunziantentum hat Kollege Faistnauer schon angesprochen. Furchtbar, ich muss sagen, teilweise war das das Gefühl, das man gehabt hat in einer anderen Zeit, wo man sich dann auch an den Pranger gestellt sah oder Schlimmeres, wenn man im Grunde aus einer Menschlichkeit versucht hat, eine verfolgte Gruppe einfach zu schützen. Das waren die dunklen Seiten der Krise. Aber ich kann Ihnen sagen aus den vielen Begegnungen und Gesprächen der letzten Wochen, ich war in vielen Hotspots, gerade auch in den Altersheimen unterwegs, dass die Krise auch immer das Beste im Menschen zum Vorschein bringt. Ich habe gesehen und mit Menschen gesprochen mittendrin im Geschehen, wie sie unter schwierigsten Bedingungen jeden Tag in ihrem Umfeld am Arbeitsplatz, aber auch in der Familie über sich hinausgewachsen sind, großartiges geleistet haben, ihre eigenen Ängste um die eigene Gesundheit, aber auch die Gesundheit der Familien überwinden mussten, und nicht mehr aus Angst – und wir haben andere Realitäten gesehen – zum Arbeitsplatz gegangen sind, ihre Arbeit niedergelegt haben. Sie haben Verantwortungsbewusstsein gezeigt und auch sehr viel riskiert dabei. Ich habe sehr viel Solidarität und Zusammenhalt erlebt, viel Verantwortungsbewusstsein, Mut und Professionalität. Wie gesagt, viele von ihnen mussten sich jeden Tag neu erfinden, mussten viel lernen, sich anpassen. Ich muss sagen, das sollten wir von ihnen lernen und gemeinsam mit in diese zweite Phase mitnehmen. Denn neben der Angst um die Zukunft, und genau diese Angst, lieber Kollege Urzì, ist das was das wirkliche Problem ist, nicht der Virus, sondern das was die Angst aus unserer Gesellschaft macht, sie lähmt uns. Wir müssen diese Ängste endlich wieder angehen und überwinden. Mit den Fingern auf Andere zu zeigen und zu sagen, ihr seid schuld, wenn es dann schief geht. Herrgott noch mal, dann muss ich sagen, die Menschen, die tagtäglich zur Arbeit gegangen sind, die Pflegehelferinnen, die haben auch Angst gehabt und trotzdem sind sie gegangen und haben die alten Menschen nicht alleine gelassen. Gerade die Zahl der Genesenen in den Seniorenwohnheimen, ihr werdet sehen, wenn wir das aufarbeiten, da sind 251 Menschen genesen, höchste Pflegestufe, die schwierigsten Kategorien, im Grunde die vulnerabelsten Kategorien. Warum? Weil sie von professionellen Menschen mit sehr viel Menschlichkeit und Solidarität gepflegt wurden. Und Andere gehen jetzt her und sagen, ihr habt alles falsch gemacht. Ich frage mich manchmal, in welche Welt wir leben.

Die große Sorge, und damit schließe ich ab, macht mir wirklich der Teil der Menschen in unserem Land, die Kinder und jugendlichen Menschen. Also ich frage mich, was denken sich die Leute, die sie weitere vier oder fünf Monate in sozialer Isolation daheimlassen wollen? Ich frage mich, wer übernimmt die Verantwortung für das was auch die Kinder- und Jugendanwältin gestern gesagt hat, was mit dieser Generation passiert? Wir geben jetzt Antworten. Wir versuchen es. Es wird nicht optimal sein, es wird nicht alles super sein, wir brauchen auch die Mithilfe der Arbeitgeber und der Wirtschaft in diesem Bereich, dass die Vereinbarkeit in den nächsten Wochen und Monaten gelingen kann, aber eigentlich sind es die Jungen, die nirgendwo mit am Tisch sitzen und Entscheidungen treffen. Es wird über sie entschieden. Sie haben keine Stimme. Wir reden immer von Angst und Virus. Wer redet von ihren Sorgen, Ängsten um die Zukunft, ob sie morgen noch einen Arbeitsplatz haben, ob sie in die Schule gehen können, ob sie noch ein soziales Leben haben? Ich glaube, es geht jetzt darum, und damit schließe ich, gemeinsam zu lernen von den Menschen, die es uns vorgemacht haben.

Mutig und verantwortungsvoll nach vorne zu gehen, zusammenzuhalten, Berufsübergreifend, Altersgruppen-übergreifend, der Begriff Generationensolidarität gewinnt eine ganz neue Bedeutung. Es geht vor allem auch darum, die Familien, die Frauen, die Kinder gleichberechtigt auf diesem Weg mitzunehmen. Ich ende mit einem Zitat: "Der Weg zum Ziel beginnt an dem Tag, an dem jeder von uns die hundertprozentige Verantwortung für sein Leben übernimmt." Kollege Urzì, den werde ich nicht finden, wenn ich immer nach oben schaue und mir das vordiktieren lasse, sondern wen wir einen gemeinsamen Weg mit den Experten auf allen Ebenen gehen. Nicht mit dem Finger aufeinander zeigen, sondern sich an der Hand zu nehmen und gemeinsam nach vorne zu gehen, das, glaube ich, ist das was sich die Menschen in diesem Land von ihren politischen Verantwortungsträgern hier im Landtag erwarten. Ich darf dieses ewig strapazierte Zitat am Ende trotzdem noch einmal benutzen: Ich glaube, das schaffen wir gemeinsam. Danke schön.

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Zivilschutz - SVP): Kurz auch aus meiner Sicht einiges zur Covid-19-Krise was meinen Zuständigkeitsbereich betrifft. Diese Krise hat sich immer mehr von einem sanitären Notstand auch zu einem wirtschaftlichen Notstand entwickelt. In meinem Zuständigkeitsbereich bin ich eigentlich dreimal betroffen: einmal als Zuständiger für den Bevölkerungsschutz oder Zivilschutz, der in diesem Zusammenhang vor ganz neuen Herausforderungen stand. Wir sind es gewohnt, auf Krisen zu reagieren, aber vor allem auf Krisen, die lokale Ereignisse sind, wie Windstürme, Überschwemmungen, usw. Aber hier in dieser Situation, das war eine ganz neue Herausforderung, auch in Zusammenarbeit mit der Sanität, mit dem Landeshauptmann, als Zuständigen für diesen Notstand. Es gab viel Unbekanntes in Bezug auf die Auswirkungen und auf die Folgen von diesem Virus. China war eigentlich weit weg, auch die Lombardei noch relativ weit, und niemand hat ahnen können, wie massiv nicht nur unser Land, sondern ganz Europa davon betroffen ist, mittlerweile alle Länder Europas. Das Virus ist noch zu wenig erforscht, so dass auch die Wissenschaftler hier immer dazulernen haben müssen.

Ein zweiter Bereich ist die Landwirtschaft. Die Landwirtschaft selbst ist weniger betroffen von diesen negativen Auswirkungen in wirtschaftlicher Hinsicht wie andere Bereiche, aber es gibt sehr wohl auch hier Bereiche, die betroffen sind, wie z.B. der Wein, der sehr stark mit dem Tourismus in diesem Land zusammenhängt, aber auch Bereiche, wie Käse und andere. Insgesamt aber kann man sagen, dass die Landwirtschaft einer der Bereiche ist, der wirtschaftlich gesehen am wenigsten davon betroffen ist. Die Bäuerinnen und Bauern haben arbeiten dürfen im Gegensatz zu anderen, sie haben arbeiten müssen, denn es geht hier um die Produktion von Lebensmitteln, also um die Grundversorgung der Menschen. Man hat gesehen, wie schnell die Regale leer gekauft sind, und dass es jemand braucht, der diese wieder füllt, der das wieder produziert, was es zum Leben braucht. Hier stellt sich die Frage der Selbstversorgung, richtigerweise vorhin aufgeworfen. Wir haben das auch in anderen Zusammenhängen jetzt schmerzhaft feststellen müssen, dass die Produktion von Schutzausrüstungen in den letzten Jahren in erster Linie nach China ausgelagert worden ist, auch die Produktion von Wirkstoffen, die man dringend braucht, also sehr Vieles, was hier an Ressourcen verloren gegangen ist und wo wir uns in Abhängigkeit begeben haben. Ähnliches, in etwas abgeschwächter Form, gilt auch für die Landwirtschaft für die Lebensmittelproduktion. Europa, das betone ich auch jetzt wieder, produziert weniger Lebensmittel als in Europa konsumiert werden. Italien ist im Selbstversorgungsgrad unter 80%, Tendenz stark sinkend. Das merkt man in solchen Situationen, dass es auch einen bestimmten Grad an Selbstversorgung braucht, damit man sich nicht zu sehr von Anderen abhängig macht. Hier braucht es auch die entsprechende moderne Landwirtschaft. Es braucht auch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, es braucht eine bestimmte Art von Tierhaltung, um diese Eigenversorgung auch zu gewährleisten. Auch das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Es braucht aber auch den Austausch. Das was vorhin gesagt worden ist mit dem Getreide, das funktioniert nicht ganz, wenn man nicht bereit ist, die entsprechenden Kosten zu tragen.

Massiv betroffen von der Krise ist der Tourismus, schwer getroffen. Das Problem ist, dass man hier noch wenig Perspektiven hat, wie es weitergehen wird, die man hier aber klar einfordern muss auf staatlicher Ebene, aber auch auf europäischer Ebene, Konzepte erstellen, damit es wieder eine Perspektive gibt, dass man diesen wichtigen Sektor wieder in Schwung bringt. Danke.

BESSONE (assessore all'edilizia e servizio tecnico, patrimonio, libro fondiario e catasto - Lega Salvini Alto Adige – Südtirol): Grazie presidente e cari colleghi! È vero, ha ragione il consigliere Urzì, ci troviamo di fronte a una situazione grave, ad un virus, una situazione nuova, di cui non vi è memoria.

Non è stato facile e secondo me abbiamo lavorato bene, abbiamo lavorato anche in modo collegiale a volte, ci siamo confrontati anche con l'opposizione. Certo, avremmo potuto fare meglio, ma sempre si può far

meglio, dobbiamo anche ricordare che viviamo in una provincia dove una certa parte della popolazione guarda le TV tedesche, dove fortunatamente è successo poco o nulla e ogni volta che c'è una limitazione si chiede come mai di tutte queste limitazioni e del dover stare in casa. L'altra parte della popolazione guarda le TV italiane, dove fanno vedere Bergamo, dove si parla costantemente di COVID e tutti sono spaventati, tanti hanno paura, come diceva la collega, per cui non è facile e spesso qualsiasi cosa si faccia, si sbaglia.

Però secondo me abbiamo lavorato bene, torno a ripetere, si poteva fare di più, certo, ma quello che abbiamo fatto lo abbiamo fatto bene. Se dal punto di vista medico-sanitario hanno operato di più i colleghi della Protezione Civile, della sanità e il presidente, dal punto di vista economico e sociale ogni assessorato ha cercato di fare la sua parte, abbiamo studiato delle misure, ci siamo confrontati con Voi e con le parti sociali e abbiamo ognuno quello che era possibile fare nelle proprie competenze.

Ad esempio, noi con il nostro assessorato, che come sapete è edilizia pubblica, patrimonio, catasto e libro fondiario abbiamo cercato di fare delle misure per dare subito liquidità alle imprese, per pagare le fatture subito, perché ovviamente più le imprese hanno denaro adesso in una fase di riavvio, più hanno lavoro, più possono anche dare soldi e lavoro agli operai.

Abbiamo cercato di velocizzare perché non c'è bisogno di tanta burocrazia, abbiamo dovuto cercare di abbassare o di alzare le soglie per poter dare lavoro meglio, più velocemente e coinvolgere anche i professionisti. Procedure più snelle, abbiamo cercato di prorogare i contratti in scadenza, fare delle piattaforme telematiche, abbiamo fatto delle misure per i cittadini, per i professionisti, abbiamo tolto le spese di affitto in questo periodo, per chi non riusciva a pagarle e aveva a che fare con la pubblica amministrazione, abbiamo cercato di favorire anche chi si rivolgeva al catasto e al libro fondiario, insomma abbiamo cercato, come ogni assessorato, di fare un qualcosa, affinché la gente potesse combattere e andare avanti.

Un bravo anche alla gente, perché alla fine anche loro si sono trovati in una situazione nuova, sono dovuti stare a casa, hanno combattuto e se adesso va tutto meglio, è merito anche loro.

Sono sicuro che tutti assieme ce la faremo. Grazie!

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Geschätzter Herr Landeshauptmann, werte Kolleginnen und Kollegen. Es heißt immer, in einer Krise kommen die guten wie auch die negativen Eigenschaften zum Vorschein, Helmut Schmidt hat den schönen Satz geprägt: "In der Krise zeigt sich der Charakter." Das hat sich auch in dieser Corona-Krise in unserem Land bewahrheitet. Die Südtiroler sind in der ersten Phase dieses Lockdowns zusammengestanden. Den Menschen war bewusst, wir müssen zusammenstehen, um unser Gesundheitssystem zu unterstützen, um uns gegenseitig zu schützen. Die Menschen dieses Landes waren bereit, ihre Bürgerrechte und Freiheiten für einen kurzen Zeitraum, und ich betone das wirklich, für eine kurzen definierten Zeitraum hintenanzustellen und dem gegenseitigen Schutz zu widmen. Aber es war jedem einzelnen klar, und jeder, der ein bisschen was von Wirtschaft versteht, wusste, dass das kein Dauerzustand sein kann. Das wussten wir von Anfang an. Jeder Wirtschaftler hat gefragt, wie soll es danach weitergehen? Wir müssen Maßnahmen finden, diesen Start hinzubekommen. Die letzten zwei Monate haben aber auch viele unangenehme Wahrheiten ans Licht gebracht. Das Corona-Virus hat unserem Land das rot-weiße Vorzeigeröckchen hochgehoben und es ist der Dreck auf den Füßen sichtbar geworden für Jedermann. Dass die Landesregierung die Auswirkungen des Virus und das Virus selbst unterschätzt hat, ist einerlei, das haben viele Regierungen und viele Länder getan, auch viele Privatpersonen. Dass es uns aber mit einer derartigen Wucht getroffen hat, das hat sich niemand in diesem Land erwartet. Dass das Südtiroler Gesundheitswesen so angeschlagen ist, dass unsere Pandemiepläne nicht ausreichend waren, und dass unsere Vorzeigeprovinz eine viel höhere Sterberate hat als unsere direkten Nachbarn hat uns erschüttert. Ihr als Landesregierung und letztlich wir alle, das Land Südtirol, konnte seine älteren Menschen nicht schützen. Dafür ist nicht das Bodenpersonal verantwortlich, das Großartiges geleistet hat. Es stehen gerade im Zusammenhang mit der medizinischen Schutzausrüstung, mit dem Schutz des Personals und vor allem mit dem Schutz unserer alten Menschen in den Heimen Vorwürfe im Raum, wo man nicht mehr von Fahrlässigkeit sprechen kann. Es muss hier lückenlos aufgeklärt werden. Ich hoffe, die Aussagen von Landesrätin Deeg bewahrheiten sich. Ich hoffe es für uns alle. Die Meldungen, die wir bekommen haben, gehen in eine andere Richtung. Seit Wochen kontaktieren uns tagtäglich Menschen, die nicht wissen, wie es weitergehen soll. Die Soforthilfen des Landes sind notwendig, aber es geht hier vor allem in die Richtung, dass man sich selbst verschulden kann und nicht um Direktzahlungen. Sie wurden angekündigt und dann erst viel später konnten Leute davon profitieren, manche bis heute nicht. Viele von ihnen fallen durch den Rost. Ihr müsst euch eingestehen, dass eure Kommunikation verwirrend war; dass eure angekündigte Hilfe vielfach bürokratischer ist als in anderen italienischen Regionen; dass ihr

das Versprechen, allen Südtirolern helfen zu wollen, nicht halten könnt. Hier müssen sofort Korrekturen gemacht werden und hier muss auch ein zweites Paket abgeschlossen werden. Die letzten acht Wochen haben uns auch schmerzlich gezeigt, dass unsere Autonomie sehr fragil ist, dass uns wesentliche Kompetenzen fehlen. Unsere Selbstverwaltung muss spätestens jetzt mit ganz neuem Elan angegangen werden und es sollte doch ein gewisser Ansporn für Sie sein, als Landesregierung, das jetzt sehr ernst zu nehmen. Dazu vielleicht morgen mehr.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir können keine Verstorbenen mehr lebendig machen, weder der Staat noch das Land können die angerichteten Schäden in der Wirtschaft wiedergutmachen. Wir müssen jetzt retten, was zu retten ist. Ich sage es in aller Deutlichkeit als Bürger, ihr seid ja auch meine Landesregierung, ich missachte vieles, ich missachte sehr vieles, vom Postenschacher, von den politischen Affären, vom Machterhalt, von dem ihr oft getrieben seid, das kann ich nicht unterstützen und das will ich nicht unterstützen, aber eines muss ich als Südtiroler und als Abgeordneter dieses Landtages, und zwar all jene Maßnahmen unterstützen, die uns jetzt aus dieser Situation herausbringen, die eine Verbesserung für die Menschen darstellen. Das bin ich mir verpflichtet. Da braucht auch nicht Kollege Achammer oder jemand anderes mich dazu aufrufen, hier eine Unterstützung zu geben. Das liegt in der Verantwortung eines jeden einzelnen Menschen in diesem Lande.

PRÄSIDENT: Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine. Dann kommen wir zur Stellungnahme des Landesrates. Landesrat Widmann wird einige Minuten mehr brauchen, aber diese Minuten werden dementsprechend dem Landeshauptmann dann bei der Replik abgezogen. Somit ist es wie eine Teilreplik anzusehen. Bitte, Herr Landesrat Widmann, Sie haben das Wort.

WIDMANN (Landesrat für Gesundheit, Digitale Infrastruktur, Genossenschaftswesen - SVP): Danke. Werter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Teils wissen wir es, teils glaube wir es zu wissen, dass das Schlimmste hinter uns liegt und das ist gut so. Wir tapen zwar vielfach medizinisch und wissenschaftlich noch im Dunkeln, wir wissen z.B. noch nichts über die Langzeitfolgen der Krankheit. Uns fehlen noch Erfahrungswerte über eine mögliche zweite Infektionswelle oder gar über eine dritte, über der man schon teilweise liest, oder über Grad und Dauer erworbener Immunität. Aber nach der derzeitigen Datenlage zu schließen, sind wir momentan über den Berg. Dass wir daher nun über die Öffnung diskutieren, über die Phase danach, über Ausstiegsszenarien, auch über richtig und falsch getroffene Entscheidungen mit dem jetzigen Wissensstand in dieser Zeit ist absolut legitim. Mein Anliegen zunächst ist hier darzulegen, denn das ist heute wenig angesprochen worden, in welcher Situation wir vor zwei Monaten waren. Das war eine vollkommen andere Situation. Jetzt ist man relativ gemütlich da, man ist sehr friedlich da. Vor zwei Monaten wussten wir alle nicht, was auf uns zukommt. Wir hatten eine Situation am 15. März mit 36 Intensivbetten in unseren Krankenhäusern, mit denen sind wir dagestanden und binnen nur zwei Wochen, tagtäglich sind 5, 6, 7 und auch 8 neue Intensivpatienten hereingekommen, waren wir schon vollständig belegt. So dramatisch schnell haben wir das Kapazitätslimit erreicht. Hätten wir nicht in der Zwischenzeit aufgestockt, zunächst auf 64, dann auf 79 Betten, ... das heißt wir haben die Bettenkapazität fast verdreifacht und durch gute partnerschaftliche Beziehungen zusätzlich Bettenkapazität, wie schon gesagt worden ist, im Ausland erreicht. Im Vergleich dazu haben sie z.B. in Kärnten 140 Intensivbetten, wir 35 Betten. Dazu muss man auch sagen, unsere Herzchirurgie ist in Innsbruck und dementsprechend sind diese Intensivbetten auch in Innsbruck. Wir haben auch aus diesem Grund relativ wenige, in Zukunft werden wir sicherlich auf einem höheren Niveau bleiben.

Was ich damit sagen will, das oberste Ziel war einen Zusammenbruch unseres Gesundheitssystems, wie in der Lombardei, das wir tagtäglich gesehen habe, zu vermeiden. Knapp daran vorbeigeschrammt, aber wir haben das Ziel erreicht. Ich möchte noch einmal unterstreichen, das war das Ziel, mit dem wir in diese Krise hineingegangen sind, das Gesundheitssystem nicht an den Kollaps zu bringen, wie es in der Lombardei der Fall war. Die Einrichtung einer zentralen medizinischen Einsatzleitung ist vollkommen neu, die eine rasche und effiziente Koordination, kurze Entscheidungswege und permanenten Überblick über die Lage im ganzen Land ermöglicht hat, gemeinsam mit allen Krankenhäusern. Das muss ich wirklich sagen, ohne die Lungenfunktion der kleinen Krankenhäuser hätten wir diese Krise nicht in dieser Form überlebt und meistern können.

Auch die große Anzahl an Tests, immer wieder ist gefordert worden, noch mehr Tests, noch mehr Tests. Das ist verständlich, wir wollen noch weiter ausbauen. Auch hier möchte ich sagen, außer Tirol gibt es keine Realität in Europa und auch nicht weltweit, die gleichviel getestet hat wie Südtirol. Wir sind momentan sogar vor Tirol, wir sind in den Altersheimen sicher weltweit, die die am meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und

Bewohnerinnen und Bewohner getestet haben. Das ist ein Fakt, der nachlesbar und nachvollziehbar ist. Vor allem haben wir es geschafft dank des unglaublichen Einsatzes aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Gesundheitssystem von den Ärzten über die Pfleger bis zu den Menschen in der Verwaltung, den Führungskräften, Apothekern, Hausärzten, Rettungskette. Die alle haben wirklich – und ich möchte denen allen danken – Großartiges rund um die Uhr geleistet. In dieser Aufbruchstimmung der Phase 2 sind sie noch tagtäglich rund um die Uhr im Einsatz, um weiterhin diese Krise zu bewältigen und die Phase 2 auch im Gesundheitssystem einzuleiten.

Es ist klar, dass nun Bilanz gezogen werden muss und das wird in den nächsten Wochen sicher getan werden. Wir wissen jetzt mehr, wir sind gescheitert geworden, wir müssen uns auch überlegen, wie bereiten wir uns eventuell auf eine zweite oder dritte Welle vor. Es werden neue Infektionsherde kommen.

Während die Töne der Kollegen Köllensperger und Knoll gestern hier in der Aula fast schon friedlich klangen, war ihr Verhalten in den letzten Wochen ein ganz anderes. Rücktrittsforderungen, Eingaben bei der Staatsanwaltschaft, Vorwürfe, Beschuldigungen, Landtagsanfragen, und das mitten in einem Notstand. Jene, die Tag und Nacht arbeiten, und uns alle vor dem Kollaps bewahren, und damit meine ich die kleinen MitarbeiterInnen vor Ort, die Ärzte, die Pflegerinnen und Pfleger, die ganze Rettungskette, denen haben wir mit diesem Verhalten geschadet. Sie haben Unsicherheit gestreut, ihnen irgendetwas vorgesagt, was im Prinzip inhaltlich nicht so stimmt, wie es gesagt worden ist, denen, die Tag und Nacht gearbeitet haben, uns vor dem Kollaps zu bewahren und das mit unvorstellbaren Folgen, Prügel in den Weg gelegt. Das ist für mich nicht nur unverständlich, sondern nach meinem Empfinden wirklich schändlich. Das ist meine absolute Meinung. Ich werde heute nicht dazu im Detail Stellung nehmen, dazu gibt es in den kommenden Wochen sicher genug Möglichkeiten. Nur Urteile zu fällen, ohne entsprechende Wissensbasis, Unsicherheit zu verstreuen, das finde ich einfach nicht korrekt.

Zu den Schutzausrüstungen. Die ganze Welt stand vor der gleichen Situation. Es gab mitten im März nichts auf dem Markt. Europa war in der gleichen Situation wie die ganze Welt. Wir haben es geschafft, etwas zu bekommen. Der wahre Feind und Filter liegt nicht hier, wo man versucht, Prügel in den Weg zu legen, sondern die Bürokratie in diesem Nationalstaat. Das muss ich einfach ganz laut sagen. Zum Unterschied von Europa, wo man Regelungen getroffen hat, dass man Einwegmasken auch zwei- und dreimal verwenden darf, dass man ohne CE-Zulassung alle Schutzausrüstungen verwenden darf, lieber als jemanden nackt in die Front zu schicken. Bei uns wurden chirurgische Masken nicht einmal getestet, einfach weil sie nicht als sogenannte medizinische Schutzausrüstung klassifiziert sind. Da kann man alles nehmen, auch wenn es Papier ist, ganz egal, das geht, aber alles muss durch das INAIL, einzig in ganz Europa. Man bekommt auf dem Markt durch die INAIL-Kanäle genau das gleiche wie durch Nicht-INAIL-Kanäle, was nicht zugelassen ist. Da sage ich schon, das zeigt wieder einmal deutlich auf, wie es sich mit der italienischen Bürokratie verhält, lieber angesichts des Ausmaßes der Krise den Empfehlungen der EU zu folgen, wo Sondermaßnahmen auf EU-Ebenen eingerichtet worden sind, diese ganze bürokratischen Hürden in Krisenzeiten umgehen zu können. Die WHO und das Istituto superiore della Sanità sieht reine chirurgische Masken in Covid-Stationen vor, das heißt, wo man weiß, dass Infizierte liegen, sagt der Staat, man darf mit chirurgischen Masken, wie einige jetzt von Ihnen tragen, hineingehen. Aber nein, bessere Masken, weil sie durch das INAIL nicht geprüft werden oder nicht prüfbar sind, dürfen nicht verwendet werden. Da sage ich, das ist ein System, das kann man nicht so tolerieren. Das ist eine Zentralbürokratie. Das ist ein Wahnsinn und das in solchen Zeiten. Dort liegt das wahre Problem dieses Problems, eines der Probleme, die wir hatten.

Dass sich dann unsere größten Tiroler Patrioten, und Sie wissen, wen ich da meine, an genau diesen italienischen Staat wenden, um in Zeiten wie diesen, Ermittlungen gegen unsere eigenen Leute einzuleiten, während diese um den bestmöglichen Schutz ihrer Mitarbeiter kämpfen, ist für mich durch nichts zu rechtfertigen. Das sage ich wirklich von Herzen, obwohl wir uns lange kennen. Das ist eine Verhinderung, dass man die Krise möglichst nicht bewältigt und Unsicherheit streut und denen wirklich massiv zusetzt, die mutige Entscheidungen getroffen haben. Das möchte ich hier wirklich sagen. Manche von euch, und ich danke all jenen von der Opposition, und das sind sehr viele, die nicht aufgesprungen sind und nicht politisches Kleingeld in dieser Situation gemacht haben, die haben noch lange, lange Zeit, das zu machen. Aber jenen wenigen, die da raufgesprungen sind, muss ich sagen, das ist für mich absolut nicht verständlich und das kann ich und werde ich auch nach und mit Erklärungen nicht verstehen können.

Fazit: Diese Erfahrungen mit der italienischen Bürokratie bestätigt wieder einmal, dass wir gut daran getan haben, unseren eigenen Weg in der Phase 2 zu gehen. Das ist für mich ein Muss, weil wir einfach eigene Regeln regional besser machen können. Das meine ich für die ganzen Realitäten in Italien. Sizilien,

Kampanien, Lazio, Toscana, Veneto, Friaul und wir haben unterschiedliche Realitäten, unterschiedliche Kurven und das kann ich zu späterer Zeit auch belegen, und somit brauchen wir unterschiedliche Maßnahmen. Auch ich befürworte eine rasche Öffnung, allerdings begleitet von Maßnahmen, die es uns ermöglichen, eine zweite Infektionswelle im Keim zu ersticken. Das ist der Weg, den wir uns als Landesregierung vorstellen. Herde sofort erkennen und isolieren, Test so hinauffahren, dass wir zu jedem Zeitpunkt den Überblick behalten. Betriebe in die Verantwortung ziehen, Öffnung sofort, aber mit Regeln, Apps zur Nachverfolgung und Kommunikation bei Kontakt mit Infizierten auf Freiwilligenbasis. Ohne gewisse Überwachungssysteme werden wir die zweite Welle nicht in den Griff bekommen.

Das Virus ist nicht verschwunden, und das ist mir wichtig, zu sagen. Ich habe mit vielen Menschen immer wieder Kontakt, wie Sie alle, die glauben, wenn wir heute öffnen, dann ist der Virus weg. Das ist weit gefehlt. Die Grippewelle ist nicht weg, der Virus ist unter uns. Solange wir keinen Impfstoff haben oder keine wirksame Behandlungsmethode, haben wir einfach nicht Ruhe. Der Virus ist noch unter uns. Wir haben Zeit gewonnen, wie haben die Ausbreitung verlangsamt. Je mehr Zeit vergeht, je mehr wissen wir darüber und desto zielgenauer können wir uns schützen und möglichst Zielgruppen orientierte Maßnahmen treffen. Ein längerfristiger Stillstand wäre für die Menschen, die Wirtschaft und auch für die Politik nicht zu verkraften. Wir haben im Prinzip keine Alternative, wir müssen lernen, mit dem Virus zu leben. Ich bitte Sie, wirklich mitzuhelfen, dass die Bürgerinnen und Bürger das auch verstehen. Im Umgang damit muss jeder einzelne von uns Verantwortung übernehmen, das ist eine Bitte in dieser Krise. Machen wir in anderen Gebieten Politik, bekriegen einander, kritisieren einander, usw., aber ich möchte Sie hier alle in die Verantwortung nehmen. Ändern wir noch was ab, verbessern wir noch das Gesetz, aber wenn das Gesetz Buchstabe bleibt, und die Bürgerinnen und Bürger dieses Gesetz nicht verinnerlichen, und nicht akribisch und mit voller Eigenverantwortung und wirklich mit absoluter Einhaltung mit uns diesen Weg mitgehen, dann werden wir eine zweite Welle bekommen. Dann werden wir den Virus nicht mehr in Griff bekommen, dann kann das beste Gesundheitssystem der Welt nichts mehr auffangen, denn wir können, auch wenn wir 300 Intensivbetten haben, eine große zweite Welle nicht mehr auffangen. Ich habe einfach das Gefühl, wir brauchen Ihre Hilfe, damit wir das den Bürgerinnen und Bürgern hinüberbringen. Ohne Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger werden wir diesen Weg nicht gehen können. Deshalb eine Bitte der Solidarität, helft uns, dass das die Bürgerinnen und Bürger verstehen. Ich habe den Eindruck, es haben noch lange nicht alle verstanden. Danke schön.

PRÄSIDENT: Vielen Dank. Wir kommen nun zur Replik. Herr Landeshauptmann, bitte.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Danke, Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, danke für die Debatte. Es wird nicht das letzte Mal sein, dass wir über die Krise in Zusammenhang mit der Pandemie im Landtag gesprochen haben. Wir werden uns in den nächsten Monaten und möglicherweise in den nächsten Jahren mit den Folgen auch noch zu befassen haben. Von meiner Seite deshalb eine Betrachtung, die vielleicht über das Tagesgeschäft etwas hinausgeht. Der Beginn dieser Krise in Europa war dadurch gekennzeichnet, dass trotz der Tatsache, dass man über die chinesische Situation schon Wochen vorher erfahren hat, in Europa doch alle unvorbereitet waren. Die Maßnahmen, die gesetzt worden sind, waren genau Ausdruck eines auf Sicht Navigierens. Auch weil es keinerlei Kenntnis darüber gab, was jetzt genau zu tun sei, was genau die angemessenen Maßnahmen sein sollten.

Ich ersuche, dass wir alle die Fairness haben, es uns noch einmal vor Augen zu führen, das hat auch Kollege Widmann gesagt, denn jetzt langsam im Rückblick kommen die Leute und erklären genau, wie man damals reagieren hätte sollen. Das hätte man doch früher wissen sollen. Ich lese auch in der Tagespresse darüber, dass jetzt doch wieder sehr viele klug kommentieren, vielleicht auch vom angenehmen Schreibtisch aus.

Es hat mehrere Phasen gegeben auch in Südtirol, es hat zu Beginn eine Reaktion gegeben, als wir als Landesregierung aktiv geworden sind, die gesagt hat, es sei überzogen. Ich kann mich auch noch an die Schlagzeilen und Debatten erinnern: Die überzogenen Maßnahmen legen das Land lahm. Es wird absolut übertrieben. Es gab dann jene, die das als Grippe bezeichnet haben, usw. Ich kann mich noch erinnern an die Videokonferenz mit den Präsidenten der anderen Regionen und Regionenminister Boccia, als ich gesagt habe, wir haben hier in Südtirol mit der Tourismuswirtschaft, mit den Seilbahnbetreibern vereinbart, dass wir die Wintersaison vorzeitig schließen, wir werden mit übermorgen – war das damals – alle Betriebe und auch die Hotels schließen. Große Überraschung. Dann hat aber doch Minister Boccia gesagt, wenn ihr das Dolomiti-Super-Ski-Gebiet schließt, dann werden wir das doch überall machen. Aosta, usw. sind dann gefolgt. Da gab

es noch große Kritik am Anfang. Ich glaube aber die Entscheidung war 100% richtig. Das hat dann auch der Staat verordnet, es ist aber hier von uns ausgegangen. Übrigens es ist mehrfach anders dargestellt worden, die Videokonferenzen sind alle aufgezeichnet worden, das kann man nachlesen und nachschauen.

Wir haben dann die Phase, die Landesrat Widmann beschrieben hat, gehabt, wo es hauptsächlich darum ging, die Leistungsfähigkeit des Gesundheitsbetriebes aufrecht zu erhalten, so wie das alle Regionen und Staaten in Europa tun mussten. Das war das Hauptziel und die größte Herausforderung. In Ermangelung der entsprechenden Voraussetzungen, Landesrat Widmann hat es gesagt, wenn es mehr Intensivbetten gegeben hätte, wäre es weniger spannend gewesen, und vor allem auch wenn wir überall schon genügend Schutz-ausrüstung verfügbar gehabt hätten. Ich darf aber schon ins Feld führen, und das heißt nicht, dass es das besser macht, aber es ist eine Tatsache, es hat alle getroffen und alle gleich getroffen. Es war kein Zufall, dass die Tiroler Landesregierung sofort reagierte als die Lieferung aus China kam, schickt uns bitte was. Es ist übrigens auch entsprechend verwendet worden. Wir haben dank der großartigen Arbeit, Landesrat Widmann hat es beschrieben, aller Ebenen der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Gesundheitsbetrieb, aber auch draußen in der Peripherie, dank der Basisärzte, der Kinderärzte, der Sprengel, gemeinsam mit den Alters- und Pflegeheimen doch am Ende diese Ziele der ersten Phase gut erreichen können.

Ja, wir haben viele Todesfälle verzeichnen müssen. Es sind Menschen mit ihrer eigenen Geschichte, mit ihren Lieben und Verwandten, die um sie trauern. Ja, aber wir müssen auch diese Zahlen dann, und die werden wir in Zukunft betrachten und ins Verhältnis setzen mit der Infektionsrate, die wir in Südtirol hatten, auch der Heftigkeit, wie sie aufgrund unserer besonderen Situation mit extrem viel Bewegung in der Höchstphase der touristischen Wintersaison war, mit all diesen Dingen zusammensetzen und dann genau schauen. Wir werden uns dann auch ein Urteil bilden können. Das sollen sich dann alle bilden. Dazu laden wir als Landesregierung alle ein, sich das Urteil anhand der entsprechenden Zahlen zu bilden und nicht irgendwelche vorschnelle Schlüsse zu ziehen, auch im Verhältnis einer Nachbetrachtung in einer sauberen statistischen betrachtenden Situation. Auf jeden Fall wissen wir, wir trauern um jede einzelne Person, die in dieser Krise an oder mit Corona-Virus verstorben ist.

Wir können uns hingegen darüber freuen, wie wir jetzt doch eine positive Entwicklung haben und die darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Virus noch da ist. Landesrat Widmann hat es mehrfach betont und auch ich bin der Meinung, hier haben wir zurzeit eine etwas falsche Stimmungslage im Land. Es kommen jetzt die Frage, wann wieder die Musikprobe abgehalten werden kann, ob das nächste Woche schon möglich sei, ob das mit dem Fest im Juni dann doch schon klappen wird, jetzt wo wir ja wieder aufmachen. Ich glaube, da ist ein großes Missverständnis vorhanden. Es geht darum, nachdem wir die Leistungsfähigkeit der Gesundheitsbetriebe gerade halten konnten, wirtschaftliches Leben wieder möglich zu machen, Arbeitsplätze zu retten und jetzt Schritt für Schritt auch hier Voraussetzungen zu schaffen, denn mit reinen öffentlichen Zuwendungen wird es nicht gehen, und das ist auch ein großes Missverständnis. Ich bin persönlich der Auffassung, dass es vollkommen richtig war, was in der ersten Phase auch in Italien auf römischer Ebene entschieden worden ist, nämlich diesen Lockdown zu machen. Der ist vielfach in Europa kopiert worden. Es hat dann einzelne Details gegeben, über die man streiten kann, aber es war richtig. Das gilt ja genauso für uns, was ist schon perfekt. In Nachhinein weiß man, das etwas mehr und von dem etwas weniger. Es war aber richtig und es war eine gute Entscheidung, die schnell getroffen worden ist. Das muss man anerkennen.

Ich glaube, irgendwann ist die Haltung eingetreten, der Staat könne den Bürgerinnen und Bürgern garantieren, dass jegliches Ansteckungsrisiko vermieden wird, durch staatliche Maßnahmen, durch hoheitliche Maßnahmen. Ich behaupte, selbst ein immerwährender Lockdown könnte das nicht garantieren. Denn trotz Lockdown hat es weitere Infektionen gegeben. Das ist eine falsche Herangehensweise für Phase 2. Das ist genau der Grund, warum wir jetzt sagen, wir müssen die Dinge anders in die Hand nehmen.

Wir haben wirklich die akute Phase überwunden, jetzt geht es darum Verantwortung zu übertragen. Es geht nur mit bürgerlicher Eigenverantwortung. Es ist dies eine falsche Vorstellung, dass man staatlicherseits garantieren kann mit Verordnung von oben herab: so jetzt seid ihr alle sicher. Das ist auch die Botschaft, die von mir ausgehen muss, das ist eine Übertagung oder eine Mitnahme in die Verantwortung der gesamten Gesellschaft, weil wir wissen, dass es nur so geht. Deshalb ist es mir wichtig, dass wir in den folgenden Stunden und Tagen, wo wir dieses Gesetz diskutieren auch genau diese Botschaft damit verbinden. Es geht um ein gemeinschaftliches Herangehen, nur gemeinsam könne wir es schaffen. Nur in diesem Bewusstsein, dass nichts überstanden ist, sondern dass wir jetzt in eine neue Phase eintreten, wo es gilt, gemeinsam große Verantwortung zu übernehmen. Jeder für sich, aber auch jeweils für den anderen. Ich glaube, wir können das in Südtirol schaffen, weil wir eine Gemeinschaft sind, wo es diese starke Identifikation mit dem Land, mit un-

serer Gemeinschaft gibt. Es hat leider in dieser Krise immer wieder Situationen gegeben, die aber eher spaltend gewirkt haben. Das hat damit zu tun, dass die einen stärker nach Norden und die anderen stärker nach Süden blicken. Landesrat Bessone hat das genau beschrieben, das ist eine Tatsache. Wir wissen, wir sind ein Land mit mehreren Kulturen, mit mehreren Sprachen und das ist auch das Schöne in diesem Land. Es ist aber manchmal auch eine Situation, die möglicherweise zum Schlechten gereicht und ausgenutzt wird.

Albert Camus hat das sehr gut beschrieben, das ist auch vom Kollegen Leiter Reber mit dem Zitat von Helmut Schmidt gesagt worden, in der Krise da kommen die wahren Charaktereigenschaften heraus, leider auch die schlechten. In der Krise gibt es auch immer jene, die diese Krise für ihre eigenen Zwecke missbrauchen wollen. Man hat verschiedene Entscheidungen der Landesregierung unbedingt ethnisch interpretieren wollen. Das sei jetzt in die eine oder andere Richtung gemünzt und das ist das, was mich furchtbar gestört hat. Da darf auch ich jetzt in diesem Sinne etwas sagen. Genau das sollten wir vermeiden, dass wir eine solche Situation noch dazu verwenden, die Gesellschaft zu spalten. Das ist der Moment, wo wir zusammenstehen sollen, wo wir absolut nicht unkritisch sein sollen. Bitte, das nicht missverstehen. Wir sind dankbar für jeden Hinweis, auch für jede Kritik, die sagt, aus unserer Sicht müsste man das anders machen, es wäre besser, das so zu regeln. Aber was nicht sein soll, zu schüren, Ängste zu schüren oder gleichzeitig auch Divergenzen noch stärker aufzubauen, das jetzt noch zu nutzen, um andere politische, gesellschaftliche oder ähnlich Ziele zu verfolgen. Es geht hier darum, dass wir gemeinsam zusammenstehen und agieren. Ich glaube, wir können das leisten, wenn wir auch im Landtag entsprechend versuchen, bei aller richtiger politischer Dialektik das gemeinsam zu gestalten. Ich bin davon überzeugt, dass das Land Südtirol die Kraft hat, tatsächlich aus dieser Krise gestärkt hervorzugehen. Wir werden es schaffen, gemeinsam Maßnahmen zu setzen, die Gesundheit zu schützen, aber auch wirtschaftlich wieder voranzukommen, denn beides gilt es jetzt zu tun.

Dazu soll auch der Gesetzesvorschlag dienen, den wir eingebracht haben. Ich ersuche, diesen gemeinsam zu tragen. Wir wollen das gemeinsam tun im Bewusstsein, dass wir eine Region sind, die eine ganz besondere ist, mit einer besonderen Situation aufgrund seiner Geschichte, mit einer besonderen politischen Konstellation aufgrund der Autonomie, aber auch in einer besonderen Verantwortung, wo wir zeigen können, dass es bei uns funktioniert. Wir gehen auch eine kleine Wette ein. Wir wollen zeigen, dass wir eine reife Gesellschaft sind. Ich hoffe, wir schaffen es, die Bürgerinnen und Bürger mit hineinzunehmen in diesen, ja, lassen Sie es mich Stolz nennen, dass wir als Südtirolerinnen und Südtiroler das schaffen, zu zeigen, dass wir eine Gemeinschaft sind, die gemeinsam Verantwortung übernimmt. Wir als Landtag können hier sehr stark mithelfen und die Basis dafür schaffen. Vielen Dank.

PRÄSIDENT: Vielen Dank.
Herr Abgeordneter Knoll, bitte.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): In persönlicher Angelegenheit. Nachdem ich hier von Landesrat Widmann persönlich angesprochen worden bin, muss ich darauf antworten. Der Landesrat hat mich namentlich genannt hat, was die Eingabe bei der Staatsanwaltschaft anbelangt, und mir persönlich unverantwortliches Verhalten vorgeworfen hat. Ich mache keine Polemik. Ich sage einfach nur, warum ich das getan habe. Wenn sich Ärzte bei mir melden und sagen, es gibt im meinem Bereich Dinge, die falsch laufen, darauf hinweisen, dass sich Personen infiziert haben, dass Meldungen, die gemacht werden, nicht berücksichtigt werden, wenn sich Pfleger bei mir melde, die sagen, obwohl ich diese Schutzausrüstung benützt habe, habe ich mich infiziert und habe diese Infektion mit nach Hause getragen, mein Mann hat sich infiziert und ist gestorben, – das ist kein erfundener Fall, das ist ein realer Fall, der an mich herangetragen wurde –, dann habe ich als Politiker zwei Möglichkeiten, entweder ich sage in diesem allgemeinen Zusammenhalten ich ignoriere das einfach oder ich nehme meine Verantwortung als Politiker wahr und versuche, diesen Dingen auf den Grund zu gehen. Ich bin nicht der, der darüber entscheiden kann, ob es rechtens ist oder ob es nicht rechtens ist. Ich bin aber verantwortlich dafür, ob das untersucht wird. Deswegen habe ich in Ausübung meines Amtes, meines Mandates, meiner politischen Verantwortung, die ich auch habe, diese Meldung so weitergegeben und dazu stehe ich auch. Rechtstaatlichkeit muss auch in einer Krisenzeit Bestand haben.

KÖLLENSPERGER (Team K): In persönlicher Angelegenheit. Ich wurde genauso genannt. Also erstens, die Nachricht, hier verbreiten, ich hätte Eingaben bei der Staatsanwaltschaft gemacht oder anderswo stimmt ganz einfach nicht. Das habe ich nicht getan. Zum zweiten hätte ich das gleiche gesagt, was auch Kollege Knoll bereits gesagt hat, wir haben sehr viele Rückmeldungen aus dem Sanitätsbetrieb mit einem

großen Vertrauensverlust, der vor allem durch die Gutachtengeschichte entstanden ist. Dass man hier Konsequenzen und Aufklärung fordert, das glaube ich, hat nichts mit einem Mangel an Loyalität zu tun, das ist ganz einfach dem geschuldet. Dazu wird es jetzt einen Untersuchungsausschuss geben, der wir dazu dienen, diese nötige Klärung, hoffe ich, zu schaffen.

PRÄSIDENT: Wir haben die Behandlung der institutionellen Tagesordnungspunkte abgeschlossen und kommen zur Behandlung der Tagesordnungspunkte, die in die der Opposition zustehende Zeit fallen.

Punkt 3 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 260/20 vom 17.02.2020, eingebracht von den Abgeordneten Nicolini, Staffler, Foppa und Dello Sbarba, betreffend nachhaltige und inklusive Digitalisierung in unseren Schulen"**.

Punto 3) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 260/20 vom 17/02/2020, preentata dai consiglieri Nicolini, Staffler, Foppa e Dello Sbarba, riguardante digitalizzazione sostenibile ed inclusiva delle nostre scuole"**.

Am 10.10.2019 genehmigte der Landtag den Beschlussantrag Nr. 161/19 mit dem Titel „#Bildung digital – Schule zeitgemäß gestalten“ mit dem großen Schwerpunktthema der erforderlichen Digitalisierung der Hardware-Infrastruktur in unseren Schulen. Unserer Ansicht nach müsste jedoch bedacht werden, dass wenn die Hardware als Körper der digitalen Infrastruktur betrachtet werden kann, die Rolle der Software jener der inneren Organe gleichkommt, die eine gute Funktionsweise der verschiedenen Körperteile gewährleisten. Daher wäre es wichtig, auch das Thema der Software in den Mittelpunkt zu rücken.

Gemäß Artikel 69 der Bestimmungen über die digitale Verwaltung (Codice Amministrazione Digitale, CAD) sind öffentliche Verwaltungen, die Inhaber von nach den Anweisungen eines öffentlichen Auftraggebers umgesetzten IT-Lösungen und -Programmen sind, dazu verpflichtet, den entsprechenden Quellcode samt den zugehörigen Dokumenten und mit offener Lizenz offengelegt zur Verfügung zu stellen. Der Quellcode muss von anderen öffentlichen Verwaltungen oder Rechtspersonen, die ihn für die eigenen Zwecke anpassen möchten, kostenlos nutzbar sein. Daher müssen die entsprechenden Geräte mit den gängigsten Betriebssystemen auf dem Markt (Microsoft Windows, GNU/Linux und MacOS) laufen können. Dasselbe gilt natürlich auch für angekaufte digitale didaktische Mittel, die ebenso zu Hause wie in der Schule nutzbar sein müssen, unabhängig vom verwendeten Betriebssystem.

Zur besseren Klärung der Bestimmungen trug auch die Agentur für die Digitalisierung (Agenzia per l'Italia Digitale) im Mai 2019 bei. Sie erließ die Leitlinien für den Ankauf und die Wiederverwendung von Softwarelösungen in der öffentlichen Verwaltung und führte diesbezüglich unter anderem den Grundsatz der Nachhaltigkeit und der Unabhängigkeit ein.

Dass die Einhaltung dieser gesetzlichen Vorgaben notwendig und sinnvoll ist, erscheint umso klarer, wenn man einige konkrete Fallbeispiele betrachtet – vor allem, wenn es sich um besondere Erfordernisse im Bildungsbereich handelt, wo die öffentlichen Verwaltungen mehr in die Entwicklung einer freien und wiederverwendbaren speziellen Software für unterstützte Kommunikation investieren sollten, wie dies kürzlich durch das Ministerium für Unterricht, Universität und Forschung mit dessen Finanzierung des Projekts SIMCAA (<https://www.simcaa.it>) auf beispielhafte Weise umgesetzt wurde.

Bezüglich der digitalen Didaktikmaterialien wird mehrheitlich der Standpunkt vertreten, dass die Schulämter bei der Wahl der geeigneten Software frei entscheiden können müssen und dies nicht davon abhängig gemacht werden kann, welche IT-Lösungen verwendet werden. Andernfalls könnte man gleichermaßen behaupten, dass bei der Wahl der Schulbücher ausschließlich jene eines bestimmten Verlags in Frage kommen dürften.

Anlässlich der jährlichen, im NOI Tech Park veranstalteten Tagung „South Tyrol Free Software Conference“, bestätigen die Vertreter des Unternehmertums stets ganz klar, dass die Unternehmen in der heutigen Zeit nicht in der Lage wären, Innovation zu betreiben und eine gewinnbringende Zusammenarbeit zu gewährleisten, ohne GNU/Linux und freie oder Open-Source-Software zu verwenden. Mit diesen Softwarelösungen ist es ihnen nämlich möglich, Zeit zu sparen

und die Kosten für Forschung und Entwicklung zu reduzieren, indem Software gemeinsam genutzt und wiederverwendet wird und das Potential der kollektiven Intelligenz und der Zusammenarbeit in einem Netzwerk genutzt werden. Ein Land, das sein Unternehmertum im Fokus hat, sollte diese Faktoren berücksichtigen.

Es ist offensichtlich, dass die Wahl einer Software, ganz abgesehen von den Leitlinien und den Bestimmungen über die digitale Verwaltung, aus einem politischen Blickwinkel und insbesondere hinsichtlich der spezifischen Befugnisse des Landes folgende Aspekte in Einklang bringen sollte: die Erfordernisse im Bildungsbereich, wobei die verwendeten Softwarelösungen nicht ein reines Hilfsmittel, sondern einen wichtigen Bestandteil des didaktischen Angebots darstellen; der von den Unternehmen des Landes bekundete Bedarf an Aus- und Weiterbildung; die Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der Schüler mit Lernschwierigkeiten. Selbstverständlich sollten auch die Support-Leistungen auf diese Faktoren ausgerichtet sein.

2015 erfolgte ein Wechsel vom „Support-System“ der Schulen des italienischen Schulamtes, das von Letzterem betreut wurde, auf ein anderes System, das von der Abteilung Informationstechnik angeboten wird. Zwar schien diese Entscheidung in erster Linie von technischen Anforderungen bedingt zu sein, in der Substanz muss jedoch festgestellt werden, dass das vorherige Support-System für die Schulen (unter der Führung des Schulamtes) darauf ausgerichtet war, Anwendungsprobleme mit der erforderlichen Sensibilität für die Schulwelt zu lösen. Wie bereits mehrmals betont wurde, handelte es sich dabei nämlich um einen Ansatz, der auf die Didaktik und nicht nur auf die rein technische Problemlösung ausgerichtet war.

In diesem System war ein technischer Verantwortlicher vorgesehen, der den First-Level-Support gewährleistete und eine bedeutende Rolle bei der Erfassung der didaktischen Erfordernisse und bei der sogenannten digitalen Alphabetisierung spielte. Zudem bestand ein sogenannter Second-Level-Support für komplexere Maßnahmen.

Der Grundsatz der Nachhaltigkeit stellt einen bedeutsamen Wert für die Entwicklung der Gesellschaft dar und kann im Bereich der digitalen Technologien in vier Hauptziele aufgeschlüsselt werden: 1. digitale Autonomie, 2. digitale Souveränität, 3. Kreislaufwirtschaft, 4. Schließung der digitalen Kluft;

Die Erreichung der digitalen Autonomie ist eine europaweit bestehende Notwendigkeit, da die Möglichkeit, Software „zu Hause“ zu kreieren, anstatt von Dritten anzukaufen, es erlaubt, in den verschiedenen Gebieten eines Landes eigene IT-Lösungen je nach den jeweiligen Erfordernissen vor Ort zu schaffen; die digitale Souveränität, auf die kürzlich auch in Deutschland in der Digitalcharta der CDU Bezug genommen wurde, stellt den Grundsatz der digitalen Öffnung als Innovationsmotor für das ganze Land in den Mittelpunkt: offene Schnittstellen, Interoperabilität der Softwarelösungen und bei den netzgebundenen Anwendungen, sowie bei den Ausschreibungen und im Bereich Daten und Know-how: „Nur durch Offenheit entsteht Wettbewerb, nur durch Offenheit können neue Akteure im Wettbewerb die Platzhirsche herausfordern.“ (Digitalcharta CDU).

Nicht alle Familien in unserem Land können sich einen PC leisten und ihn austauschen, wenn dies vom Hersteller der installierten Software eingefordert wird. Nicht alle Südtirolerinnen und Südtiroler wissen, dass Computer, die bereits 10 Jahre alt sind, dank GNU/Linux und freier Software wie Firefox und LibreOffice um einen sehr geringfügigen Preis noch verwendet werden können, wodurch einerseits die Kreislaufwirtschaft angeregt und andererseits die digitale Kluft zwischen den Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten verringert wird. Die digitale Nachhaltigkeit basiert auch auf der Aufklärung und Ausbildung der Bevölkerung, da die neuen Technologien an sich weder als gut noch als schlecht bezeichnet werden können, aber auch nicht als neutral; es liegt vielmehr an den Verantwortlichen für Bildung und Ausbildung, aus der Digitalisierung einen Nährboden für mehr Nachhaltigkeit zu machen, damit die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien dazu genutzt werden, für unsere Gesellschaft und unsere Umwelt eine Verbesserung herbeizuführen, indem auch ein Gedankenaustausch zwischen den Generationen stattfindet. In unserem Land werden diese Grundprinzipien über den Dienst „Open & Linux“ vermittelt, der alle zwei Wochen in Bozen, Meran, Bruneck und Brixen dank einer gelungenen Zusammenarbeit zwischen verschiedenen öffentlichen Stellen (Land, Gemeinden, Schulen) und ehrenamtlichen, an der Initiative beteiligten Vereinigungen tätig ist und von allen Bürgern, darunter auch Lehrkräfte und Schüler, genutzt werden kann.

Dies vorausgeschickt und erwogen

*verpflichtet
der Südtiroler Landtag*

die Landesregierung,

- 1. einen Plan zur Förderung der didaktischen Systembetreuer vorzusehen, die derzeit den First-Level-Support in den Schulen leisten, indem mehr Stunden für den didaktischen Bereich eingeplant werden oder andere, von den Stakeholdern als geeigneter betrachtete Maßnahmen ergriffen werden;*
- 2. die Arbeit der Informatikfachkräfte neu zu organisieren, sodass sie in engerem Kontakt mit den drei Landesschulämtern tätig sein können und in die didaktischen Projekte der einzelnen Schulen stärker einbezogen werden;*
- 3. die Erstellung eines Ausbildungsplans für Lehrkräfte zum Thema der Nutzung von digitalen Technologien in Erwägung zu ziehen, der von Fachkräften des Landes, Ausbildnern und Fachpersonal der Landesschulämter angeboten wird;*
- 4. ein Handbuch zu entwickeln, in welchem den Lehrkräften den gesetzlichen Vorgaben und den didaktischen Erfordernissen entsprechend nahegelegt wird, Schulbücher mit digitalen Ressourcen zu verwenden, die über unterschiedliche Plattformen genutzt werden können (Microsoft Windows, GNU/Linux und MacOS), sodass keinem Schüler die Möglichkeit verwehrt wird, Übungen problemlos von zu Hause aus zu machen, unabhängig vom verwendeten Betriebssystem;*
- 5. eine wissenschaftliche Erhebung betreffend alle Lehrkräfte der Schulen in Südtirol durchzuführen, um zu erfassen, wie die digitalen Technologien verwendet werden, und dementsprechend einen angemessenen Plan für die Weiterbildung zu erarbeiten;*
- 6. die Einleitung der Verfahren zur Migration zu Microsoft Windows der didaktischen IT-Systeme der italienischen Schulen auszusetzen, bis ein umfassender Neuordnungsprozess der IT-Ressourcen für die deutschen, italienischen und ladinischen Schulen eingeleitet wird.*

Premesso che:

questo consiglio ha approvato il 10/10/2019 la mozione n. 161/19 dal titolo “#scuoladigitale – al passo con i tempi” con grande focus sulla necessità di digitalizzare l’infrastruttura hardware delle nostre scuole, è però, a nostro avviso, il caso di puntualizzare che se l’hardware è paragonabile al corpo dell’infrastruttura digitale i software sono paragonabili agli organi interni che ne permettono il funzionamento e pertanto è necessario sviluppare un ulteriore focus sul software e sulle attuali modalità di gestione ed implementazione previste;

l’art. 69 del CAD (Codice Amministrazione Digitale) recita che “le pubbliche amministrazioni che siano titolari di soluzioni e programmi informatici realizzati su specifiche indicazioni del committente pubblico, hanno l’obbligo di rendere disponibile il relativo codice sorgente, completo della documentazione e rilasciato in repertorio pubblico sotto licenza aperta, in uso gratuito ad altre pubbliche amministrazioni o ai soggetti giuridici che intendano adattarli alle proprie esigenze”, pertanto, i dispositivi elettronici devono funzionare con i principali sistemi operativi in commercio (Microsoft Windows, GNU/Linux e MacOS) e lo stesso vale, ovviamente, per le risorse didattiche digitali acquistate: pure queste devono poter essere utilizzabili a casa come a scuola indipendentemente dal sistema operativo utilizzato;

a rendere maggiore chiarezza nella disciplina è intervenuta anche AgID (Agenzia per l’Italia Digitale) nel maggio 2019 per specificare le “Linee guida sull’acquisizione ed il riuso del software nella PA” introducendo peraltro il principio della sostenibilità e dell’indipendenza;

l’evidenza della necessità del rispetto del dettame legislativo appare ancora più evidente in alcune fattispecie concrete e soprattutto nei casi di bisogni educativi speciali ove le pubbliche amministrazioni dovrebbero investire maggiormente nello sviluppo di software compensativi liberi e riutilizzabili come recentemente dimostrato in modo esemplare dal MIUR che ha finanziato il progetto SIMCAA (<https://www.simcaa.it>);

Per quanto concerne le risorse didattiche digitali è altresì chiaro ai più che la scelta di un software piuttosto che un altro debba essere demandata alle intendenze scolastiche e non possa essere subordinata al tipo di software utilizzato; un’affermazione di segno contrario equivarrebbe all’af-

fermazione che non è possibile scegliere libri diversi rispetto a quelli di un dato editore per l'apprendimento;

il mondo imprenditoriale, attraverso la annuale conferenza presso il NOI Tech Park, la South Tyrol Free Software Conference, sottolinea in maniera chiara che ad oggi le aziende non riuscirebbero a innovare ed a collaborare proficuamente nell'ambito delle nuove tecnologie digitali senza l'uso di GNU/Linux e software libero/open source che permette loro di velocizzare i tempi e ridurre i costi di R&D attraverso la condivisione e riuso dei software, sfruttando il potenziale dell'intelligenza collettiva e delle reti di collaborazione; un Alto Adige attento all'impresa dovrebbe tener conto di tali considerazioni;

da quanto emerge, la scelta del software, al di là delle linee guida e del CAD, dal punto di vista politico, e nello specifico delle competenze in capo alla Provincia, dovrebbe coniugare le esigenze formative, stabilito che software non è solo un mero supporto ma è un principio della didattica; le esigenze formative che emergono dalle aziende del territorio nonché l'attenzione ai bisogni specifici degli alunni con difficoltà; va da sé che anche la gestione del supporto dovrebbe seguire tali principi;

dal 2015, in Alto Adige, il "sistema del supporto", nelle scuole dell'intendenza scolastica italiana è passato dal sistema in capo alla stessa ad uno offerto dalla Ripartizione informatica; se in linea di principio la scelta appare legata da esigenze tecniche, nei fatti, considerato quanto sopra, il supporto scolastico precedente (in capo all'Intendenza) era creato per risolvere i problemi applicativi con la sensibilità necessaria nella scuola essendo finalizzato, e non smetteremo di ripeterlo, alla didattica e non alla mera risoluzione tecnica;

il sistema prevedeva un referente tecnico che forniva l'assistenza di primo livello, nonché svolgeva un ruolo fondamentale nel comprendere le esigenze didattiche e diffondere la c.d. "alfabetizzazione digitale" ed un servizio tecnico informatico c.d. di secondo livello per gli interventi più complessi;

Considerato che:

il richiamo alla sostenibilità, oltre che un valore fondamentale per lo sviluppo della collettività, è declinabile in ambito digitale in quattro obiettivi fondamentali: 1. autonomia digitale, 2. sovranità digitale, 3. economia circolare, 4. riduzione del digital divide;

L'autonomia digitale rappresenta un'esigenza condivisa a livello europeo in quanto la possibilità di costruire dei software "in casa" piuttosto che acquistarli da soggetti terzi permette ai singoli territori di declinare le soluzioni informatiche alle specifiche esigenze territoriali; la sovranità digitale, richiamato recentemente anche in Germania nella Digitalcharta della CDU, mette al centro il principio guida dell'apertura digitale quale motore di innovazione per il paese: interfacce aperte, interoperabilità nel software e nelle applicazioni basate sulla rete, nonché nelle gare d'appalto, nei dati e nella conoscenza: "Solo l'apertura crea competizione, solo l'apertura permette ai nuovi giocatori di sfidare i migliori nella competizione"(Digitalcharta CDU);

non tutte le famiglie sul nostro territorio hanno i mezzi per potersi dotare di un PC e di sostituirlo quando lo esige il produttore del software installato e non tutte gli altotesini e le altotesine sanno che computer prodotti anche 10 anni possono essere ancora utilizzati grazie a GNU/Linux ed ai software liberi come Firefox e LibreOffice con una spesa pressoché nulla e permettendo da una parte il fiorire dell'economia circolare e dall'altra di ridurre il digital divide tra la popolazione con capacità economiche differenti;

La sostenibilità digitale passa anche attraverso l'informazione e la formazione delle persone, in quanto le nuove tecnologie che non sono né buone né cattive in sé, ma nemmeno neutrali; spetta quindi al mondo della scuola e della formazione, fare della trasformazione digitale un propulsore di sostenibilità al fine di usare le nuove tecnologie dell'informazione e della comunicazione per migliorare la società e l'ambiente dando luogo anche ad uno scambio culturale intergenerazionale; sul nostro territorio tali principi basilari vengono trasmessi dallo sportello bisettimanale "Open & Linux" bisettimanali sul territorio a Bolzano, Merano, Brunico e Bressanone grazie alla collaborazione proficua di enti pubblici (Provincia, Comuni, Scuole) e delle associazioni di volontariato che partecipano all'iniziativa, fruibile da tutti i cittadini, docenti ed alunni compresi;

Ciò premesso e considerato:

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

impegna la Giunta provinciale

1. *a prevedere un piano incentivante per i referenti tecnici (DSB - Didaktische Systembetreuer) che attualmente fanno il supporto di primo livello nelle scuole attraverso la disponibilità di un maggior quantitativo di ore nella didattica o altri strumenti ritenuti più idonei dagli stakeholders;*
2. *riorganizzare la gestione dei tecnici informatici affinché possano operare a più stretto contatto con le tre intendenze scolastiche ed i progetti didattici delle singole scuole;*
3. *a valutare l'organizzazione di un piano di formazione per i docenti sull'uso tecnologie digitali, offerto dal personale tecnico della provincia, da docenti formatori e dal personale esperto presente nelle intendenze;*
4. *a sviluppare un vademecum che in linea con la normativa e con le esigenze didattiche suggerisca ai collegi docenti di adottare libri di testo che abbiano risorse digitali multi piattaforma (Microsoft Windows, GNU/Linux e MacOS) in modo da non svantaggiare alcuno studente nella possibilità di esercitarsi a casa indipendentemente dal sistema operativo usato;*
5. *a realizzare una indagine scientifica su tutta la popolazione dei docenti delle scuole della provincia per rilevare le modalità di utilizzo delle tecnologie digitali e di conseguenza pianificare un adeguato piano di aggiornamento;*
6. *a sospendere l'avvio delle procedure di migrazione a Microsoft Windows dei sistemi informatici didattici della scuola in lingua italiana, prima che sia avviato un processo di riordino complessivo delle risorse informatiche destinate alle scuole in lingua tedesca, italiana e ladina.*

Herr Abgeordneter Nicolini, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Grazie presidente! Direi che questa mozione sulla digitalizzazione sostenibile nell'ambito scolastico è stata un po' profetica, perché era già stata presentata verso l'inizio dell'anno, doveva già essere discussa prima della pandemia e, dopo tutto quello che è successo, ho deciso di mantenerla, perché questo tema è rientrato subito alla ribalta, perché si è subito visto quali erano le competenze digitali necessarie nella scuola e che sono state poi implementate anche in forma efficiente, però con ritardo.

Per noi già prima era un tema caro quello di sviluppare queste competenze digitali in maniera sostenibile, soprattutto preoccupati per la deriva che sembra stia prendendo perché sono state dedicate sempre meno risorse.

Avevamo portato all'attenzione questo argomento e mi collego subito con una mozione che era stata presentata ancora in ottobre dalla collega Amhof sulla scuola digitale, dove si voleva incoraggiare la Giunta a prendere provvedimenti per rafforzare i sistemi *hardware*, i sistemi dunque di struttura all'interno delle scuole. La mozione poi è passata a grande maggioranza, però secondo noi non era abbastanza, perché è sempre più evidente come nell'informatica il *software* stia prendendo gli investimenti maggiori, il maggiore valore aggiunto rispetto alle strumentazioni *hardware*, basti vedere anche quali sono le classifiche mondiali delle *Edit company* vediamo subito che ai primi posti ci sono sempre le *software house* e anche in questo periodo di Covid chi è cresciuto di più è chi ha offerto questi servizi, pensiamo ad *Amazon* o a *Zoom*, il cui proprietario arrivava da un'azienda che faceva sistemi *hardware*, la Cisco ed è andato subito sul mercato del *software*, Quindi la necessità è quella di sviluppare e dedicare maggiore attenzione soprattutto a come si crea la competenza digitale, che è più che altro nel *software*, non tanto nell'*hardware*.

Vorrei specificare, prima di passare all'esame dell'Agenda digitale, che cos'è un bene digitale, perché è il bene digitale che ha rivoluzionato tutto nell'informatica, perché la caratteristica principale del bene digitale è che non si deteriora in base all'uso, per qualsiasi altro bene, soprattutto i beni agricoli i beni economici, l'utilizzo ne degrada il valore. Il bene digitale, invece, ha questa capacità, che è paragonabile alla conoscenza e quindi, maggiormente è diffuso, pensiamo a un *software*, più il valore non si degrada, anzi può acquistare valore. Quindi dal punto di vista economico si cerca di ricavare valore dall'utilizzo del *software* attraverso licenze che sono dei sistemi che in qualche modo impediscono la diffusione di questi *software*.

Per questo è nato il *software* libero, il *software* aperto, perché durante questa valorizzazione che ottiene questo bene non c'è un degradamento del suo valore e quindi sarebbe naturale che la conoscenza, come il bene digitale, venisse assolutamente messa a disposizione di tutti.

Questo è specificato, ad esempio, anche nell'articolo 69 del CAD, il Codice dell'Amministrazione Digitale, che – ricordiamo – è una legge dello Stato tutt'ora in vigore e recita: “le pubbliche amministrazioni che siano titolari di soluzioni e programmi informatici realizzati su specifiche indicazioni del committente pubblico, hanno l'obbligo di rendere disponibile il relativo codice sorgente, completo della documentazione e rilasciato in repertorio pubblico sotto licenza aperta, in uso gratuito ad altre pubbliche amministrazioni o ai soggetti giuridici che intendano adattarli alle proprie esigenze”.

Questo significa che un bene digitale deve essere un bene indipendente e utilizzabile da tutti quanti, soprattutto se è stato prodotto all'interno dell'amministrazione pubblica e tanto più vale questo discorso per il mondo della didattica, che ha una caratteristica anche di indipendenza e di sostenibilità che deve essere considerata.

Ricordiamo che il *software*, al contrario dell'*hardware*, deve essere considerato come una risorsa didattica, e quindi non può essere un organo esterno che influenza questo utilizzo della didattica. Il principio è quello della sostenibilità e dell'indipendenza e non è un mero supporto come quello dell'*hardware*, quindi deve essere data libertà alle scuole di scegliere quale sia il *software* che viene impiegato e, ovviamente, deve essere messo a disposizione e girare su tutti quanti i sistemi *hardware* che sono disponibili sia all'interno delle scuole, che all'interno delle famiglie.

Il concetto si avvicina a quello della sostenibilità digitale, che si basa su quattro pilastri, cioè l'autonomia digitale, la sovranità digitale, l'economia circolare e la riduzione del *digital divide*.

Prima vorrei spiegare la sostenibilità digitale proprio dal punto di vista della parola: diciamo che sostenibilità è un *claim* della nostra provincia, la sostenibilità è stata spesso usata come una parola positiva a cui deve essere associato il valore della nostra provincia.

Conta più ancora l'autonomia digitale, autonomia anche è una parola che dovrebbe essere ampiamente condivisa all'interno di questa provincia, significa che un programma, ad esempio un *software* deve adattarsi a delle esigenze dell'ambiente dove è impiegato, ovvero sul territorio. La prima cosa che pensiamo su un *software* che viene impiegato in questo territorio è il fatto che ad esempio deve essere bilingue, se non trilingue o quadrilingue, comunque è una caratteristica della nostra provincia.

La sovranità digitale è anche un concetto importantissimo, forse ancora più importante, io ho approfittato di questa clausura per andare a specificare un po' il concetto di sovranità digitale anche all'interno della piattaforma di innovazione della CSU, che punta molto sul fatto che i *software* devono essere con il codice sorgente libero, la sovranità significa che io posso agire, posso conoscere come funziona un *software* e questo è importantissimo, perché il *software* libero non è un *software* che viene impiegato magari dai *nerd* o da chi sta sempre in laboratorio, da persone che sono entrate nel mondo digitale, ma è una competenza altamente trasversale anche all'interno delle imprese ed è per questo che per esempio viene organizzato ogni anno al NOI la *South Tyrol Free Software Conference*, dove tra l'altro era presente anche il nostro presidente. Questo perché sulla base del *software* libero sono tantissime le piccole e medie aziende, anche sudtirolesi, che approfittano di questa gratuità del sistema per sviluppare i loro programmi.

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Werte Kolleginnen und Kollegen, es ist schwierig – das merken wir an der Stimmung im Saal -, zur Tagesordnung überzugehen. Dennoch ist es wichtig und Ausdruck der Professionalität, wenn wir uns langsam aber sicher wieder zur normalen Tagesordnung begeben und bewegen, wengleich uns die Corona-Geschichte weiterhin begleiten wird. Das Thema, das der Kollege Nicolini aufwirft, ist ein Thema, das jetzt noch viel wichtiger und virulenter ist, als es vor der Corona-Krise war. Wir alle, die wir hier sitzen und arbeiten, haben in den letzten Wochen mehr oder weniger einen Digitalisierungsschub durchgemacht. Die digitale Transformation wurde durch die Corona-Krise enorm befeuert. Die Corona-Krise hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, eine widerstandsfähige Struktur im digitalen Wesen zu haben. Diese parallele Erkenntnis sollten wir uns ins Stammbuch schreiben. Wir sind jetzt alle der Meinung – sogar Landesrat Widmann hat es gesagt -, dass eine periphere, kapillare und vielfältige Organisation des Gesundheitswesens wichtig, ja die Zukunft ist. Wir müssen hier also umsteuern. Dasselbe gilt für die digitale Transformation. Es kann nicht sein, dass wenige globale Player den Ton angeben. Was ist, wenn uns diese globalen Player morgen den Hahn abdrehen? Dann steht alles still, denn die haben uns in der Hand. Deshalb ist der Vorschlag, für die digitale Nachhaltigkeit zu werben und damit in den Schulen zu beginnen, fundamental. Vielfalt und Objektivität müssen in der Schule gelehrt werden. In den Ausbildungsprogrammen der Schulen wird die Geschichte dieses Landes möglichst objektiv und vielfältig dargestellt und gelehrt. Genauso muss es im Hinblick auf die digitale Nachhaltigkeit sein. Die jungen Menschen müssen so unterrichtet

werden, dass sie verstehen, dass es nicht nur Google, Facebook oder Apple gibt, sondern dass es tausende andere Unternehmen gibt, die ebenso mit freier Software Produkte produzieren, die genauso verwendet werden können. Das ist ein bildungspolitischer Auftrag, der für die Zukunft enorm wichtig ist. Sonst werden wir in Zukunft digital nicht resilient sein.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie presidente! È una curiosa coincidenza il fatto che questa mozione, come ha detto il consigliere Nicolini, è stata scritta tempo fa, ma è di attualità estrema proprio per questa transizione al digitale che noi tutti abbiamo subito, io che amo la carta stampata l'ho subita più di altri, e odio i *computer* e tutti questi macchinari. È come se negli ultimi due mesi tutti abbiamo cercato di continuare la vita di prima, solo trasferendola sul virtuale. Per questo è importante che tutti possano accedere a queste risorse, qui il problema del *software* libero, del *software* proprietario è fondamentale.

Io credo, assessore Vettorato, che smantellare l'esperienza che abbiamo fatto sul *software* libero nelle scuole e trasferirla su *Windows* non sia una buona soluzione e che sia una soluzione che spreca anni di lavoro, quindi Le chiedo veramente un ripensamento su questo.

Poi altri punti sono importanti, per esempio adesso non siamo più a discutere sul se usare il digitale, ma sul quanto e come usarlo e io penso che alcuni punti in questa mozione, che magari alcuni mesi fa erano minori, ora diventino importanti, cioè questa indagine su come il digitale è stato usato e anche la formazione di chi usa il digitale, perché se chiedete a me che non ho nessuna formazione, io trasferisco la mia vita sul digitale, diventando matto io e facendo diventare matti gli altri, ma, assessore Vettorato e assessore Achammer, io conosco anche famiglie che sono diventate matte con questi compiti che ogni giorno arrivano a casa, 5, 6, bisogna anche formare gli insegnanti a usare questo strumento in modo appropriato, perché non è possibile trasferire la lezione frontale sul *computer*, perché la videoconferenza ha un'intensità e un impegno che non è quello. Per esempio nel contratto giornalistico ci sono delle clausole molto precise che limitano la continuità dell'uso del computer e la quantità totale al giorno dell'uso del computer, poi nessun giornale le rispetta, siamo chiari, però dopo mezz'ora va fatta una pausa di un quarto d'ora e oltre un certo limite di ore davanti a uno schermo non si può passare, questo per la difesa della salute sia mentale che fisica della persona. Per cui questa mozione mi sembra veramente importante, e mi sembra importante fare tesoro dell'esperienza che è stata fatta fino qui, fare un bilancio e vedere quali sono potenzialità, ma anche limiti dell'uso della tecnologia digitale nell'istruzione.

KÖLLENSPERGER (Team K): Grazie! è un tema che ovviamente mi interessa anche da vicino, visto anche il mio passato nel settore informatico, oltretutto per un'azienda che trattava *Java Open Source* e *Microsoft*, tutte e due le tecnologie, e quindi ho un approccio non ideologico, ma abbastanza pratico a questa questione.

È una mozione che ovviamente noi sosteniamo, perché coglie nel segno in più punti, coglie nel segno dove dice che una monocultura basata sul *software* commerciale *Microsoft* dal punto di vista macroeconomico non è corretta, ma neanche dal punto di vista di questa monocultura che nasce e che porta poi fin da piccoli a utilizzare un sistema che viene proposto come se fosse gratis, ma – abbiamo fatto parecchie interrogazioni – gratis non è, perché viene pagato ovviamente dalla collettività.

Mi sono occupato più volte del tema del CAD, il codice dell'amministrazione digitale che ovviamente prevede che vada favorito il riuso pubblico di *software* già disponibili presso le pubbliche amministrazioni, in subordine quello disponibile come codice sorgente libero e solo in terza battuta, e motivato bene, può essere utilizzato *software* commerciale.

È una domanda che mi pongo in relazione anche a tutto il discorso del FUSS, il *software* libero nelle scuole italiane – l'assessore Vettorato lo sa, ne abbiamo parlato anche di persona, in maniera pacata e tranquilla – non lo considero tanto un progetto informatico, quanto un progetto didattico e in questo senso io personalmente ho espresso grosse perplessità, contrariamente al discorso *LibreOffice* o *Microsoft Office*, questi sostanzialmente sono sistemi di elaborazione di testo, una *commodity* dal mio punto di vista, però FUSS è diverso, è un progetto didattico e rinunciare a questo per passare a *Microsoft* e anche rinunciare al proprio supporto, che passerebbe sotto la Ripartizione informatica della Provincia, per me è anche rinunciare a un progetto didattico e a un pezzetto della propria autonomia con delle conseguenze, secondo me, sul supporto di primo livello a cui erano abituate queste scuole e che in futuro non ci sarà più.

Tutto questo per annunciare il nostro sostegno a questa mozione.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich habe in den letzten zwei Monaten die Stimme der Frauen sehr vermisst und möchte sie deshalb auch zu diesem Thema nicht schweigen lassen. Es gehört zu den vielen verschütteten Erfolgsgeschichten von Frauen, dass die Informatik in den ersten Jahren nur in den Händen der Frauen war. Das weiß man heute nicht mehr, denn das ist ein völlig männlicher Sektor. Ursprünglich – das können Sie nachlesen – waren die großen Entwickler von informatischen Systemen alleamt Frauen. Als es wichtig und erfolgreich geworden ist, haben es dann die Männer übernommen, und das passiert öfters so.

Der Kollege Köllensperger hat in Zusammenhang mit FUSS von einem didaktischen Projekt gesprochen. Hier wurde auch das Informatische aufgeworfen. Ich glaube, dass man hinzufügen kann, dass es auch ein kulturelles Projekt ist. Welche Fähigkeit eine Gesellschaft hat, ist immer auch eine kulturelle Frage. Man schafft oder man verbirgt Zugänglichkeiten. Deshalb ist es wichtig, dass gerade junge Menschen mit vielen verschiedenen Systemen in Kontakt kommen. Wer von uns mit einer ganz bestimmten Software sozialisiert worden ist, wird an dieser hängen bleiben. Wir sind natürlich nicht die digital natives, aber alle anderen sind einmal mit einem bestimmten System sozialisiert worden, und in Bezug auf dieses haben sie gute Kompetenzen und Fähigkeiten entwickelt. Dahin zieht uns die Bequemlichkeit immer. Ob wir von einzelnen Firmen abhängig sind, ist eine andere Frage. Das Schöne von offenen Plattformen ist ja, dass hier so viele verschiedene Intelligenzen zusammenkommen, die große Fortschritte erzielt haben und immer dynamisch und in Entwicklung bleiben. Das ist das Kulturelle an der digitalen Nachhaltigkeit. Wir haben bis vor zwei Monaten hier sehr viel von Nachhaltigkeit gesprochen, aber es gibt auch in der digitalen Welt nachhaltige und weniger nachhaltige Ansätze. Wir wissen, dass in der Nachhaltigkeit das Diversifizierungsprinzip ein ganz wichtiges ist. Denken wir an die Landwirtschaft, an die Bildungssysteme usw. Deshalb bin ich immer dafür zu diversifizieren, und deshalb ist das ein nachhaltiger Ansatz. Diesen Blick auf das Digitale müssen wir uns offenhalten, indem wir Vielfalt erhalten.

VETTORATO (assessore alla scuola italiana, formazione professionale italiana, cultura italiana, energia, ambiente - Lega Salvini Alto Adige – Südtirol): Grazie presidente! Innanzitutto grazie per questa mozione che ci permette di riflettere. Io ho apprezzato molto i toni pacati di chi è intervenuto, perché questa non è una sfida su chi ha ragione, su chi comanda, eccetera, è un confronto e la cosa mi piace.

Vorrei sottolineare, però, un passaggio, visto che si è parlato di Coronavirus e delle problematiche che sono emerse. Queste problematiche non sono emerse perché i docenti si sono trovati impreparati a comunicare, ma sono dovute proprio agli *hardware* delle famiglie.

Ha ragione – io lo chiamo professore, anziché consigliere – il professor Dello Sbarba, quando dice che anche le famiglie avrebbero bisogno di un supporto, perché è vero, io ricevo le segnalazioni e anche da papà sinceramente me ne rendo conto, perché è successo anche a me di dovermi arrabbiare con mio figlio per stargli dietro per alcune dinamiche che si sono create, e per questo voglio risponderLe che, fatte le prime due settimane di rodaggio, con l'Intendenza avevamo messo in piedi delle linee guida, perché non era ammissibile, visto che per ovvi motivi mancavano i consigli di classe, che degli alunni dovessero stare davanti a un video dalla mattina alla sera, quindi abbiamo detto "massimo tre sessioni a settimana da 40 minuti per quanto riguarda le videolezioni", abbiamo cercato di regolamentare, ma soprattutto abbiamo messo il principio base che è quello del consiglio di classe, che prima, per ovvi motivi, non era stato pensato.

L'altra problematica è stata quella dell'*hardware*, perché non tutte le famiglie avevano un *hardware*, chi lo aveva lo doveva condividere con il papà o la mamma che facevano *smart working* o con il fratello che doveva fare videolezione, quindi si sono sfalsati un po' gli orari di comunicazione e per questo devo ringraziare – mi fa piacere che si tratti questa mozione, proprio perché mi permette di farlo in quest'aula – tutto il personale scolastico, che va dalla dirigenza al docente, perché si sono spesi anche con fantasia per cercare di stare vicino ai nostri ragazzi.

Il problema, per la scuola italiana, è che manca una piattaforma unica di comunicazione, non si pensava che si dovesse *switchare* e andare in una modalità *online* della scuola e quindi ogni singolo istituto negli anni ha sviluppato la sua piattaforma di comunicazione, che utilizzava per i docenti a distanza per fare i corsi di aggiornamento. È chiaro che un docente che insegna a Dobbiaco e abita a Bolzano un corso di aggiornamento non lo fa, oppure da Dobbiaco non si porta qua a Bolzano un'intendenza, lo facevano in videoconferenza e quindi sono già stati un po' dei precursori e ogni docente si è attivato come meglio credeva e ogni istituto si è

attivato come meglio credeva. Quindi la richiesta che quest'emergenza ci sta portando da parte dei dirigenti è quella di tirare una piattaforma unica e univoca, quindi ci deve essere un metodo di comunicazione.

I metodi di comunicazione verso gli alunni, in questo momento – così parliamo di scuola, di digitalizzazione e di futuro e do degli spunti riflessivi – sono fatti tramite registro elettronico con delle indicazioni, che poi sono diventate anche limitazioni date anche dallo *staff* informatico all'interno dell'intendenza.

Gli insegnanti devono trasformare il documento in PDF, caricarlo sul registro elettronico, l'alunno deve scaricarsi il PDF, poi se lo stampa e lo compila a mano o lo trasforma in *Word*, deve lavorarlo, deve ritrasformarlo in PDF e ricaricarlo, quindi abbiamo un doppio, triplo passaggio. Queste sono delle limitazioni dovute forse anche a una mentalità e un approccio sbagliato.

Si è parlato di *software* libero: io non sono un precursore delle licenze *Microsoft*, per non dire *iOS*. eccetera e quando sono arrivato – l'ho detto e lo ripeterò sempre – mi hanno segnalato alcune problematiche, dovute al *software* libero, che è una bellissima esperienza didattica, che però ha presentato alcuni limiti, soprattutto per quanto riguarda i programmi di supporto ai ragazzi con bisogni educativi speciali, i famosi BES, dove alcune multinazionali realizzano dei *software* che sul sistema *Linux* non girano e quindi qui nasce l'esigenza.

Ho fatto dei sondaggi a cui non hanno partecipato in tantissimi, devo essere onesto, abbiamo intervistato anche i ragazzi e l'80% di loro si è orientato – per ovvi motivi – verso *Microsoft*, il 10% verso *iOS* e altri verso il sistema *dualboot*, quindi hanno lasciato l'apertura, mentre per quanto riguarda i docenti e i dirigenti il sondaggio è finito in parità.

Con la situazione Coronavirus, però, i dirigenti ci stanno scrivendo per cercare di andare su una piattaforma proprietaria, perché chi è distante ha difficoltà a interfacciarsi – per ovvi motivi, perché siamo tutti bollati e i computer che compriamo hanno dei sistemi operativi proprietari –, e di accelerare nell'acquisto delle licenze.

Io vorrei fare un ulteriore passo avanti, ho avuto delle segnalazioni e anche sui *social* ci sono professori che si lamentano del fatto che con la loro piattaforma libera – che è conosciuta poco, non sto dicendo che non funziona – hanno difficoltà di comunicazione. Abbiamo unito tutti i dati e abbiamo fatto un gruppo di lavoro che coinvolge la dirigenza della scuola, quindi i vari direttori o presidi degli istituti – usando termini di una volta –, docenti e anche i rappresentanti degli studenti, quindi della Consulta.

Tornando alla mozione – parlo ovviamente per l'Intendenza italiana –, in realtà ci sono già due figure per istituto che danno un supporto tecnico, o meglio, una consulenza ai docenti sulla scelta dei programmi e questo è già stato attivato anni fa, mentre per quanto riguarda l'assistenza, i tecnici dipendono dalla Ripartizione informatica.

Sulla formazione dei docenti all'uso delle tecnologie, negli ultimi tre anni sono stati fatti una trentina di corsi che dovevano, avrebbero dovuto e secondo me hanno preparato i docenti a un'operazione di digitalizzazione.

Questa è la situazione, io non sono difensore di un *software* proprietario o di un *software* libero, riconosco che la digitalizzazione sia un obiettivo importante e auspico che i ragazzi possano tornare alla normalità e tornare in classe lavorando magari anche tramite sistemi informatici.

Nessuno vuole creare una scuola digitalizzata nel senso che ogni ragazzo sta a casa propria e comunica con i professori con questa modalità, quindi sì al ritorno in classe il prima possibile, in sicurezza e quando la situazione lo permetterà, e sì alla digitalizzazione.

Sono disponibile al confronto, non sono un precursore di una soluzione rispetto a un'altra, ho solo fatto una panoramica, rispondendo a tutte le informazioni che sono state date in quest'aula. Grazie!

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Grazie presidente e grazie anche all'assessore Vettorato!

L'assessore dice che gli hanno riportato delle problematiche su questo sistema, io chiederei, se avessi la possibilità, di farci sapere quali sono queste problematiche e se, come mi risulta, derivano da una scarsa alfabetizzazione di alcuni professori.

È chiaro che si dà la colpa al sistema funzionante, però avrebbero assolutamente gli stessi problemi se fosse un programma *Microsoft*, perché se qualcuno non ha esperienza con il mondo del *software* ha il problema a 360°. Il *software* libero utilizza gli stessi principi di *software* proprietari, soprattutto da parte della *User Experience*, da chi lo sta utilizzando, quindi spesso bisognerebbe andare un po' più a fondo e vedere qual è il problema di queste segnalazioni.

L'assessore ha ammesso anche che negli anni sono state tolte risorse a questo programma, perché prima si facevano i corsi di formazione per i docenti che intervengono al primo livello e poi gradatamente è stato tolto il supporto, però è chiaro che qui si tratta proprio di un *termination by starvation*, cioè togliere risorse al sistema è chiaro che va allo sbando e non è più efficiente, mentre secondo noi l'impiego di risorse su questo canale doveva aumentare.

Il problema dell'accesso alle risorse digitali è un problema enorme, anche il presidente Conte ha detto che al giorno d'oggi, se si dovesse modificare la Costituzione, si dovrebbe mettere il diritto all'accesso digitale, perché è come un diritto alla conoscenza e questo non può passare attraverso una multinazionale.

Parliamo anche di risorse, di denaro investito in queste ricerche: il FUSS costava pochissimo per i risultati che ha dato, se noi prendiamo delle licenze, parliamo di una risorsa ingente, si parla di 120.000 euro all'anno, di questi soldi il 14% resterà in provincia, noi diciamo sempre di cercare di spendere soldi per cose che sono state fatte localmente, qui invece andiamo a pagare qualcuno che ha nome e cognome per il 14%, che è un'agenzia qua in provincia, e l'86% lo paghiamo a una multinazionale americana che ha sede a Seattle e io credo invece che quando impieghiamo delle risorse sia giusto cercare di farlo ricadere sul territorio, nella formazione, perché la creazione di un *software* diventerà sempre più importante e quando qualcuno capisce i meccanismi che stanno dietro a un *software* sicuramente non ha più problemi di utilizzo.

Quindi io auspico che l'assessore sia un po' più incisivo, non abbia questa posizione molto neutrale, ma cerchi di difendere un progetto che è *made in Südtirol*, che è un vanto nazionale, è stato premiato a livello nazionale e anche a livello europeo, e quindi cerchi di portare avanti questa competenza digitale che è assolutamente fondamentale e strategica per il nostro futuro e il futuro della nostra scuola.

PRÄSIDENT: Wir kommen zur Abstimmung über den Beschlussantrag. Ich eröffne die Abstimmung: mit 13 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Bevor wir zur Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes kommen, möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen, dass bei der letzten Fraktionssprechersitzung vereinbart worden ist, dass man sich in den Wortmeldungen eher kurz halten sollte, damit alle Fraktionen die Möglichkeit haben, einen Beschlussantrag zu behandeln. Deshalb ersuche ich darum, die Zeit nicht zu überziehen.

Punkt 4 der Tagesordnung: "Beschlussantrag Nr. 268/20 vom 17.04.2020, eingebracht von den Abgeordneten Unterholzner, Köllensperger, A. Ploner, Faistnauer, F. Ploner und Rieder, betreffend keine Rückzahlung der Verlustbeiträge".

Punto 4) all'ordine del giorno: "Mozione n. 268/20 del 17/04/2020, presentata dai consiglieri Unterholzner, Köllensperger, A. Ploner, Faistnauer, F. Ploner e Rieder, riguardante pacchetto di aiuti: i contributi a fondo perduto non vanno restituiti".

Eine der Maßnahmen im Hilfspaket besteht in Verlust- bzw. Kapitalbeiträgen des Landes für Kleinbetriebe (Freiberufler, Selbstständige, Einzelfirmen, Personengesellschaften oder Kapitalgesellschaften mit Niederlassung in Südtirol) mit maximal 5 Vollzeit-Angestellten (inklusive mitarbeitende Besitzer und Gesellschafter). Ansuchen können jene Betriebe, die im letzten Jahr ein steuerbares Einkommen laut Steuererklärung von maximal 50.000,00 Euro bzw. 85.000,00 Euro bei Gesellschaften mit mehr als einem Gesellschafter aufweisen bzw. erzielt haben und nun in einem der Monate März, April oder Mai 2020 einen Umsatzverlust von mindestens 50 % aufweisen im Vergleich zum Vorjahr. Die Verlustbeiträge belaufen sich auf 3.000 – 10.000 Euro je nach Anzahl der Mitarbeiter. Verlust- oder Kapitalbeiträge dienen den betroffenen Unternehmen zur Zahlung von Fixkosten in den Monaten, in denen die Tätigkeit nicht ausgeübt werden konnte. Diese Beiträge müssen versteuert werden.

Die Kriterien der Hilfeleistung haben jedoch mehr als nur einen Haken:

Sollte aber ein Betrieb im Jahr 2020 weniger als 20 % Umsatzeinbußen im Verhältnis zu 2019 erzielen, muss er den Beitrag samt Zinsen zurückzahlen. Man kann den Betrieben jetzt nicht Verlustbeiträge von 3.000, 5.000, 7.000 oder 10.000,00 Euro geben, welche vollumfänglich zu versteuern sind, und gleichzeitig verlangen, dass sie diese bereits versteuerten Gelder samt Zinsen zurückzahlen müssen, wenn sie dann fleißig arbeiten und einiges an Umsatz, und vielleicht auch wünschenswert, an Ergebnis aufholen können bis zum Jahresende. Auch und vor allem

angesichts der Tatsache, dass Teile dieser Gelder ja über Steuern ohnehin wieder zurückgekommen sind.

Vielfach wird sich auch die Situation ergeben, dass ein Betrieb die Umsatzeinbußen erst zeitverzögert hat (ab Juni z. B.) und somit durch den Rost fällt. Gerade bei Einzelunternehmern und Beratern wird sehr oft der große Umsatzeinbruch im Sommer kommen, da sie jetzt noch bestehende Aufträge abarbeiten, aber die Akquise von Neuaufträgen nicht möglich ist, was sich zeitverzögert in einem Umsatzrückgang in den nächsten Monaten niederschlagen wird. Dies vorausgeschickt,

verpflichtet
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung,

1. dafür zu sorgen, dass die Anträge von jenen Betrieben, deren gesetzliche Vertreter bereits über SPID verfügen, über das myCIVIS System gemacht werden können, und anderen Unternehmen eine einfache, unbürokratische Möglichkeit des Antrags mittels zertifizierter E-Mail zu ermöglichen;
2. den Bemessungszeitraum (Monate mit Umsatzeinbußen von mindestens 50 %) von März bis 31. Oktober 2020 auszuweiten;
3. vorzusehen, dass die Verlustbeiträge, die gewährt und ausbezahlt werden, in keinem Fall zurückzuzahlen sind, auch nicht dann, wenn der gesamte Umsatz 2020 nicht geringer sein sollte als jener von 2019.

Una delle misure contenute nel pacchetto di aiuti consiste nella concessione da parte della Provincia di contributi a fondo perduto o in conto capitale alle piccole imprese (liberi professionisti, lavoratori autonomi, imprese individuali, società di persone o società di capitali con una sede in provincia di Bolzano) con un massimo di cinque dipendenti a tempo pieno (inclusi i proprietari e soci che lavorano nell'azienda). Possono farne richiesta quelle aziende che nell'anno trascorso hanno conseguito un reddito imponibile in base alla dichiarazione dei redditi pari a un massimo di 50.000,00 euro, o di 85.000,00 euro nel caso di società con più di un socio, e che in uno dei mesi compresi fra marzo e maggio 2020 lamentano una perdita di fatturato di almeno il 50% rispetto all'anno precedente. I contributi a fondo perduto variano da 3.000 a 10.000 euro a seconda del numero di dipendenti. I contributi a fondo perduto o in conto capitale servono alle imprese interessate per poter sostenere le spese fisse nei mesi in cui non possono svolgere la propria attività. Tali contributi sono soggetti a tassazione.

Tuttavia i criteri per la concessione degli aiuti presentano più di un inghippo.

Infatti, se un'azienda nel 2020 subisce una perdita di fatturato inferiore al 20% rispetto al 2019, è tenuta a restituire il contributo con gli interessi. Ora, non si possono dare alle aziende contributi a fondo perduto per 3.000, 5.000, 7.000 o 10.000,00 euro, interamente soggetti a tassazione, e allo stesso tempo chiedere loro di restituire con gli interessi queste somme già tassate, solo perché hanno lavorato sodo e alla fine dell'anno sono riuscite a recuperare una parte del loro fatturato e, si spera, dei loro guadagni. Ciò a maggior ragione se una parte di questi fondi viene comunque restituita sotto forma di tasse.

Inoltre potrebbe succedere che per un'azienda la perdita di fatturato si verifichi con un certo ritardo, magari da giugno in poi, e quindi non rientri nell'arco temporale previsto per poter richiedere il contributo. Soprattutto nel caso delle ditte individuali e dei consulenti, il crollo maggiore del fatturato si verificherà in molti casi durante l'estate, poiché attualmente essi stanno ancora evadendo gli ordini o incarichi in sospeso, ma non sono in grado di acquisirne di nuovi, il che si rifletterà in un calo ritardato del fatturato nei prossimi mesi.

Ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna la Giunta provinciale

1. a provvedere affinché quelle aziende i cui rappresentanti legali dispongono già di un accesso SPID possano presentare le domande tramite il sistema myCIVIS e a consentire alle altre aziende di presentare le domande tramite PEC in modo semplice e senza intoppi burocratici;

2. *a estendere il periodo di riferimento (mesi con una perdita di fatturato di almeno il 50%) da marzo al 31 ottobre 2020;*
3. *a prevedere che i contributi a fondo perduto concessi e liquidati non debbano in nessun caso essere restituiti, nemmeno se il fatturato totale nel 2020 non risultasse inferiore a quello del 2019.*

Herr Abgeordneter Unterholzner, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

UNTERHOLZNER (Team K): Danke, Herr Präsident! Ich werde mich bemühen, mich kurz zu halten, weil ich ja kein guter Rhetoriker bin.

Es ist gut, dass den Firmen schnell und unbürokratisch geholfen werden soll. Eine der Maßnahmen des Hilfspaketes besagt aber, dass man im Jahr 2019 nicht mehr als 50.000 Euro bzw. 85.000 Euro verdienen durfte. Um das Hilfspaket darf man weiters nur dann ansuchen, wenn man in den Monaten März, April oder Mai nicht weniger als 50 Prozent Umsatzeinbußen hatte. Das ist in der Praxis sehr schlecht umsetzbar. Man bedenke, dass der eine oder andere Freiberufler vielleicht die Möglichkeit hat, eine Rechnung für März oder April auszustellen. Dann könnte es sein, dass er die 50 Prozent Umsatzeinbußen nicht erreicht.

Des Weiteren soll es Beiträge in der Höhe zwischen 3.000 Euro und 10.000 Euro geben. Einen Hilfs- oder Kapitalbeitrag versteht man so, dass man den Leuten einen Beitrag gibt, die in den letzten zwei Monaten Verluste hatten und keinen Umsatz erzielt haben. Im Vorfeld wird es an das versteuerbare Einkommen gekoppelt, und jetzt kommen aus meiner Sicht einige sehr gravierende Haken. Wenn ein Betrieb weniger als 20 Prozent Umsatzeinbußen hat – Umsatz ist nicht gleich Gewinn - ... Es kann ja sein, dass jemand einen Auftrag bekommt und im Herbst vielleicht mit Umsatz plus minus hinkommt. Das heißt noch lange nicht, dass er keinen Gewinn macht. Deshalb hat er trotzdem den Verlust. Das geht überhaupt nicht zusammen.

Der zweite große Haken ist, dass man gegebenenfalls den Beitrag zurückzahlen muss, inklusive Zinsen. Der Beitrag wurde ja vorher schon versteuert. Nehmen wir einmal an, jemand bekommt einen Beitrag von 3.000 Euro. Der wird versteuert und nach einem Jahr muss ich ihn wieder zurückzahlen. Das ist aus meiner Sicht ein enormer Aufwand. Zudem ist die ganze Abwicklung aus meiner Sicht eine Zumutung, wenn es nur über SPID machbar ist. Zu Beginn hat es ja immer geheißt, dass ein sehr schneller und unbürokratischer Weg gegangen werden soll. Für viele Kleinstunternehmen, die keinen SPID-Zugang haben, können keinen Antrag stellen. Darüber beschwerten sich nicht nur die Unternehmen, sondern auch sehr viele Wirtschaftsberater, weil sie dann die Arbeit für die Unternehmen machen müssen, mit relativ großem Aufwand. Vorher muss man den Antrag stellen, um SPID zu erhalten, dann einen weiteren Antrag, um das Formular auszufüllen usw. Das ist einfach aufwendig. Es heißt immer, dass die Opposition nur kritisieren würde, was nicht stimmt. Ich habe jüngst das Beispiel des bayrischen Wirtschaftsministeriums genannt. Dort werden die Unternehmen angeschrieben und innerhalb desselben Tages bekommen sie eine Antwort. Innerhalb von vier Tagen bekommen sie den Beitrag.

Deshalb verpflichtet der Südtiroler Landtag die Landesregierung, dass die Ansuchen nicht mit SPID, sondern mittels zertifizierter E-Mail gestellt werden können. Weiters soll der Bemessungszeitraum bis Oktober erweitert werden, denn es kann ja sein, dass auch im Juni und Juli kein Umsatz gemacht wird. Wenn jemand einen Verlustbeitrag erhält, so kann es nicht sein, dass dieser zurückgezahlt werden muss. Wir sollten den Unternehmen schon ein bisschen Vertrauen entgegenbringen.

KÖLLENSPERGER (Team K): Die Direkthilfen fließen jetzt langsam, wobei es bei den Banken noch etwas hakt. Das sind zumindest die Rückmeldungen, die wir bekommen. Wir haben im April das Landesgesetz verabschiedet, das die Basis für die sukzessiven Regierungsbeschlüsse geschaffen hat, um den Unternehmen zu helfen. Im vorliegenden Beschlussantrag geht es um die direkten Beihilfen für kleine Betriebe. Der Kollege Unterholzner hat bereits gesagt, dass wir zwei Haken gefunden haben. Wenn ein Betrieb in diesen Monaten einen Umsatzverlust hat, es dann aber aufgrund guter Arbeit schafft, wieder herauszukommen und schlussendlich das Jahr mit etwas weniger als 20 Prozent insgesamt an Umsatzrückgang abschließt, dann muss er diese zu versteuernden Hilfen zurückzahlen.

Ein zweiter Haken, den ich auch aus meiner persönlichen Erfahrung von früher sehe, ist, dass sich bei vielen Freiberuflern die Situation ergeben wird, dass die Umsatzeinbußen etwas zeitverzögert kommen. Die haben das Problem also nicht so sehr im März oder April, sondern werden es im Sommer haben. Die haben hier keinen Zugang, da man ja die 50 Prozent Umsatzverlust genau in diesen Monaten haben muss.

Wir schlagen also vor, dass man den Bemessenszeitraum bis Oktober ausweiten sollte. Außerdem sollen die gewährten Verlustbeiträge nicht zurückgezahlt werden müssen. Man gewährt diese Verlustbeiträge auf Basis einer Notsituation. Wenn beispielsweise ein kleiner Betrieb mit einem Umsatz von 5.000 Euro in diesen vier Monaten Schwierigkeiten hat und 9.000 Euro Umsatz verliert, dann bekommt er 3.000 Euro Verlustbeitrag. Wenn er in den anderen Monaten dann einen normalen Umsatz macht, dann kommt er genau auf diese minus 20 Prozent und müsste sie zurückzahlen. Danach wäre er dann wieder unter 20 Prozent. Hier könnten sich also wirklich absurde Situationen ergeben. Ich glaube, dass man den Unternehmen diese Direkt-hilfen lassen sollte.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Grazie presidente! Su alcuni punti di questa mozione sono totalmente d'accordo, su altri un po' meno e per questo chiedo la votazione separata dei punti.

Noi parliamo sempre di sburocratizzazione e l'utilizzo dello SPID è proprio questo, avere un avviamento diretto e digitale all'ottenimento del contributo, mentre se io vado con una PEC, invece, si ritorna al digitale e si aumenta la burocrazia, e quindi su questo punto non sono d'accordo.

Sono d'accordo, invece, a metà sul punto 3, perché è giusto che, come si spera, tante imprese avranno una crescita di fatturato anche nel 2020, non vengano penalizzate dal dover restituire il contributo ricevuto, con gli interessi. Ecco, le parole "con gli interessi" a me danno un po' fastidio, io ho esaminato questa legge molto attentamente per vedere se si poteva anche applicare a delle situazioni professionali, però poi l'ho totalmente escluso. Credo che, con questo limite di dover restituire, un piccolo imprenditore possa fare il calcolo se gli convenga fare del fatturato, se gli convenga magari fare del nero, rimandarlo all'anno prossimo per non superare questa soglia del 2019, con il fatto che deve restituire quanto ricevuto.

Invece sono molto d'accordo con il punto 2, perché effettivamente gli effetti della crisi si vedono in questi mesi, è chiaro che magari qualcuno aveva già preparato e lavorato anticipatamente per creare il fatturato, mentre difficile sarà fatturare nei mesi di maggio, giugno e nei mesi prossimi. Questo punto è molto importante e va senz'altro supportato, invece con i punti 1 e 3 non sono pienamente d'accordo. Grazie!

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente! Alla fine i nodi vengono al pettine, quando dicevamo che poi i problemi si scaricano sull'impresa, questa mozione dei nostri colleghi è la dimostrazione pratica, concreta, tangibile di come la crisi sta arrivando, non è arrivata, e il dramma è che oggi la si scarica sulle aziende facendole ripartire praticamente a mani nude, perché non vogliamo pensare che siano la soluzione dei problemi i 3-4-5.000 euro – sempre che non lo si voglia pensare, per carità.

Il problema, presidente, è che abbiamo transitato l'Alto Adige alla Fase 3 e noi con la struttura di sostegno siamo ancora alla Fase 1, e questo ovviamente crea un cortocircuito. Ha fatto bene il collega Nicolini a ricordare un dato che è scontato: tutti i piccoli imprenditori che si trovano a fare i conti, adesso in una fase di ripresa, il conto lo fanno sulla necessità di fare in nero o in bianco fatturato, perché ... e non ripeto gli argomenti che sono stati già sviluppati.

Allora cosa è mancato? È semplicemente mancata una previsione di una prospettiva. Possiamo rimediare, siamo stati tutti positivi quest'oggi, bisogna pensare alle soluzioni positive e a risolvere i problemi e allora pensiamoci e, quando arrivano delle concrete proposte come quella avanzata dai colleghi del Team, io credo che ragionevolmente si debba pensare che almeno questa goccia di consolazione la si debba riconoscere.

Ma in tutto questo quadro alla fine appare straordinaria certamente la minaccia della richiesta degli interessi indietro, a fronte di un'attività che magari fortunatamente tra le pochissime potrà contare, adesso che riaprirà, sul fatturato che aveva a febbraio. Ma chi ci crede? Il 10% sarà del fatturato, se può andare bene, ma mettiamo che ci sia qualche ambito in cui invece la fortuna assiste, il problema autentico è che queste somme che vengono erogate creano tassazione, sono tassate, e quindi è una burla, una beffa nei confronti del destinatario.

Io credo che a fronte di questo quadro così articolato e complesso, ma che sicuramente non rappresenta quello spiraglio, almeno l'approvazione di questa mozione sia un segno morale di attenzione che è dovuto. Grazie!

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich hätte eine Frage an den zuständigen Landesrat bezüglich die Verlust- oder Kapitalbeiträge. Wie schaut es mit der Besteuerung aus? Wir wissen,

dass sie besteuert werden und wir haben gehört, dass auch die Akontozahlung auf die Steuer fällig ist. Das macht die Sache natürlich nicht einfacher, aber momentan ist es die normale Vorgehensweise. Vielleicht kann der zuständige Landesrat sagen, wie hoch der Steuersatz ist und mit wie viel Prozent die Akontozahlung auf die Steuer zu entrichten ist. Danke!

LANZ (SVP): Was die Steuern anbelangt, kann ich Ihnen auch antworten. Das hängt natürlich von den verschiedenen Sektoren ab. Im Handwerk zahlt man auf den Gewinn die IRPEF. Wenn man also einen Kapitalbeitrag bekommt, der den Verlust schmälert, man aber trotzdem keinen Gewinn macht, dann zahlt man keine Steuer. Wenn man hingegen ein positives Ergebnis hat, dann zahlt man Steuern. Die INPS-Beiträge zahlt man sehr wohl, was heißt, dass sich das Geschäftsvolumen erhöht, was einem dann in einem späteren Moment zugutekommt, weil man eine höhere Pension bekommt. Das ist relativ komplex. Wenn also gesagt wird, dass jemand für etwas Geschenktes Steuern zahlen muss, dann stimmt das nicht ganz, denn es kommt immer auf das Ergebnis an.

Im Vorgespräch gab es in Bezug auf diese Maßnahme heftige Diskussionen. Das Einfachste wäre es gewesen, jedem Betrieb in Südtirol 5.000 Euro zu gewähren. Dann wäre gefragt worden, warum der Ein-Mann-Betrieb gleich viel wie der 100-Frauen-Betrieb – um es korrekt zu sagen – bekommt. Wenn man es auf zwei, drei oder vier Monate begrenzt, dann würde ja die Gefahr bestehen, dass jemand nicht im März oder April fakturiert. Dann hätten wir auch wieder alle drinnen. Deshalb die Forderung, dass es übers Jahr gesehen werden muss.

Es ist vernünftig, dass diese Eigenerklärung nicht dazu führt, dass man strafrechtlich belangt werden kann. Das war ein erster Schritt zur Liquiditätsbeschaffung für die Betriebe. Es ist nicht eine Maßnahme, die für die nächsten Jahre gelten wird. Sie ist zeitlich begrenzt und es werden andere Maßnahmen folgen müssen. Nachdem man auch die Möglichkeit hat, das Ansuchen eventuell später zu machen, kann der Betrieb schon abschätzen, ob es ihm gelingt, das Defizit im Mai wieder aufzuholen. Man hat sich auf diesen Kompromiss geeinigt.

ACHAMMER (Landesrat für Deutsche Bildung, Deutsche Kultur, Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungen, Arbeit, Integration - SVP): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Kollege Unterholzner, Gert Lanz hat schon zu einigen Dingen Stellung genommen. Ich darf vor allem auf die Punkte 1 und 3 des Beschlussantrages eingehen, die mich am meisten wundern. Punkt 1 wundert mich deshalb, weil wir oft diskutiert und auch gesagt haben, dass Digitalisierung und E-Government unbedingt vorangetrieben werden sollen. Und jetzt sagen wir nein und eher doch nicht. Es soll auch mit PEC möglich sein. Das war auch ein Kernpunkt bei der Diskussion mit den Verbänden. Es wurde gesagt, dass man auf jeden Fall versuchen soll, es mit SPID zu machen, weil die Abwicklung auf der Verwaltungsseite deutlich einfacher ist. Im Moment ist es so, dass jedes PEC-Ansuchen händisch abgewickelt werden muss. Wir sollten auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die einige tausend Ansuchen bearbeiten müssen.

UNTERHOLZNER (Team K): *(unterbricht)*

ACHAMMER (Landesrat für Deutsche Bildung, Deutsche Kultur, Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungen, Arbeit, Integration - SVP): Das werde ich besser wissen, Kollege Unterholzner. Das ist schließlich meine Abteilung.

Wie gesagt, die PEC-Ansuchen sind händisch abzuwickeln. Auch wir reden mit Wirtschaftsberatern, nicht nur Sie! Sie tun immer so, als ob nur Sie mit allen sprechen würden und wir nicht. Die Wirtschaftsberater haben unter anderem darum ersucht, es mit SPID machen zu dürfen, damit sie das Ansuchen für die Klienten machen können. Ich habe mit vielen Wirtschaftsberatern gesprochen, und die kann ich Ihnen alle nennen, wenn Sie wollen. Wie gesagt, ich bin über dieses Ansinnen schon verwundert. Ich habe auch Rückmeldungen bekommen, dass es gar nicht so kompliziert ist, einen SPID anzulegen. Das hat uns in die Lage versetzt, dass die Auszahlungen beginnen können.

Ebenso verwundert bin ich über Punkt 3 des Beschlussantrages. Auch Sie haben immer das Prinzip mitgetragen, dass es keine Gießkannenförderung geben darf. Entweder man setzt es in Zusammenhang mit einem Ziel – wen wollen wir fördern -, denn sonst wäre es ehrlicher zu sagen, dass wir dann alle fördern. Die Verbände haben dann gesagt, dass jene unterstützt werden sollen, die nachgewiesenermaßen einen Umsatzrückgang haben. Wir werden Rechenschaft dafür ablegen müssen, wer einen öffentlichen Beitrag bekommt.

Der Notar, der im März oder April keinen Parteienverkehr haben konnte, wird um einen Landesbeitrag ansuchen, auch wenn er den Umsatz am Ende des Jahres um ein Vielfaches vergrößert haben wird. Dann erklären Sie den Leuten draußen, dass der Notar vielleicht 10.000 Euro mitgenommen hat. Schwierig oder? Deshalb wird es wohl richtig sein zu sagen, dass derjenige, der einen Umsatzrückgang nicht nur in den betroffenen Monaten gehabt hat, sondern im Gesamtjahreszeitraum, einen Beitrag erhalten soll. Natürlich ist es schwierig vorherzusagen, ob man diese 20 Prozent hat oder nicht. Wenn Sie der Meinung sind, dass es besser gewesen wäre, allen Betrieben mit bis zu 5 Mitarbeitern einen Beitrag zu geben, so ist das legitim, aber dann müssen wir es auch politisch verantworten. Ich tue mich schwer zu sagen, dass auch derjenige einen Beitrag bekommt, der einfach die Rechnungen verschoben hat oder der keinen Parteienverkehr hatte.

Punkt 2 des Beschlussantrages ist am ehesten nachvollziehbar. Wir haben eines vereinbart, nämlich, dass diese Beiträge, die als Kapitalbeiträge ausgezahlt werden, nicht das Ende der Fahnenstange sind. Es gibt Sektoren, die das ganze Jahr über stark betroffen sein werden, beispielsweise der Tourismus. Dann gibt es aber auch Nischensektoren. Was wird ein Reisebüro oder ein Eventdienstleister machen? Wenig bis gar nichts. Wir haben vereinbart, dass wir genau hinschauen, welche Bereiche besonders betroffen sind. Denen müssen wir dann noch einmal helfen, eventuell auch mit zusätzlichen Verlustbeiträgen. Der Eventdienstleister geht im heurigen tatsächlich zum Großteil auf Null und wird wahrscheinlich eine andere Unterstützung brauchen als beispielsweise ein Handwerksbetrieb. Deshalb müssen wir sektorenspezifisch hinschauen.

Wie gesagt, wir haben vereinbart, PEC dann zu öffnen, sobald der Großteil versucht hat, die Anträge mit SPID zu stellen. Wir haben PEC bisher nicht geöffnet, weil viele rückmelden, dass es weniger kompliziert ist als gedacht.

Ich stelle voll zum Prinzip, dass wir die Härtefälle unterstützen, die in den betreffenden Monaten und im gesamten Jahr betroffen sind. Es soll kein Gießkannenfonds für alle sein. Dann muss man auch solche Kriterien vorsehen. Wie gesagt, wenn Sie einen Gießkannenfonds fordern, so ist das legitim, aber das ist ein anderes Konzept, das wir als politische Verantwortliche draußen erklären müssen.

Ich komme zum Schluss. Wir müssen natürlich Rechenschaft dafür ablegen, wofür öffentliche Beiträge ausbezahlt werden. Viele haben mir gesagt, dass es völlig unverhältnismäßig sei, dass ein Fünf-Mann-Betrieb 10.000 Euro bekommt. Ich sehe das nicht so, wenn die Voraussetzungen gegeben sind. Wenn der Betrieb gleich gut arbeiten wird wie im letzten Jahr und doch 10.000 Euro erhält, dann tue ich mich schwer.

Kollege Staffler, es sind 4 Prozent Vorsteuer zu entrichten, und dann ist es Einkommen.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Zum Fortgang der Arbeiten. Ich wollte nur fragen, ob die getrennte Abstimmung bereits beantragt worden ist.

PRÄSIDENT: Ja.

Herr Abgeordneter Unterholzner, Sie haben das Wort für die Replik.

UNTERHOLZNER (Team K): Danke, Herr Präsident! Ich bedanke mich für die Wortmeldungen.

Ich möchte kurz zum Gießkannenprinzip Stellung nehmen. Bereits im Gesetzgebungsausschuss habe ich vorgeschlagen, dass wir eigentlich 300 Millionen Euro beschließen sollten. Das sollten uns die Unternehmen in Südtirol schon wert sein. Das wäre für alle einfacher gewesen. Es gibt vielleicht 10 Prozent, die keine Hilfe brauchen, aber um zu verhindern, dass Politik und Krise die Wirtschaft komplett flachlegen, sollte man schauen, den Unternehmen unbürokratische Hilfen zukommen zu lassen.

Ich bin absolut dafür, dass man die Verfahren vereinfacht und digitaler macht, aber viele Firmen haben noch kein SPID. Um SPID anzumelden, muss man zur Handelskammer gehen, und im März und April hat man dort keinen Termin bekommen. Es ist also nicht so einfach.

Ich bitte trotzdem um Abstimmung über den Beschlussantrag, und zwar um namentliche Abstimmung. Ich hoffe um Zustimmung, damit die Menschen, die dieses Geld dringend brauchen, endlich bekommen, mit SPID oder ohne SPID.

PRÄSIDENT: Wie von den Abgeordneten Unterholzner und Nicolini verlangt, kommen wir zur namentlichen und getrennten Abstimmung über den Beschlussantrag.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen.

(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –

Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)

Mit 10 Ja-Stimmen ,18 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Anwesend: 32 Abgeordnete, Abstimmende: 32 Abgeordnete, nicht Abstimmende: 3 Abgeordnete (Alfreider, Dello Sbarba Urzi),.

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Faistnauer, Köllensperger, Leiter Reber, Mair, Nicolini, Ploner Alex, Ploner Franz, Repetto, Rieder, Unterholzner.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Amhof, Bessone, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Kompatscher, Ladurner, Lanz, Locher, Mattei, Noggler, Renzler, Schuler, Tauber, Valazza, Vettorato, Vettori, Widmann.

Folgende Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten: Atz Tammerle, Foppa, Knoll, Staffler.

Ich eröffne die namentliche Abstimmung über Punkt 1 des beschließenden Teils.

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Mit 11 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Anwesend: 32 Abgeordnete, Abstimmende: 32 Abgeordnete, nicht Abstimmende: 3 Abgeordnete (Alfreider, Dello Sbarba, Urzi).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Atz Tammerle, Faistnauer, Knoll, Köllensperger, Leiter Reber, Mair, Ploner Alex, Ploner Franz, Repetto, Rieder, Unterholzner.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Amhof, Bessone, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Kompatscher, Ladurner, Lanz, Locher, Mattei, Nicolini, Noggler, Renzler, Schuler, Tauber, Valazza, Vettorato, Vettori, Widmann.

Folgende Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten: Foppa, Staffler.

Ich eröffne die namentliche Abstimmung über Punkt 2 des beschließenden Teils.

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Mit 12 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Anwesend: 32 Abgeordnete, Abstimmende: 32 Abgeordnete, nicht Abstimmende: 3 Abgeordnete (Alfreider, Dello Sbarba, Urzi).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Atz Tammerle, Faistnauer, Knoll, Köllensperger, Leiter Reber, Mair, Nicolini, Ploner Alex, Ploner Franz, Repetto, Rieder, Unterholzner.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Amhof, Bessone, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Kompatscher, Ladurner, Lanz, Locher, Mattei, Noggler, Renzler, Schuler, Tauber, Valazza, Vettorato, Vettori, Widmann.

Folgende Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten: Foppa, Staffler.

Ich eröffne die namentliche Abstimmung über Punkt 3 des beschließenden Teils.

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Mit 9 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Anwesend: 32 Abgeordnete, Abstimmende: 32 Abgeordnete, nicht Abstimmende: 3 Abgeordnete (Alfreider, Dello Sbarba, Urzi).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Atz Tammerle, Faistnauer, Knoll, Köllensperger, Ploner Alex, Ploner Franz, Repetto, Rieder, Unterholzner.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Amhof, Bessone, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Kompatscher, Ladurner, Lanz, Locher, Mattei, Nicolini, Noggler, Renzler, Schuler, Tauber, Valazza, Vettorato, Vettori, Widmann.

Die Sitzung ist bis 14.30 Uhr unterbrochen.

ORE 13.04 UHR

ORE 14.36 UHR

Namensaufruf – appello nominale

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Wir fahren mit der Behandlung der Tagesordnungspunkte fort, die in die Zeit der Opposition fallen.

Punkt 5 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 269/20 vom 20.04.2020, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Staffler, betreffend posttraumatische Folgen von Corona".**

Punto 5) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 269/20 del 20/04/2020, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Staffler, riguardante effetti post-traumatici dell'emergenza coronavirus".**

Die Coronakrise hat in erster Linie gesundheitliche Aspekte. Nach dem Andauern des Lockdowns werden zunehmend auch die wirtschaftlichen Problematiken eminent. Ihnen wird mit den ersten Maßnahmen zu entgegen begonnen. Was bisher noch wenig zu Wort gekommen ist, sind die gesellschaftlichen und psychischen Auswirkungen der Covid-Situation. Wir möchten mit diesem Antrag die Diskussion hierüber anregen.

Denn ExpertInnen sprechen vor allem auf zwei Ebenen von einer andauernd „traumatischen Situation“.

Einmal betrifft das Trauma all jene, die direkt mit der Krankheit zu tun haben: Erkrankte, Familienangehörige, insbesondere von Verstorbenen, sanitäres und pflegendes Personal und Freiwillige etc. Sie alle machen in diesen Wochen Erfahrungen, die an die Grenze des Zumutbaren gehen oder diese Grenze überschreiten, und dies oft auch dauerhaft.

Eine Traumatisierung erleben zweitens Menschen aufgrund der andauernden sozialen und räumlichen Isolierung, unmittelbare Folge des notwendigen Lockdowns. Hier gibt es je nach Lebens- und Wohnsituation und auch nach psychischer Veranlagung große individuelle Unterschiede. Es gibt Menschen, für die die Verpflichtung des Daheimbleibens an sich schon einen großen Stress darstellt. Durch die soziale Isolierung fallen Abfederungsmechanismen weg, was besonders problematisch für jene ist, die mit aggressiven oder depressiven Familienmitgliedern zusammenleben (müssen). Isolation und Bewegungsarmut können die Situation weiter verschärfen.

Kleinkinder, Menschen mit psychischer Instabilität, Menschen, die einsam oder alt sind, Suchtkranke etc. können aus der anhaltenden Isolation nachhaltig geprägt, auch geschädigt hervorgehen. Gefährdet sind auch Menschen, auf denen ein mehrfacher Druck lastet (etwa arbeitende Frauen, die zugleich Betreuungsleistungen erbringen oder Menschen, die dauerhaft um ihre Existenz bangen müssen) und die aus dieser Dauerbelastung nicht gestärkt (resilient) herausgehen werden, sondern ausgelaugt und geschwächt.

Die Suizidwelle nach der Krise 2008 muss zu denken geben. Dieser Situation müssen wir rechtzeitig entgegen.

*Daher beauftragt
der Südtiroler Landtag*

die Landesregierung,

- 1. die Dienste der mentalen und psychischen Gesundheit vorbereitend auszubauen und verstärkt flächendeckend auf dem Territorium anzubieten, auch um mehr Menschen zu erreichen und die Wartezeiten zu verringern, wobei die Angebote auch mit geeigneten Mitteln bekannt gemacht werden müssen;*
- 2. den betroffenen Arbeitenden, auch den Freiwilligen, im Gesundheitssystem und den sozialen Einrichtungen unterstützende Maßnahmen zur Seite zu stellen, damit sie bei der Bewältigung der traumatischen Erfahrungen Hilfe erfahren können;*
- 3. den im Bildungssystem Arbeitenden ebenfalls Hilfe, Intervention und Supervision in verstärktem Maße anzubieten;*

4. *das Angebot der Psychologischen Ersten Hilfe unmittelbar und niederschwellig zugänglich einzurichten und zu promoten.*

La crisi Covid-19 ha anzitutto aspetti legati alla salute. Con il protrarsi delle misure di contenimento si stanno progressivamente aggiungendo anche i problemi di natura economica, ai quali si è iniziato a far fronte con l'adozione di prime misure. Si è invece parlato ancora troppo poco dell'impatto sociale e psicologico dell'emergenza Covid-19, e con la presente mozione vorremmo avviare una discussione in merito.

Le esperte e gli esperti citano soprattutto due livelli legati a questa perdurante "situazione traumatica".

In primo luogo, ci sono coloro che sono direttamente toccati dalla malattia: chi ha contratto il virus, i familiari, soprattutto quelli delle vittime, il personale sanitario e coloro che offrono assistenza, i volontari ecc. In queste settimane stanno vivendo esperienze ai limiti del sopportabile o anche oltre, e questo spesso quotidianamente.

In secondo luogo, anche il continuo isolamento sociale e la reclusione in casa, come conseguenza immediata del necessario lockdown, hanno effetti traumatici sulle persone. A seconda della situazione abitativa e di vita, ma anche della predisposizione individuale, vi sono grandi differenze tra le varie persone. Per alcuni il solo obbligo di stare a casa è già di per sé fonte di grande stress. Con l'isolamento sociale vengono a mancare alcuni meccanismi in grado di attutire disagi, il che risulta soprattutto problematico per le persone che convivono (o sono costrette a convivere) con familiari aggressivi o sofferenti di depressione. L'isolamento e la mancanza di movimento possono aggravare ulteriormente la situazione.

L'isolamento prolungato può avere effetti durevoli sui bambini piccoli, le persone afflitte da instabilità psichica, le persone sole o anziane, le persone affette da dipendenze ecc. lasciando anche segni permanenti. A rischio sono inoltre le persone esposte a molteplici pressioni (come per esempio le donne lavoratrici che nel contempo assistono altre persone oppure le persone che subiscono in modo costante il peso dell'incertezza del loro futuro) che non usciranno più forti (resilienti), ma piuttosto sfibrate e indebolite da questo sforzo costante e prolungato.

L'ondata di suicidi che si è verificata dopo la crisi del 2008 deve farci riflettere, e a questa situazione bisogna reagire per tempo.

*Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
 incarica quindi la Giunta provinciale*

- 1. di ampliare in via preventiva i servizi per la salute mentale e psichica, rafforzando l'offerta in tutto il territorio provinciale anche al fine di raggiungere un numero maggiore di persone, riducendo i tempi di attesa e divulgando le offerte esistenti con mezzi idonei;*
- 2. di fornire a chi lavora nel sistema sanitario e nelle varie strutture sociali, compresi i volontari, misure di sostegno per aiutare queste persone nell'elaborazione dei traumi che si ritrovano ad affrontare;*
- 3. di fornire maggiore aiuto, supervisione e strumenti di intervizione (scambio e consulenza tra addetti) a coloro che lavorano nel sistema formativo;*
- 4. di istituire e promuovere l'offerta di un pronto soccorso psicologico direttamente e facilmente accessibile.*

Frau Abgeordnete Foppa, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident! Ich möchte sagen, dass es schön, aber auch schwierig ist, wieder hier zu sein. Ich habe die Aktuelle Debatte sehr aufmerksam verfolgt und habe es auch genossen, wieder so viele verschiedene Stimmen zu hören. Dabei habe ich festgestellt, dass Ihr etwas gemacht habt, was nach so einer Zeit wirklich dringend notwendig ist. Ihr habt Vergangenheitsbewältigung gemacht. Die, die gesprochen haben, haben darüber berichtet, was die Erfahrungen waren. Die Konflikte sind hervorgekommen. Man hat gesagt, was einen gestört und irritiert hat. Ich glaube, dass das genau das ist, was man braucht, nachdem etwas sehr Einschneidendes passiert ist. Diese Zeit, in der sich die Epidemie ausgebreitet und unser aller Leben verändert hat, ist etwas Einschneidendes. Das wird uns wahrscheinlich so in Erinnerung bleiben wie die anderen zwei, drei, vier Erlebnisse des Lebens. Ich bin davon

überzeugt, dass wir uns genau daran erinnern werden, als der Lockdown begonnen hat. Das sind Signale dafür, dass das, was jetzt ist, etwas sehr Einschneidendes ist. Viele von uns waren voll im Tun, andere hingegen waren sehr verharrend. Wir wissen, dass sehr viele andere es noch sehr viel einschneidender erlebt haben als wir. Für mich war es bedeutsam, als die Anwaltschaften gestern von dieser Zeit und von den Menschen, mit denen sie in Kontakt waren, erzählt haben. Ich habe das in dieser Zeit immer so wahrgenommen, als ob wir wie Eiswürfel im Eiswürfelbehälter eingefroren wären. Das war mein persönliches Empfinden, wobei andere das wahrscheinlich sehr traumatisierend wahrgenommen haben, weil sie in verschiedenen Vulnerabilitäten waren. Das wurde gestern sehr deutlich und klar gesagt. Ich denke beispielsweise an Personen, die im Sanitätswesen und in der Pflege gearbeitet haben und mit einer ungeheuerlichen Belastung konfrontiert waren, und zwar Tag für Tag. Es wurde uns gestern darüber berichtet, wie sehr die Kinder ihren Alltag verändert erlebt und haben und wie sehr ihnen vermutlich die Geselligkeit und das Soziale des Schul- und Kindergartenalltages abgegangen sein wird. Viele Situationen haben in der Psyche der Menschen sehr starke Signale hinterlassen. Durch diese Isolierung, die viele durchgehend erfahren haben – ich denke an die Zeiten, in denen die Menschen das Haus nicht verlassen haben – sind Abfederungsmechanismen weggefallen, die aufgrund des sozialen Umgangs normal sind. Das ist für jene besonders problematisch, die in Familiensituationen aufwachsen, in denen es Aggressivität, Gewalt, vielleicht auch eine lang andauernde Krankheit oder einen Pflegefall gibt. Ich denke da immer wieder an die Kinder, aber nicht nur. Man muss davon ausgehen, dass Menschen nachhaltig von dieser Zeit geprägt sein werden, und zwar nicht nur als Erfahrung, sondern als Trauma. Vielleicht haben wir sogar als Gesellschaft ein Trauma erlebt. Es sind verschiedene Phasen der Bewältigung des Traumas zu beobachten. Wir werden bemerkt haben, dass es einen Moment gegeben hat, in dem Aggressivität und Wut sehr stark geworden sind. Das ist ein klassisches Zeichen von Traumabearbeitung.

Das andere ist natürlich das Individuelle und Persönliche. Da ist es wichtig, dass man sich jetzt schon auf das vorbereitet, was hier nachträglich zu bearbeiten sind wird. Wir können da zurückschauen. In einer Videokonferenz der Fraktionssprechersitzung haben wir über die Krise und die negativen nachhaltigen Folgen derselben gesprochen. Wenn man an die Krise von 2008 denkt, so hat es dort im Nachfeld ebenso sehr große psychische Belastungssituationen bis hin zu Suiziden gegeben. Wir müssen nicht nur an die allgemeinen vulnerablen Subjekte denken. Wir können auch ruhig an Betriebsinhaber denken, die jetzt mit existenziellen Problemen konfrontiert sind und nicht die Gelegenheit haben, das mit Expertinnen und Experten zu bearbeiten. Deshalb glauben wir, dass es jetzt schon wichtig ist, sich für die Zeit danach zu rüsten. Vielleicht gibt es gar keine Zeit danach, sondern nur eine Zeit mit. Es ist vielleicht die Zeit nach der akuten Krise, die auf jeden Fall eine Zeit mit Covid sein wird, in der diese Traumata vielleicht noch einmal ausbrechen können. Das Problem der Trauer wurde heute auch schon angesprochen. Es geht also auch um Menschen, die Menschen verloren haben und in dieser unsozialen Art trauern mussten.

Wir schlagen mit diesem Beschlussantrag Folgendes vor: *1. die Dienste der mentalen und psychischen Gesundheit vorbereitend auszubauen und verstärkt flächendeckend auf dem Territorium anzubieten, auch um mehr Menschen zu erreichen und die Wartezeiten zu verringern, wobei die Angebote auch mit geeigneten Mitteln bekannt gemacht werden müssen.* Ich hatte vor kurzem ein Gespräch mit jemandem, der erzählt hat, dass er mit einer extrem akuten Trauersituation konfrontiert war. Es ging um eine Gewalttat, wobei es Wochen gedauert hat, bis ein Dienst zugänglich war. Diese Wartezeiten in einer Traumasituation sind natürlich untragbar. Die Angebote müssen also mit geeigneten Mitteln bekannt gemacht werden. Ich glaube auch, dass es darum geht, sehr niederschwellige Angebote zu machen. Es muss nicht nur der Psychiater oder der Psychologe sein, sondern es kann auch an weitere Formen gedacht werden. Das System der Beratung ist stark in Entwicklung.

2. den betroffenen Arbeitenden, auch den Freiwilligen, im Gesundheitssystem und den sozialen Einrichtungen unterstützende Maßnahmen zur Seite zu stellen, damit sie bei der Bewältigung der traumatischen Erfahrungen Hilfe erfahren können. Wir wissen, dass es Angebote gibt, aber ich glaube, dass es wichtig ist, diese auszubauen.

3. den im Bildungssystem Arbeitenden ebenfalls Hilfe, Intervision und Supervision in verstärktem Maße anzubieten;

4. das Angebot der Psychologischen Ersten Hilfe unmittelbar und niederschwellig zugänglich einzurichten und zu promoten. Wir glauben, dass es wichtig ist, nicht nur zu bestimmten Tageszeiten, sondern immer einen Zugang zu einer psychologischen ärztlichen Hilfe zu haben. Die Situationen des Bedürfnisses, der Einsamkeit und Belastung sind sehr stark vorhanden und sie werden nach der Zeit des Durchhaltens wahrscheinlich verstärkt aufbrechen. Deshalb sollten wir hier als Gesellschaft vorbereitet sein. Vielen Dank!

PLONER Franz (Team K): Danke, Frau Kollegin Foppa. Dieser Beschlussantrag greift eine sehr wichtige Thematik auf, die wir als Kollateralschaden der Covid-Krise bezeichnen können. Wir haben sie gestern im Rahmen der Präsentation der Berichte der Gleichstellungsrätin und der Kinder- und Jugendanwältin vorgeführt bekommen. Wahrscheinlich ist der Titel des Beschlussantrages etwas unglücklich gewählt, da ich davon ausgehe, dass Sie die traumatische Belastungsstörung durch die Corona-Krise meinen.

Im beschreibenden Teil des Beschlussantrages wird ausführlich auf die psychischen und gesellschaftlichen Probleme aller Gesellschaftsgruppen, hervorgerufen durch die Covid-Krise, eingegangen.

In meinem heutigen Statement zur Aktuellen Debatte habe ich auf die physischen, psychischen und sozialen Folgen dieser Krise hingewiesen. Die Kinderarmut wird zunehmen, das soziale Gefüge von Familie und Alleinerziehenden kann aus dem Gleichgewicht kommen. Deshalb bedarf es psychologischer Anlaufstellen, um früh die psychische Belastung, die langfristig somatische psychische Beschwerden verursachen, zu verhindern und aufzuarbeiten. Die Corona-Krise hat die Gesellschaft in all ihren Bereichen überfordert. Die Eltern sind nun eher gereizt, statt Fürsorglichkeit herrscht Lieblosigkeit, statt Zuwendung Distanz. Die Kinder, aber auch die alten Menschen, die dem Schutz der Fürsorge bedürfen, werden alleine gelassen, obwohl es gerade in dieser traumatischen Lage mit den Kollateralschäden gilt, diese vulnerablen Gruppen mit ihren Ängsten aufzufangen. Kinder fragen sich, warum es draußen gefährlich ist, warum sie ihre Freunde nicht mehr treffen dürfen, ob Oma und Opa sterben werden. Angehörige fragen sich, warum sie sich nicht mehr verabschieden dürfen. Je nach Alter und Arbeitsstätte unterscheiden sich die Fragen, wobei die Angst aber immer dieselbe ist. Auch das Bedürfnis nach Aufmerksamkeit und Zuwendung ist dasselbe. Arbeitslosigkeit, drohender Jobverlust, Ungewissheit, wie es in der Zukunft weitergehen wird, sind Faktoren, die Eltern, Alleinerzieher, Menschen in prekären Situationen, alleinstehende alte Menschen an die Grenzen bringen, die zu psychischer Überlastung führen. Häufig sind die Kinder und die alten alleinstehenden Menschen die Verlierer. Wichtig ist, dass es Achtsamkeit füreinander gibt.

Um die Folgeschäden zu verhindern, ist ein niederschwelliger Zugang, wie im Beschlussantrag ausgeführt ist, von psychologischen Beratungsstellen im ambulanten Bereich entscheidend. Die betroffenen Personen müssen rasch die Möglichkeit der Aufarbeitung der dramatischen Erfahrung, die sie erlitten haben, haben. Deshalb werden wir diesem Beschlussantrag zustimmen.

RIEDER (Team K): Ich bedanke mich für diesen Beschlussantrag, da er in diesen Zeiten etwas vom Wichtigsten ist. Der niederschwellige Zugang zu Beratungsstellen eventuell über den Hausarzt oder direkte Ansprechpartner vor Ort ist wichtig. Das Gespräch mit dem Hausarzt war in den letzten zwei Monaten nicht vorhanden, weshalb die Hausärzte das nicht alles auffangen können werden.

Wir haben gestern gehört, dass Menschen bei uns gern zu einem Schalter oder zu einer Anlaufstelle gehen. Deshalb ist es entscheidend, wie wir diese Anlaufstellen benennen. In unserem Land gibt es leider Gottes viele Menschen, die sich scheuen, zum Psychologen zu gehen oder sich an eine psychologische Beratungsstelle zu wenden. Wenn man die Anlaufstellen anders benennt, dann fällt der Zugang oft leichter.

In den letzten Tagen wurde immer wieder von den Menschen gesprochen, die in den systemrelevanten Berufen tätig sind. Ich weiß, dass es im Sanitätsbetrieb für das Personal die Möglichkeit gegeben hat, sich beraten zu lassen. Meiner Meinung nach braucht es aber etwas, was darüber hinausgeht. Nach dieser schwierigen Zeit braucht es einen zusätzlichen psychophysischen Erholungsurlaub. Wenn wir wollten, dass unsere Angestellten in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen gesund bleiben, dann brauchen wir das. Es gibt ja den schönen Namen "betriebliche Gesundheitsförderung", was in allen größeren Betrieben Gang und Gebe ist. Wir wissen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das größte Kapital der Betriebe sind. In diesen Zeiten brauchen wir mehr denn je gesunde Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Auch wir werden diesem Beschlussantrag zustimmen. Den meisten Kolleginnen und Kollegen wird es in letzten Wochen so ergangen sein, dass sie mit sehr persönlichen Schicksalen konfrontiert waren. Bei uns haben sich sehr viele Menschen gemeldet und uns von ihren persönlichen Situationen und Notlagen berichtet. Das geht an niemandem spurlos vorüber. Damit sind sehr oft Lebensexistenzängste verbunden. Es geht aber auch um die Frage, was mit einem Menschen passiert, der sich nicht von einem Angehörigen verabschieden kann. Einem Kind kann man vielleicht erklären, dass jemand einen Autounfall hatte, aber dass jemand einfach so an einem Virus stirbt, ist sehr schwer zu vermitteln. Es geht auch um die psychologischen Schäden und Folgeschäden für das Gesundheitspersonal. Unsere Ärzte

und Pfleger kämpfen um das Leben von Menschen, und ich habe viele Anrufe von Ärzten bekommen, die mir erzählt haben, was es bedeutet, wenn sie zusehen müssen, wie ihnen Menschen unter den Fingern wegsterben. In diesen Wochen wurden Fragen gestellt, die sich auf die Psyche der Menschen auswirken. Da geht es auch um die Frage, wie viel ein Menschenleben überhaupt wert ist. In anderen Ländern war es ja so, dass Patienten mit über 65 Jahren nicht mehr auf die Intensivstation gebracht wurden. Man darf nicht unterschätzen, was solche Diskussionen mit der Psyche von Menschen anstellen. Das ist mit den Traumatas zu vergleichen, die es nach großen Kriegssituationen und großen Krisen gegeben hat. Das ist nie spurlos an Gesellschaften vorübergegangen. Es wird Menschen geben, die leichter damit fertig werden. Andere werden das Bedürfnis haben darüber zu reden, wieder andere werden nicht darüber reden können. Ich glaube, dass es notwendig ist, den Menschen zu signalisieren, dass sie mit ihren Problemen nicht alleine sind, dass es Einrichtungen gibt, an die sie sich wenden und bei denen sie sich im wahrsten Sinne des Wortes ihren Kummer von der Seele reden können.

Deshalb werden wir diesen Beschlussantrag unterstützen.

WIDMANN (Landesrat für Gesundheit, Digitale Infrastruktur, Genossenschaftswesen - SVP):

Sehr geehrter Herr Präsident, werde Kolleginnen und Kollegen, werde Einbringerin, das, was Sie gesagt haben, stimmt. Es war nicht leicht, mitanzusehen zu müssen, wie viele Patienten auch jungen Alters auf die Intensivstationen gekommen sind, mit fürchterlicher Lungenbildung usw. Neben den rein physischen Auswirkungen des Coronavirus spielen auch die psychischen Auswirkungen eine große Rolle. Vielleicht hat der eine und die andere mitbekommen, dass wir das erkannt haben. Alle Koordinatoren des Netzwerks "Psychohilfe Covid-19" haben sich in sehr geeinter Form zusammengefunden und ein Projekt der Notfallpsychologie ausgearbeitet, die 24 Stunden an 7 Tagen in der Woche eine Einsatzbereitschaft in Absprache mit der medizinischen Einsatzleitung Covid-19 hat. Weiters garantiert die Agentur für Bevölkerungsschutz mit dem Bürgertelefon eine fachgerechte Krisenintervention mit dem Ziel einer sekundär-präventiven Gesundheitsförderung. Außerdem haben wir eine landesweite 24-Stunden-7-Tages-Krisenhotline für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sanitätsbetriebes und der Seniorenheime freigeschaltet, um eine niederschwellige Anlaufstelle in akuten Belastungssituationen zu bieten und die psychologische Weiterversorgung in den psychischen Diensten sicherzustellen. Zudem gibt es diverse Informationsveranstaltungen sowie Unterweisungen zu Stressabbau für das Sanitätspersonal, das mittels Online-Fortbildungsvideo allen Bediensteten zugänglich gemacht worden ist.

Ein dritter Einsatzschwerpunkt stellt die notfallpsychologische Unterstützung der systemrelevanten Rettungsorganisationen - Weißes Kreuz, Croce rossa italiana und Zivilschutz - und des paramedizinischen Personals dar. Auch das läuft schon. Das Notfallnetzwerk "Psychohilfe Covid 19" umfasst zur Zeit 15 Dienste des öffentlichen Gesundheitswesens, Psychologen, die Ärztekammer und circa 20 mit der öffentlichen Hand konventionierte Vereinigungen wie die Caritas, Famileinberatungsstellen, Forum Prävention und nationale und internationale Organisationen. Es wird sehr gut genutzt. Wir schaffen jetzt eine Koordinierungsstelle im genannten Departement und ein Departement, das wir extra für diese Situationen einrichten. In Zukunft wird unter anderem die flächendeckende Installation von Mikrofonen und Kameras in den Diensten des Netzwerks "psychische Gesundheit" – eine entsprechende Bedarfserhebung ist im Gange – für Videoberatungen und Videotherapien vorgesehen. Auch hier versucht man neue Initiativen zu starten.

Sie sehen, dass sehr viel läuft, was mir sehr wichtig ist. Es ist in vielen Bereichen zu sehr großen Belastungen gekommen, weshalb es wichtig ist, dass man das auffängt.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Landesrat, für das zeitgleiche Agieren. Natürlich schauen wir alle aufmerksam auf diese Vorgänge. Ich möchte den Moment nutzen, um einen Wunsch zu hinterlegen, wobei ich mich insbesondere an jene von Euch wende, die aus dem Wirtschaftssektor kommen, insbesondere auch an den Wirtschaftslandesrat. Wenn wir an Menschen denken, die gefährdet sind, denken wir an Kinder und an Menschen, die in betreuenden und Pflegeberufen tätig sind. Es gibt aber auch andere vulnerable Subjekte und gefährdete Personen für die nächsten Jahre, und das sind gerade Menschen – viele Männer -, die in der Wirtschaft stehen. Ich glaube, dass sie gefährdet sind, weil sie mit Problemen konfrontiert sein werden, für die sie nicht gerüstet sind. Frauen haben meistens Netzwerke, die auffangen und abfangen, in denen man Dinge besprechen und Probleme ansprechen kann. Normal lenke ich den Blick immer auf die Frauen, aber hier möchte ich ihn dezidiert auf die Männer lenken. Wir hatten in den letzten Wochen mehrmals Aussprachen mit Wirtschaftsvertretern, um uns ein Bild von der Lage in den verschiedenen Betrieben zu machen. Ich habe das Thema angesprochen, und es wurde schlicht nicht verstan-

den. Ich habe von der Suizidgefährdung von Wirtschaftstreibenden gesprochen, die ihren Betrieb schließen müssen oder von Familienvätern, die ihre Arbeit verlieren werden. Die müssen wir jetzt in den Fokus nehmen. Ich bin froh, wenn der Landesrat schon viel macht, aber ich möchte diesen Moment nutzen, um diesen Denkstrang aufzureißen, denn mit dem werden wir konfrontiert sein. Alle Krisen haben gezeigt, wer die Opfer waren. Es sind sehr oft Frauen, aber es gibt eine ganz große Gefährdung von Männern, die ihre Daseinsberechtigung bzw. ihre Lebenszufriedenheit und ihr Glück aus der Arbeit und aus dem betrieblichen Erfolg ziehen. Ich weiß, wovon ich spreche, denn ich komme aus so einer Familie und weiß, wie ehrgeizig man in solchen Familien ist. Wenn diese Existenzlinie gefährdet ist, dann wird das sehr problematisch. Deshalb ergeht die Bitte an den Wirtschaftslandesrat, das nicht aus dem Blick zu lassen, diese Gefährdungen zu beobachten und über die Verbände vorbeugend tätig zu werden.

PRÄSIDENT: Wir stimmen über den Beschlussantrag ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 14 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen abgelehnt.

Punkt 6 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 271/20 vom 20.04.2020, eingebracht vom Abgeordneten Repetto, betreffend COVID-19-Abteilungen auf Landesebene**".

Punto 6) all'ordine del giorno: "**Mozione n. 271/20 del 20/04/2020, presentata dal consigliere Repetto, riguardante reparti COVID sul territorio**".

Der Vorschlag, in Bozen das einzige COVID-19-Zentrum Südtirols zu schaffen und dieses im neuen Krankenhaus unterzubringen, wird die weitere Entwicklung des Südtiroler Gesundheitswesens zunichtemachen. Die Lösung, die sich nun abzeichnet, bestünde darin, ausschließlich in Bozen eine Covid-19 Intensivstation einzurichten und zu diesem Zweck 90 Betten im neuen Krankenhaus vorzusehen, während weitere 30 Betten auf die drei Gesundheitsbezirke aufgeteilt werden sollten. Somit würde man jedoch dem wichtigsten Krankenhaus Südtirols personelle und finanzielle Ressourcen entziehen und eine Weiterentwicklung unterbinden.

Der Grund unserer ablehnenden Haltung diesem Vorhaben gegenüber liegt auf der Hand: Damit bliebe der Stadt Bozen und dem Gesundheitsbetrieb eine lang ersehnte Einrichtung verwehrt. Der Vorschlag der Führungsspitze des Gesundheitsbetriebes ist für das Bozner Krankenhaus nachteilig, zumal Letzteres das einzige medizinisch hochqualitative und zertifizierte medizinische Zentrum für Onkologie ist, mit Abteilungen, die es sonst nirgendwo auf Landesebene gibt. Im Hinblick auf die Pandemie, hat sich zudem herausgestellt, dass eine derartige Konzentration aus epidemiologischer Sicht ein Nonsens ist. Dies wurde auch von der Region Venetien erkannt, die jetzt in die entgegengesetzte Richtung steuert: Dort werden Patienten mit leichtem Krankheitsverlauf zu Hause und nicht gezwungenermaßen im Krankenhaus gepflegt.

Dies vorausgeschickt

*verpflichtet
der Südtiroler Landtag*

die Landesregierung,

- a) die Maßnahme zu überdenken, die auf eine derartige Konzentration der Intensivbetten in einem einzigen Krankenhaus abzielt;*
- b) für die Betreuung von COVID-19-Patienten mit leichtem Krankheitsverlauf auf Landesebene zusätzliches Gesundheitspersonal einzusetzen.*

Reparti COVID sul territorio

La proposta di trasformare Bolzano nell'unico centro COVID dell'Alto Adige, utilizzando il nuovo ospedale, comporterà l'annullamento di una potenziale crescita della sanità altoatesina. Infatti, la soluzione che sta emergendo, vedrebbe la Rianimazione Covid unicamente a Bolzano e la disponibilità di 90 letti nel nuovo nosocomio cittadino e 30 posti letto in ognuno dei tre comprensori, togliendo al principale nosocomio provinciale risorse umane finanziarie e di sviluppo.

La motivazione per essere contrari a rendere Bolzano un centro unico COVID sono evidenti, tra cui la privazione per la città e il comprensorio di una struttura attesa da anni. La proposta avanzata dai vertici dell'ASL danneggia l'ospedale, in quanto esso funge come unico centro di medicina di

alto livello, con certificazione oncologica e reparti unici sul territorio provinciale. Poi, in merito a questa pandemia, si è riscontrato che dal punto di vista epidemiologico concentrare è ormai un non senso; lo ha evidenziato il Veneto con una politica opposta di domiciliazione del paziente non grave e non di ospedalizzazione coatta.

In merito a ciò

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

impegna la Giunta Provinciale a:

- a) rivedere questa politica di accentramento in un'unica struttura;*
- b) implementare ulteriore personale sanitario sul territorio, figure importanti per i pazienti COVID19 con sintomi non gravi.*

Herr Abgeordneter Repetto, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Grazie presidente! Approfito dell'opportunità di presentare questa mozione per conoscere, da parte dell'assessore, le motivazioni che porteranno a creare un reparto e trasformare Bolzano nell'unico centro Covid dell'Alto Adige. La mozione dice:

“utilizzando il nuovo ospedale, comporterà l'annullamento di una potenziale crescita della sanità altoatesina. Infatti, la soluzione che sta emergendo, vedrebbe la Rianimazione Covid unicamente a Bolzano e la disponibilità di 90 letti nel nuovo nosocomio cittadino e 30 posti letto in ognuno dei tre comprensori, togliendo al principale nosocomio provinciale risorse umane finanziarie e di sviluppo. La motivazione per essere contrari a rendere Bolzano un centro unico Covid sono evidenti, tra cui la privazione per la città e il comprensorio di una struttura attesa da anni. La proposta avanzata dai vertici dell'ASL danneggia l'ospedale, in quanto esso funge come unico centro di medicina di alto livello, con certificazione oncologica e reparti unici sul territorio provinciale.”

In merito a questo teniamo presente che si era ipotizzato nel tempo di creare dei centri specialistici in altre realtà periferiche del territorio, ma poi si è capito che non si può prescindere dal fatto che un centro specialistico di eccellenza deve essere inserito in un polo ben definito.

“In merito a questa pandemia, si è riscontrato che dal punto di vista epidemiologico concentrare è ormai un non senso; lo ha evidenziato il Veneto con una politica opposta di domiciliazione del paziente non grave e non di ospedalizzazione coatta.

Il Consiglio della provincia autonoma di Bolzano impegna la Giunta provinciale a:

- rivedere questa politica di accentramento in un'unica struttura;*
- implementare ulteriore personale sanitario sul territorio, figure importanti per i pazienti Covid19 con sintomi non gravi.”*

La prima richiesta è fondamentale perché la città di Bolzano e il comprensorio cui fa riferimento l'ospedale di Bolzano, perciò tutta la Bassa Atesina, l'Oltradige e quant'altro aspettano questo Pronto soccorso nuovo da tantissimi anni e con questa centralizzazione del sistema c'è il rischio di togliere tempi necessari per l'apertura del Pronto soccorso nuovo, risorse finanziarie e risorse umane in funzione di un'altra attività che poteva essere tranquillamente splittata in diverse realtà o anche Bolzano, o Bressanone, dove sono stati fatti dei lavori specifici all'ospedale.

Con questa mozione noi chiediamo essenzialmente di chiarire le scelte e le implicazioni relative agli aspetti organizzativi riguardanti la scelta di creare il Polo specialistico Covid a Bolzano e garantire che tale scelta non penalizzi le attività dell'ospedale di riferimento provinciale e soprattutto non ostacoli il trasferimento del Pronto soccorso.

Questo è uno degli elementi fondamentali su cui io so perfettamente che ci sono state discussioni all'interno della dirigenza dell'ospedale, c'è quasi un tentativo di smobilitare l'ospedale di Bolzano, non voglio dire di favorire il resto degli ospedali, però vorrei sentire da Lei, assessore, questa indicazione.

In secondo luogo anche la nuova legge che stiamo aspettando tutti di discutere con le varie posizioni esprime un concetto estremamente importante, cioè potenziare i servizi territoriali coinvolgendo sistematicamente i medici di base e ampliando le loro funzioni per i primi controlli. Va riformulato, realizzato, uniformato in tempi rapidi a livello provinciale il progetto di attuazione delle Usca per lo svolgimento di tutte le attività specialistiche. Cioè quello che viene richiesto – e il Veneto ha insegnato, rispetto alla Lombardia – non è una

centralizzazione, una situazione coatta di ospedalizzazione, ma è un intervento – se dovesse ricrescere l'infezione del virus – di carattere sanitario territoriale, questo è quello che si viene a chiedere.

In base alle esperienze che si sono viste sui vari territori, si chiede esplicitamente perché questo centro Covid a Bolzano? C'è effettivamente un problema legato al funzionamento e allo sviluppo di questo ospedale in futuro sul Pronto soccorso?

Chiediamo di rivedere questa politica di accentramento in un'unica struttura e in secondo luogo chiediamo se c'è questa volontà di implementare ulteriormente il personale sanitario sul territorio provinciale, figure importanti per affrontare ulteriormente se mai ci dovesse essere un'ulteriore emergenza legata al Covid.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente! Su questo tema si è creata un'altissima attenzione da parte del personale medico, paramedico, che poi è quello in prima linea, rispetto all'esigenza di far fronte nel sistema dell'organizzazione a concreta prassi quotidiana della gestione di nuove strutture, quale quella che si verrebbe a delineare per Bolzano. Ma si è creata anche un'altissima attenzione da parte del territorio bolzanino e del comprensorio che fa riferimento al territorio bolzanino in rapporto ai progetti in corso e di sviluppo e che si attendeva venissero a vedere la luce, in modo particolare, mi spiace dover ricalcare alcuni concetti che ha espresso il collega Repetto, ma d'altronde questo è il tema e il tema è realmente che c'era una struttura in corso di realizzazione e in via di definizione per la consegna alla città, e ora si sta dicendo che quella struttura con annessi servizi e fra questi annessi servizi la struttura di prima accoglienza, quindi il Pronto soccorso – pensiamo di ritornare in una certa prospettiva a una normalità, tutti lo auspichiamo, ci siamo già dimenticati in questi mesi di sofferenza e sicuramente sacrificio cos'era il Pronto soccorso in precedenza a Bolzano –, ebbene oggi pare che questo tipo di traguardo venga spostato più avanti perché oggi si ritiene che la struttura ospedaliera, proprio il corpo anche fisico dell'ospedale di Bolzano, debba sostanzialmente farsi carico di un servizio eccezionale quale questo, che evidentemente appartiene ai compiti, ai doveri dell'amministrazione sanitaria, ma va ad incidere su un percorso che era stato avviato.

La preoccupazione è trasversale, non a caso io intervengo su una mozione del collega Repetto per dire che sono assolutamente d'accordo, perché credo che sia difficile a Bolzano trovare qualcuno che non sia d'accordo su una posizione di tale ragionevolezza, il che non significa non vedere le difficoltà, o i problemi che ci troviamo ad affrontare, ma anche la necessità di impostare con la grande verifica a cui è stato sottoposto il sistema sanitario altoatesino, probabilmente anche una riforma profonda dal punto di vista delle barriere-filtro rispetto al sistema di ospedalizzazione vero e proprio, che consiste nella rete territoriale.

Su questo credo che tutti trasversalmente abbiano trovato la condivisione, ritengo che il processo che è stato comunicato, che è quello di realizzare la struttura di cui parla la mozione a Bolzano, rischi di interrompere questo percorso virtuoso. Grazie!

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Zunächst bitte ich um eine getrennte Abstimmung zwischen Punkt a) und Punkt b). Punkt b) können wir durchaus zustimmen, denn dass weiteres Personal zur Betreuung von Covid-Patienten eingestellt werden soll, geht für uns in Ordnung.

Wir werden aber gegen Punkt a) stimmen, und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Mir geht es nicht darum, ob es sich um das Krankenhaus Bozen handelt oder nicht. Wenn wir uns die Situation in den Krankenhäusern in anderen Regionen anschauen, so hat man gesehen – das kann Landesrat Widmann sicher bestätigen –, dass es innerhalb der Krankenhäuser ein großes Übertragungsrisiko gegeben hat. Patienten, Ärzte und Pfleger haben sich in den Krankenhäusern angesteckt. Deshalb macht es Sinn, dass man in einer zweiten Phase sagt, dass man die Covid-Patienten nicht auf alle Krankenhäuser aufteilt, sondern dass eine gezielte Struktur hergenommen wird, um eine strikte Trennung zwischen Covid-Bereich und Nicht-Covid-Bereich zu machen. Das hat man in einer ersten Phase auch in den Krankenhäusern selbst versucht, mit den Triage-Zelten vor den Krankenhäusern, aber wenn wir das in allen Krankenhäusern machen müssen, dann ist es schwierig. Solange die Fallzahlen nicht wieder stark ansteigen, macht es meiner Meinung nach Sinn, die Covid-Patienten, die nicht zu Hause betreut werden können, nicht auf alle Krankenhäuser aufzuteilen, sondern in einer spezifizierten Struktur unterzubringen. Ob das Bozen oder ein anderes Krankenhaus ist, ist mir egal. Es wird Gründe geben, die für Bozen sprechen, wahrscheinlich deshalb, weil es die größte und zentralste Struktur ist.

Wie gesagt, ich möchte das voneinander getrennt wissen, und deshalb ersuche ich um eine getrennte Abstimmung über die beiden Punkte.

PLONER Franz (Team K): Lieber Kollege Repetto, mit Deinem Beschlussantrag gehst Du auf die Problematik einer spezialisierten Abteilung für die Behandlung der Covid-19-Patienten ein. Die Infektion mit SARS-CoV-2 kennzeichnet sich durch unterschiedliche Klinikverläufe aus. Circa 80 Prozent der Infizierten sind asymptomatisch und merken von der Erkrankung überhaupt nichts. 15 Prozent zeichnen sich durch klinische Symptome unterschiedlicher Art aus, die man sehr wohl zu Hause behandeln könnte und nur 5 Prozent müssen in eine stationäre Krankenhausbehandlung aufgenommen werden. Von diesen bedürfen wirklich nur einige wenige einer intensivmedizinischen Betreuung, wobei diese dann aber auch sehr herausfordernd ist. Wenn man sich die Daten anschaut, so sind das große Herausforderungen für das Personal. Ob es 90 Akutbetten in Bozen und 30 Akutbetten in den einzelnen Bezirken zur Behandlung von Covid-Patienten braucht, müsste auf Basis epidemiologischer und infektiologischer Daten zur Erkrankung berechnet werden, da, wie ausgeführt, nur 5 Prozent der Covid-Kranken einer Krankenhausbetreuung bedürfen. Wir haben zur Zeit – das muss man korrekterweise sagen – keine stabilen Prävalenzdaten zur Infektion der SARS-CoV-2, um sichere Aussagen zum Bettenbedarf machen zu können. Was wir aber sicher wissen, ist, dass der Großteil der Patienten zu Hause behandelt werden kann, wenn diese durch sogenannte Covid-Einsatztruppen, die territorial tätig sind, betreut werden. Die Modelle werden in vielen Regionen angeboten, beispielsweise auch im Veneto, aber auch in England. Von den 5 Prozent der Patienten, die eine stationäre Behandlung brauchen, braucht nur ein geringer Teil eine intensivmedizinische Betreuung. Diese Patienten sind jedoch intensivmedizinisch nicht einfach zu führen, weshalb die Expertise und die Erfahrung der Behandlung notwendig ist. Vor allem die Beatmung dieser Patienten ist eine besondere Herausforderung, weshalb eine zentrale Unterbringung solcher kritischer Patienten, die hoch infektiös sind und die Zusammenarbeit vieler Fachdisziplinen bedürfen – ich denke an Pneumologen, Infektiologen, Labormediziner, Gefäßchirurgen usw. – Sinn macht. Hier verweise ich auf den großen Intensivmediziner Gattinoni aus Mailand, der in diese Richtung plädiert. Auch die Arbeit selbst erfordert von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein besonderes Können, da sie mit Schutzmaterialien und Schutzausrüstungen arbeiten müssen, die eine Herausforderung für alle darstellen. Nur durch Erfahrung ist eine Eigeninfektion des Personals verhinderbar. Deshalb bedarf es einer gewissen Fallzahl solcher Patienten. Weiters müssen solche Intensivstationen baulich so gestaltet werden, dass sich die Infektion nicht ausbreitet - es braucht also Schleusensysteme – und Besucher über eigene Zugänge Zutritt zu diesen Patienten haben. Meiner Meinung nach wäre eine regionale Zentralisierung dieser intensivmedizinischen Patienten sinnvoll. Deshalb ist die Zentralisierung und Ansiedlung in einem Schwerpunktkrankenhaus sinnvoll und angebracht. Ich würde eine getrennte Abstimmung zwischen den Prämissen und den beiden Punkten des beschließenden Teiles vorschlagen. Danke!

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie presidente! Questa emergenza-pandemia ha veramente cambiato le posizioni. Ricordo che quando si è discusso della riforma sanitaria il PD era fortemente centralizzatore e Sven Knoll era fortemente decentralizzatore, adesso sul Covid il PD diventa decentralizzatore e Sven Knoll diventa centralizzatore.

Le considerazioni che si possono fare le lascio a Voi, certo, assessore, a Bolzano questa cosa di essere l'unico centro di competenza per questa materia, non è suonata bene, ovviamente, Lei conosce benissimo perché è uno di Bolzano come me, qual è la situazione dell'ospedale, quali sono anche le frustrazioni che la popolazione di Bolzano ha verso questo ospedale, eccetera.

Però, consigliere Repetto, il discorso che ha fatto il consigliere Franz Ploner non è campato per aria, nel senso che, assessore, se noi pensiamo che, nell'ipotesi di una seconda ondata, la seconda ondata si sviluppi come si è sviluppata a prima, allora abbiamo l'ingolfamento nel punto centrale ed è vero che la differenza tra il modello veneto e il modello lombardo è centralizzazione-decentramento, però il problema è – e forse è questa la chiave – cosa deve essere decentralizzato, perché forse, come diceva il consigliere Franz Ploner, centralizzare gli acuti, e quindi isolarli e fare una specie di zona rossa intorno agli acuti, forse ha senso, ma a patto che gli acuti siano una minoranza, cioè a patto che ci sia tutto un trattamento dei sintomi, e qui la legge dice 37,5, ma guardate che ci sono dei protocolli (ad Alessandria, a Piacenza) che dicono di intervenire con cure che riducono gli effetti e la gravità del male ancora prima dei 37,5, ancora prima del tampone, in modo tale da ridurre l'ospedalizzazione e ridurre la necessità delle terapie intensive.

In questo contesto la centralizzazione dei pochi casi acuti ha un senso, e il senso è quello che diceva l'ex primario Franz Ploner, altrimenti no e quindi io, assessore, La prego di spiegarci un po' queste strutture territoriali, poi ne discuteremo anche nella legge. In Germania, mi racconta mia figlia che ci abita, ci sono

questi gruppi di medici associati a cui lo Stato addirittura paga le infermiere e dove tu ti vai a prelevare il sangue e loro hanno funzionato bene, quindi se questo fosse il nostro modello, allora potremmo guardarlo.

Zum Fortgang der Arbeiten: volevo chiedere al consigliere Repetto, perché così sarebbe più votabile, se il punto a) potesse diventare una cosa del tipo “a verificare la possibilità di rivedere ...”, cioè a fare una verifica della possibilità di rivedere e non proprio così secca, perché allora il discorso del consigliere Franz Ploner mi convince forse di più, nonostante sia bolzanino.

WIDMANN (Landesrat für Gesundheit, Digitale Infrastruktur, Genossenschaftswesen - SVP): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, zunächst möchte ich sagen, dass die Wortmeldungen der Kollegen Knoll und Ploner rein sachlich waren, wofür ich mich bedanke. Es ist ja so, dass zentral vorgegeben wird, wenn möglich ein eigenes isoliertes Covid-Spital zu haben. Wir haben die Möglichkeit, das zu bewerkstelligen, weshalb es auf der Hand liegt, dass wir das auch tun. Viele anderen können das gar nicht tun. Ich habe bereits heute Vormittag gesagt, dass wir 35 Betten hatten. Wir wollen auf jeden Fall bei 50 Betten bleiben. Der Kollege Ploner war aktiv bei der Covid-Bekämpfung dabei und weiß, dass diese Taskforce deshalb erfolgreich war, weil das Ganze zentral koordiniert wurde, mit allen Spitalern. Das hat sehr gut funktioniert und ich glaube, dass wir deshalb den Supergau verhindern konnten. Es wurde nicht beschlossen, es ewig dort zu machen. Ich kenne die Animositäten im Krankenhaus Bozen. Man greift natürlich die Strukturen usw. an. Ich habe mittlerweile mit den Leuten, die sich wahrscheinlich beim Kollegen Repetto gemeldet haben, persönlich gesprochen. Ich glaube, dass die Sinnhaftigkeit dieses Vorhabens mittlerweile auch von den Kritikern verstanden wird. Soweit ich weiß, gibt es einen relativ breiten Konsens. Wir müssen etwas tun, denn Covid ist ja nicht zu Ende. Erst vor kurzem ist wieder ein sehr junger Patient mit sehr schweren Lungenproblemen auf die Intensivstation gekommen. Das sind schon Dinge, die zu denken geben, und deshalb müssen wir gerüstet sein. Wie gesagt, das heißt nicht, dass es so bleibt. Wenn es zu einer großen zweiten Welle käme, dann müssen wir auch in den anderen Krankenhäusern wieder Covid-Intensivstationen errichten. Bozen wird nicht alleine gelassen, denn in allen Krankenhäusern bleiben sogenannte Pre-Isolierstationen. Im Gesundheitsbezirk haben wir 30 bis 35 Betten für Covid-Patienten geschaffen, weitere 30 Betten in vertragsgebundenen Einrichtungen. Außerdem hat man mit Privatkliniken Verträge abgeschlossen, damit die Operationen auch in Bozen wieder hinaufgefahren werden können. Weitere 15 bis 20 Betten für Covid-Patienten wurden in den Gesundheitsbezirken Brixen und Bruneck geschaffen. Wir müssen uns darauf einstellen, dass es für diese Station ungefähr 15 Ärzte und 40 Pflegerinnen und Pfleger brauchen wird. Das geht ja nur, wenn uns die anderen Krankenhäuser helfen. Das heißt, dass der Dienst der Anästhesie in Brixen nicht so funktionieren kann, wie er im Normalzustand funktioniert. Das ist ein flexibles stufenweises System, das von den Profis ausgearbeitet worden ist. Deshalb ersuche ich den Kollegen Repetto, das noch einmal zu überdenken.

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Grazie! Intanto vi ringrazio per gli interventi, ho modificato “rivedere” con “verificare” per avere un’ampiezza di movimento. Da quello che ha detto l’assessore, c’è la volontà di essere eventualmente abbastanza flessibili nel prossimo futuro, non ho riscontrato parole positive sull’apertura del Pronto soccorso, che è una delle cose fondamentali nell’ambito della città di Bolzano e per il comprensorio. Sappiamo perfettamente quanti cittadini della nostra realtà territoriale vanno a Merano o in altre realtà per il Pronto soccorso o altro, proprio perché il nosocomio di Bolzano deve diventare un centro di eccellenza, come era stato impostato.

Naturalmente, ho visto che c’è un accordo complessivo, implementare questo personale sanitario sul territorio, perché diventa estremamente importante, soprattutto in funzione di questo virus che sta condizionando e modificando le nostre vite. Per cui mi aspetto un voto positivo su questi due punti, tenendo presente che noi siamo sempre molto attenti a ciò che avviene sull’ospedale di Bolzano perché la sensibilità dei bolzanini è molto elevata per tante problematiche, per cui ci aspettiamo che la Giunta provinciale e l’assessore facciano gli investimenti necessari per potenziare questo nosocomio.

PRÄSIDENT: Wir kommen zur Abstimmung über den Beschlussantrag, und zwar nach getrennten Teilen, so wie von den Abgeordneten Knoll und Franz Ploner beantragt.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 12 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt a) des beschließenden Teils: mit 6 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt b) des beschließenden Teils: mit 14 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Punkt 7 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 272/20 vom 20.04.2020, eingebracht vom Abgeordneten Urzì, betreffend Anstieg der Todesfälle in Südtirol im März 2020 verglichen mit den durchschnittlichen Zahlen aus den Vorjahren. SABES-Bericht zu Todesursachen und positiven Testergebnissen auf COVID-19**".

Punto 7) all'ordine del giorno: "**Mozione n. 272/20 del 20/04/2020, presentata dal consigliere Urzì, riguardante aumento dei decessi in Alto Adige nel mese di marzo 2020 in rapporto alla media degli anni precedenti. Rapporto Asdaa sulle cause di morte e sui rilevamenti di positività a Covid-19**".

Herr Abgeordneter Urzì, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente! Io ho presentato adesso un emendamento sottoscritto anche dal collega Lanz, che riscrive in parte la parte impegnativa della mozione e Le chiedo se vuole che illustri già tutto, oppure rinvio a dopo. Procediamo, direi.

Comunque la sostanza non cambia, nel senso che si chiede, per semplificare e chiarire il termine delle questioni, innanzitutto un chiaro quadro – parto dalla parte impegnativa, così ci capiamo – in termini di numeri statistici dei decessi che ci sono stati per ogni singolo Comune per ogni mese sino al termine dell'emergenza Covid, comprendendo il periodo da gennaio 2020 in avanti, sino a quando l'emergenza sarà terminata, e dei dati dei decessi per ogni singolo Comune degli ultimi cinque anni, quindi un valore squisitamente statistico, a cui dovrà corrispondere a seguire, evidentemente, ma quando questi dati saranno perfettamente disponibili al termine dell'emergenza che stiamo vivendo e in maniera tale che poi, secondo i parametri della statistica, possano essere svolte delle adeguate analisi, possa essere verificato esattamente quale sia stata la maggiore incidenza di decessi in assoluto nel periodo Covid, rispetto a periodi nei quali non erano presenti pandemie.

Ovviamente ogni anno conosce dei suoi flussi particolari, per intenderci ci sono annate, le abbiamo conosciute anche nel recente passato, dove per esempio la presenza di forti epidemie influenzali hanno determinato in alcuni mesi un drammatico rialzo del dato ordinario medio dei decessi.

Questo tipo di rialzi di numeri di decessi evidentemente non hanno toccato le punte che si ritiene, dalle prime proiezioni che sono a noi disponibili, si siano toccate nelle settimane che hanno riguardato quest'emergenza in tutta Italia evidentemente, ma anche in Alto Adige. Non ci stiamo riferendo a dati eccezionalmente drammatici come quelli vissuti o segnalati per esempio nel Comune di Bergamo con un rialzo al limite quasi del 600% in rapporto al mese dell'anno precedente, quindi 600 erano i deceduti nell'anno precedente, 600 nel mese Covid del 2020, ovviamente cifre che fanno accapponare la pelle. Ma questo tipo di drammatica evoluzione della malattia ha toccato e riguardato anche a nostra provincia, nel mese di marzo – abbiamo raccolto solo alcuni dati – sono decedute, solo per quanto riguarda il Comune di Bolzano, 213 persone e nello stesso mese del 2019 – quindi è un riferimento non puramente statistico, ma di riferimento d'orientamento –, quindi un anno prima, i decessi erano stati 126, quindi un saldo, solo per il mese di marzo 2020, rispetto allo stesso mese dell'anno precedente di + 87 deceduti, ovvero in termini percentuali un aumento del 69%, che non è il quasi 600% di Bergamo, ma è sempre una cifra e una percentuale assolutamente considerevole.

Questo anche per comprendere perfettamente la dimensione e anche la drammaticità del fenomeno, che ha avuto evidentemente tanta incidenza da costringere tutti noi a cambiare atteggiamenti e costumi, non so ancora per quanto, vedremo a seconda della legge che domani verrà introdotta e di come verrà applicata.

Quindi noi riteniamo che possa essere assolutamente opportuno avere una panoramica completa, che sarà possibile definire nella sua completezza evidentemente al termine del periodo emergenziale, quando avremo tutti i dati e potremo confrontare questi dati rispetto a quello che è accaduto negli anni precedenti.

Credo che l'analisi poi dovrà essere completata nel senso di attribuire queste ulteriori quote in rapporto alle medie degli anni precedenti a specifiche cause di morte, perché è vero anche, e questo va assolutamente rimarcato, che il dato relativo ai decessi per Covid-19 di residenti a Bolzano nel periodo del marzo 2020 fa riferimento a 27 persone decedute per Covid, però è anche vero che i deceduti, la quota per lo meno, e quindi è una media veramente spannometrica, per intenderci, non avente carattere scientifico, però la quota di morti eccedente rispetto all'anno precedente è stata di 87 solo nel Comune di Bolzano. Quindi, sempre spannometricamente, se una novantina di morti in più ci sono stati a Bolzano, ma solo 27 sono stati attribuiti a Covid,

ritenendo che la quota dell'anno scorso sia assorbita dalle normali e ordinarie dinamiche della vita che purtroppo termina fatalmente, la differenza come può essere catalogata?

Al termine di questa analisi – intanto noi abbiamo il dovere di raccogliere i dati, poi questo sarà il momento successivo – le persone che sono decedute e che non sono state iscritte nella lista di caduti Covid per che cosa sono morti? Qui si apre quel grosso filone di confronto che sta riguardando tutto il mondo della scienza, ma anche ovviamente l'opinione pubblica, di quanto forte sia stata l'incidenza della malattia Covid come causa di mortalità diretta, quanto lo sia stata come causa anche di mortalità indiretta e spesso magari non accertata o, mi verrebbe da dire, sempre che non venga fatto un tampone a posteriori, accertabile.

Io credo che questa analisi comunque debba essere fatta partendo da dati oggettivi, le conclusioni si potranno tirare solo successivamente, adesso sono solo delle indicazioni quelle che ci vengono fornite.

La mozione, presidente, prevede semplicemente che al Consiglio provinciale siano trasmessi in maniera ufficiale e formale tutti i dati dei decessi per ogni singolo Comune, e per ogni mese, da gennaio fino al termine dell'emergenza Covid, quando sarà, e poi i dati dei decessi per ogni singolo Comune degli ultimi 5 anni e poi probabilmente a conclusione di questa lunga, complessa e drammatica fase ed emergenza, quando avremo questo tipo di dato disponibile, io credo che il Consiglio ne potrà, per scienza, per conoscenza, per dovere morale anche rispetto alle grandi sofferenze che anche questa provincia ha patito da tutti i punti di vista, svolgere una adeguata e sufficiente analisi per comprendere quale reale, effettiva e drammatica dimensione possa avere avuto, o ha avuto, la pandemia Covid in provincia di Bolzano. Grazie presidente, io auspico che il testo comunque venga distribuito, affinché per lo meno i consiglieri, possano votare su un testo a loro perfettamente comprensibile. Grazie!

PLONER Franz (Team K): Lieber Kollege Urzi, mit Ihrem Beschlussantrag betreten Sie ein Terrain, das gerade bei der Diskussion über den Zusammenhang Erkrankung Covid und dessen bedingter Mortalität schwierig zu beantworten und zu bewerten ist. Die Daten weisen subjektiv auf einen Zusammenhang zwischen der Erkrankung Covid 19 und einer erhöhten Mortalität der Bevölkerung in Bozen hin. Nur erlauben solche einmonatigen Betrachtungen der Sterbefälle bezogen auf zwei Jahre keine validen Aussagen über die Todesursachen zu machen. Korrekterweise müssten die Monatsvergleiche über mehrere Jahre erhoben werden. Es kann subjektiv der Eindruck eines Zusammenhangs zwischen der Erkrankung Covid 19 bestehen, aber eine objektive Aussage kann nur anhand von Autopsiedaten getroffen werden. Was wir sicher feststellen konnten, war, dass es in den Monaten März und April 2020 in einzelnen Gemeinden eine Übersterblichkeit gegeben hat. Wie sich nun die Sterblichkeit auf das Gesamthema auswirkt, kann erst am Ende dieses Jahres festgestellt werden. Es könnte ja im Laufe des Jahres zu einer Abflachung der Sterblichkeit kommen, sodass am Ende dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr keine erhöhte Mortalität zu verzeichnen ist. Grundsätzlich haben wir bei der Interpretation der Todesfälle bei Covid 19 zwei große Probleme: Zählen wir die Todesfälle der diagnostischen Covid-19-Fälle zusammen oder vergleichen wir die Todesfälle bezogen auf alle infizierten Personen. Letztere kennen wir nicht. Diese Berechnung ist also schwierig. Und hier beginnen die Schwierigkeiten. Wir haben sehr viele undiagnostizierte Infizierte, weil die Covid-19-Erkrankung asymptomatisch verläuft und keine Tests gemacht worden sind bzw. die Testintensität nicht 100 Prozent ist. Zusätzlich muss berücksichtigt werden, dass einige Patienten mit SARS-CoV-2 nicht am, sondern mit dem SARS-CoV-2-Virus verstorben sind. Zusätzlich beeinflussen auch Demographie-Risikofaktoren und die Krankenhauskapazität, die im Monat März grenzwertig war, die Mortalität. Deshalb ist es für uns schwierig, diesem Beschlussantrag zuzustimmen. Wir werden uns der Stimme enthalten.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Der Kollege Ploner hat bereits einiges vorweggenommen, warum auch wir uns der Stimme enthalten werden. Kollege Urzi, es ist interessant, diese Daten zu haben, aber es muss präzisiert werden, ob das Personen sind, die aus der Gemeinde stammen und dort gestorben sind oder ob es Personen sind, die in der Gemeinde gestorben sind. Diese Unterscheidung muss gemacht werden. Wir haben uns diese Überlegung auch gemacht und bereits im März alle Gemeinden in Südtirol kontaktiert und um diese Daten gebeten. Wir stellen Euch gerne die Daten für Monat März zur Verfügung.

Der Kollege Ploner hat richtigerweise gesagt, dass die Problematik ein bisschen tiefgreifender ist. Wenn jemand positiv auf Covid getestet wird, er aber keinen schweren Verlauf hat und in der Zeit einen Herzinfarkt bekommt und daran stirbt, ist er dann ein Covid-Toter oder eine Person, die an einem Herzkreislauf-Stillstand gestorben ist? Es gibt sehr viele Patienten, die daheim gestorben sind, von denen wir es überhaupt nicht

wissen. Deshalb braucht es auch andere Berechnungen. Die saisonale Grippe hatten wir im März ja auch noch, aber aufgrund des Lockdowns sind viele Personen daheim geblieben, die sich vielleicht unter normalen Umständen eine Grippe zugezogen und an einer normalen Grippe gestorben wären. Wir müssen auch miteinrechnen, dass es aufgrund des Lockdowns keine oder nur Verkehrs- oder Freizeitunfälle gegeben hat. Der Kollege Ploner hat gesagt, dass es im letzten Jahr aufgrund eines statistischen Ausreißers oder aufgrund eines besonderen Höhepunktes in der Grippesaison eine ganz andere Fallzahl von Toten gegeben haben kann. Deshalb muss man hier wirklich einen großen Zeitraum berücksichtigen. Natürlich ist es interessant zu wissen, wie sich die Sterberate entwickelt. Wir schauen uns in Südtirol die Zahl der täglich Getesteten an, die aber relativ wenig aussagt, weil wir die Dunkelziffer nicht kennen. In Südtirol wird immer zwischen positiv Getesteten und gemachten Abstrichen vermischt. Wenn wir 800 Abstriche machen, dann heißt das nicht, dass wir 800 Personen getestet haben. Das muss man einfach unterscheiden. Die Mortalität gibt ein Indiz und es ist richtig, dass sie untersucht wird, aber da braucht es schon wesentlich mehr, als sich einfach nur die Daten vom März geben zu lassen und mit jenen vom März des letzten Jahres zu vergleichen.

Ich warte ab, welchen Text wir jetzt ausgehändigt bekommen. In dieser Form macht es wenig Sinn, und deshalb werden wir uns der Stimme enthalten.

WIDMANN (Landesrat für Gesundheit, Digitale Infrastruktur, Genossenschaftswesen - SVP):

Werter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Urzì, Sie sind ja ein guter Kenner der Geschäftsordnung, und normalerweise haben Beschlussanträge das Ziel, einen Beschluss des Landtages herbeizuführen. Der vorliegende Beschlussantrag fordert, dass der Sanitätsbetrieb die Daten beschafft, und deshalb müsste er theoretisch anders formuliert sein.

ABGEORDNETER: (unterbricht)

WIDMANN (Landesrat für Gesundheit, Digitale Infrastruktur, Genossenschaftswesen - SVP):

Ach so, das habe ich nicht mitbekommen. Er ist also umformuliert geworden.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):

Wir werden dem umformulierten Beschlussantrag zustimmen, wobei ich aber schon noch einige Präzisierungen machen möchte. Wir haben uns über diese Thematik natürlich auch in der Landesregierung ausführlichst unterhalten. Nach einem persönlichen Gespräch mit dem Leiter des ASTAT Timon Gärtner habe ich auch schon einen entsprechenden Auftrag erteilt. Timon Gärtner hat mich dann darüber informiert, was es mit diesen Mortalitätsstatistiken, die derzeit in den Medien zirkulieren, auf sich hat. Die Debatte ist von einem Artikel im "Economist" ausgegangen. Damals wurde ein Ländervergleich veröffentlicht, der laut den Angaben, die mir Timon Gärtner gegeben hat, nicht in allen Aspekten statistisch sauber war. Der Artikel hat eine große Diskussion ausgelöst. Das Prinzip ist richtig, Kollege Urzì. Man kann natürlich Daten über einen längeren Zeitraum hinweg vergleichen, wobei der Jahresvergleich interessanter ist als der Monatsvergleich. Diesen Auftrag haben wir längst erteilt. Die Daten werden dem ASTAT von Seiten der Gemeinden übermittelt. Wir haben jetzt darum gebeten, dass das rasch erfolgt - manchmal hat das bis zum Ende des Folgemonats gedauert -, damit wir zeitnah Zahlen erhalten und Vergleiche anstellen können. Selbstverständlich stellen wir dem Landtag diese Daten dann auch zur Verfügung. Wir nehmen uns die Freiheit, es so zu machen, wie es das ASTAT für korrekt und richtig hält. Wer den Artikel im "Economist" gelesen hat, der weiß, dass es den Hinweis gegeben hat, dass es in fast allen Ländern eine große Diskrepanz zwischen den Daten der letzten vier Jahre und den Daten, die Covid zugeordnet werden, gibt. Daraus aber zu schließen, dass es alles Covid-Verstorbene wären, wäre falsch. Das hat der Kollege Urzì aber auch nicht gesagt.

Wie gesagt, wir werden Ihnen die Daten liefern.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente! È solo per ringraziare i colleghi che sono intervenuti e per dire che, comunque, non bisogna avere troppa paura dei dati, collega Ploner, nel senso che nel momento in cui abbiamo numeri, poi sui numeri possiamo fare le analisi che riteniamo opportuno fare. Noi siamo partiti dai numeri facendo ipotesi io non sono un medico, non ho fatto esami autoptici a nessuno, posso solo ipotizzare situazioni, e abbiamo ipotizzato che effettivamente – ma lo ha ricordato anche il presidente Kompatscher – una tendenza c'è stata, ha coinvolto anche la provincia di Bolzano, noi abbiamo citato solo il dato del Comune di Bolzano a noi disponibile e quello che diceva il collega Knoll rafforza peraltro

l'idea che sostanzialmente una forte incidenza questo tipo di condizione la possa avere avuto. Non posso essere io a dire la parola definitiva, proprio per la ragione che diceva, nel senso meno incidenti stradali, quindi quella quota di persone che sarebbero morte anche l'anno scorso, meno incidenti sul lavoro e quindi c'è stata una quota ampia di persone eccedente rispetto al mese dell'anno scorso. Non basta per fare statistica, quindi procuriamoci i dati e poi ci troveremo, è vero anche che ci troveremo quando sarà necessario trovarsi, fra un anno o due, a fare le analisi ed è vero che non avremo fatto gli esami autoptici su tutti coloro che sono morti, quindi non avremo certezze mai in assoluto, sempre che non fosse stato disposto dal primo momento l'esame autoptico su tutti i deceduti di tutta Europa di tutto il mondo, e credo, francamente, che questo sarebbe stato forse anche paradossale, però la conoscenza non deve mai spaventare e credo che si abbia la necessità per lo meno di mettere a fuoco quanto peso questo periodo, a prescindere dalle regioni, abbia avuto. D'altronde abbiamo tutti di fronte a noi le immagini del sindaco Caramaschi a Pasqua nella camera mortuaria del cimitero di Bolzano, non ci sono mai state tante bare e tanti funerali da fare.

CONSIGLIERE: *interrompe*

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Sì, c'era anche qualcuno dal Trentino, ma anche da quando abbiamo smesso di fare queste procedure – e a Pasqua si era già smesso e comunque la percentuale c'era – comunque credo che il tema si sia posto e allora affrontiamolo senza pregiudizi, ma solamente per avere la migliore comprensione di quanto è accaduto e sta ancora accadendo. Grazie presidente e grazie ai colleghi che hanno ritenuto di sostenere e appoggiare – compreso l'assessore Widmann – così convintamente la mozione.

PRÄSIDENT: In Erwartung der Übersetzung des Änderungsantrages setzen wir die Abstimmung über den Beschlussantrag aus.

Kollege Dello Sbarba, zum Fortgang der Arbeiten?

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Io non ho ricevuto il testo nuovo, ma per me si può anche leggere.

PRÄSIDENT: Sobald der Änderungsantrag vorliegt, wird er verteilt und der Beschlussantrag zur Abstimmung gebracht.

Die Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes wird kurzfristig vertagt, da ein Änderungsantrag vorliegt, der ebenso übersetzt werden muss.

Punkt 9 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 270/20 vom 20.04.2020, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Staffler, betreffend Mobilität in Corona-Phase 2".**

Punto 9) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 270/20 del 20/04/2020, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Staffler, riguardante la mobilità nella fase 2 del Coronavirus".**

In den letzten Jahren wurden dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs in Südtirol beachtliche Anstrengungen gewidmet. Seit dem Lockdown infolge der Covid-19-Pandemie ist in diesem Bereich alles anders. In den ersten Wochen gingen sowohl öffentlicher als auch privater Verkehr stark bis fast ganz zurück. Seit den ersten Lockerungsverordnungen beginnt sich auf den Straßen Südtirols wieder einiges zu bewegen.

In der so genannten Phase 2 muss die graduelle Rückkehr zur Vor-Covid-Situation gestaltet werden. Die soziale Distanzierung und andere Sicherheits- und Schutzmaßnahmen werden der Organisation der Gesellschaft einiges abverlangen. Ein besonderes Augenmerk muss hierbei auf die Mobilität gelegt werden. Wie wir wissen, ist sie für einen großen Teil sowohl der Klima- als auch der Umweltbelastung verantwortlich. Und je mehr Individualverkehr, desto mehr Belastung. Die konkrete Gefahr ist nun, dass das in den letzten Jahren aufgebaute Vertrauen in den ÖPNV durch die Angst der Menschen vor Ansteckung gebrochen wird. Die öffentlichen Verkehrsmittel, wie wir sie gewohnt sind, sind von engem Beieinandersitzen oder -stehen gekennzeichnet. Auf keinen Fall ist vorstellbar, dass der bisher gewohnte Pendlerverkehr etwa mit den Sicherheitsbe-

stimmungen vereinbar wäre. Es gibt auch schon Stimmen, die sagen, dass öffentliche Verkehrsmittel für viele das Stigma als DER Corona-Herd innehaben könnten. Sehr viel wird davon abhängen, inwieweit die Menschen den Öffis auch künftig vertrauen.

Eine Gegenmaßnahme, die bereits gemeinden- und länderübergreifend (auch in Südtirol) ergriffen wird, ist der Ausbau der Fahrradmobilität. Vor allem in größeren Ortschaften soll erreicht werden, dass die Menschen innerstädtisch Fahrrad fahren. Ein Vorbildbeispiel ist Bogotá: Die Bürgermeisterin dort hat als direkte Maßnahme im Schnellverfahren 117 km zusätzliche Radwege einrichten lassen. In Berlin gibt es ähnliche Initiativen. Das Fahrrad könnte einen kleinen Boom erleben, der sich in Südtirol auf eine bereits verbreitete bestehende Bereitschaft zum Radfahren aufbauen kann.

Es gibt leider auch negative Gegenbeispiele: Die chinesische Regierung hat bereits Stimulusmaßnahmen eingeleitet, um den Autoverkauf neu anzukurbeln. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Verkehrswende in China um ein paar Jahre zurückgeworfen wird; das Auto wird jetzt – weltweit – in Zusammenhang mit Corona als „sicheres Verkehrsmittel“ gepriesen (<https://www.suedtirolnews.it/chronik/oesterreicher-wollen-auto-nach-corona-krise-verstaerkt-nutzen>). Große Autokonzerne haben der EU bereits mitgeteilt, dass sie von ihr erwarten, die CO₂-Beschränkungen aufzuweichen.

Genereller Konsens ist: Wie die Auswirkungen auf die Öffis sein werden, wird vor allem davon abhängen, wie sich die Regierungen post-Corona verhalten.

Daher beauftragt
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung,

1. unmittelbar der Bevölkerung mitzuteilen, wie die öffentliche Mobilität in der Phase 2 organisiert wird.
2. darauf zu sensibilisieren, dass und wie die Sicherheitsbestimmungen zum Gesundheitsschutz in den öffentlichen Verkehrsmitteln eingehalten werden können.
3. den BürgerInnen die Sicherheit zu geben, dass trotz Abstandsregelungen genügend Verkehrsmittel zur Verfügung gestellt werden.
4. Fuß- Rad- und Elektromobilität besonders zu fördern und zu erwägen, ob der Ankauf von e-Bikes gerade in dieser Phase speziell gefördert werden sollte.
5. auch nach der Coronakrise die Home-Office-Modalität zu forcieren. Wenn alle Menschen, die jetzt im Homeoffice arbeiten, dies auch nach der Krise auch nur für einen Tag in der Woche beibehalten würden, so könnte man dauerhaft weniger Berufsverkehr haben.
6. die Tarifpolitik zu überdenken und PendlerInnen (eventuell auch zeitbegrenzt) zu begünstigen.

In Alto Adige negli ultimi anni si sono compiuti notevoli sforzi per potenziare il trasporto pubblico locale. Dopo il lockdown dovuto alla pandemia Covid-19 in questo settore è cambiato tutto. Nelle prime settimane il trasporto pubblico e quello privato sono molto calati fino a bloccarsi quasi completamente. Da quando ci sono stati i primi allentamenti, sulle strade dell'Alto Adige c'è un po' di movimento.

Nella cosiddetta fase 2 va gestito il graduale ritorno alla situazione precedente l'emergenza Covid. Il distanziamento sociale e altre misure di sicurezza e protezione comporteranno delle difficoltà nell'organizzazione della società, e in questo contesto la mobilità richiede particolare attenzione. Come sappiamo, essa è responsabile di gran parte dei danni climatici e dell'inquinamento ambientale. Quanto maggiore è il traffico individuale, tanto più si inquina.

Ora il pericolo concreto è che la fiducia nel TPL costruita negli ultimi anni venga meno a causa dei timori del contagio. Il trasporto pubblico come lo conosciamo è caratterizzato dal fatto di stare seduti o in piedi molto vicini. Non è in nessun caso ipotizzabile che l'abituale traffico pendolare possa essere compatibile con le norme di sicurezza. C'è anche chi già dice che molti potrebbero stigmatizzare il trasporto pubblico come il principale luogo di contagio. Molto dipenderà da quanto le persone continueranno a fidarsi del trasporto pubblico anche in futuro.

Una contromisura già adottata a livello locale e non solo (anche in Alto Adige) è lo sviluppo della ciclomobilità. In particolare nelle località più grandi, l'obiettivo è quello di incoraggiare le persone

a muoversi in bicicletta nelle città. Fa da esempio il modello di Bogotá: quale misura diretta, la sindaca della città fatto costruire con procedura d'urgenza 117 km di piste ciclabili supplementari. A Berlino si sono intraprese simili iniziative. La bicicletta potrebbe vivere un piccolo boom, che in Alto Adige può fondare su una propensione all'uso della bicicletta già ampiamente diffusa.

Purtroppo esistono anche degli esempi negativi: Il governo cinese ha già introdotto misure per rilanciare la vendita di automobili. Si può ipotizzare che la svolta cinese nel settore dei trasporti subirà una battuta d'arresto che riporterà il Paese indietro di qualche anno; in tutto il mondo, attualmente l'automobile è apprezzata quale "mezzo di trasporto sicuro" per quanto riguarda il Coronavirus (<https://www.suedtirolnews.it/chronik/oesterreicher-wollen-auto-nach-corona-krise-verstaerkt-nutzen>). Le grandi case automobilistiche hanno già informato l'UE che si aspettano un allentamento delle restrizioni sulle emissioni di CO2.

C'è un consenso generale sul fatto che l'impatto sui mezzi di trasporto pubblico dipenderà in gran parte da come si comporteranno i governi dopo la pandemia.

Per questi motivi,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
incarica la Giunta provinciale*

- 1. di comunicare immediatamente alla popolazione come verrà organizzata la mobilità pubblica nella fase 2;*
- 2. di sensibilizzare la popolazione sulla possibilità e sulle modalità di rispettare le norme di sicurezza e di tutela della salute sui mezzi di trasporto pubblico;*
- 3. di garantire ai cittadini che saranno disponibili mezzi di trasporto sufficienti alla luce delle norme sulla distanza;*
- 4. di promuovere in particolare la mobilità pedonale, ciclistica ed elettrica, e di valutare se proprio in questa fase sia opportuno incentivare in modo specifico l'acquisto di biciclette elettriche;*
- 5. di promuovere con determinazione il telelavoro dopo l'emergenza: se tutte le persone che attualmente lavorano da casa dopo la crisi continuassero a farlo anche solo per un giorno alla settimana, ne potrebbe risultare una riduzione permanente degli spostamenti per lavoro;*
- 6. di ripensare la politica tariffaria e di agevolare le/i pendolari (eventualmente anche per un periodo di tempo limitato).*

Frau Abgeordnete Foppa, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident! Jeder Beschlussantrag ist Kind seiner Zeit, und ich stelle fest, dass der vorliegende Beschlussantrag mindestens zur Hälfte schon überholt ist. Das haben wir aufmerksam beobachtet und natürlich auch positiv wahrgenommen. Drei Punkte würde ich streichen, während wir über die anderen drei noch diskutieren können. Es ist ja so, dass in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen worden sind, um den öffentlichen Personennahverkehr auszubauen. Natürlich hat sich in diesen letzten Wochen und Monaten alles verändert. Ihr alle werdet beobachtet haben, dass die Busse zum Großteil leer durchs Land gefahren sind und deren Anzahl wurde auch entsprechend reduziert. Gerade durch die Notwendigkeit der sozialen Distanzierung haben Menschen zunehmend von sich aus Abstand von den öffentlichen Verkehrsmitteln genommen. Unsere Sorge ist die, dass hier auch etwas von dieser Zeit zurückbleiben könnte, nämlich, dass man sich die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel wieder abgewöhnen könnten, weil man Angst hat, dass man keinen Platz bekommt, weil man Angst hat sich anzustecken oder weil man sich im eigenen Auto paradoxerweise sicherer fühlt. Deshalb glauben wir, dass die Mobilitätspolitik ein Schlüsselement auf der Rückkehr in eine wenn auch andere Normalität ist. Mobilität ist natürlich immer auch ein Schlüsselsektor von Umweltpolitik. Deshalb schauen wir da auch ganz genau hin. Dieses Vertrauen und die Beliebtheit, die in den letzten Jahren aufgebaut wurde, könnte jetzt in eine ganz andere Zeit zurückfallen. Mir fällt in vielen Sektoren auf, dass uns diese Krise zurückgeworfen hat. Ich werde morgen bei der Generaldebatte zum entsprechenden Landesgesetz noch ein wenig genauer auf dieses Zurückfallen in den verschiedenen Sektoren eingehen. Wie gesagt, das könnte uns auch mit der öffentlichen Mobilität passieren und das darf nicht passieren. Wenn der Verkehr wieder zunimmt, die Menschen wieder vermehrt an den Arbeitsplatz kommen bzw. vom verbreiteten Homeoffice wieder zurückkehren und die jungen Menschen wieder vermehrt unterwegs sind, dann müssen wir schauen, dass sie die öffentli-

chen Verkehrsmittel nutzen. Wenn alle mit dem eigenen Auto zur Arbeit fahren, dann wird es problematisch. Dann werden die Luftwerte, die sich jetzt verbessert haben, gleich wieder im Keller sein. Deshalb braucht es hier Gegenmaßnahmen.

Wir alle haben beobachtet, dass hier schon Maßnahmen ergriffen worden sind, was sehr begrüßenswert ist. Es ist wichtig, dass vor allem die Fahrradmobilität ausgebaut wird, wobei ich gehört habe, dass das schon im Gange ist. Da können natürlich auch die Gemeinden tätig werden. Es gab ja Städte, in denen die Straßen zu Fahrradwegen umfunktioniert wurden. Die Bürgerinnen und Bürger haben die Zunahme an Lebensqualität sehr genossen und geschätzt. Die Corona-Krise zeigt uns auch, wie schnell sich Alltag und Raum verändern können. Ich denke daran, wie bei den autofreien Tagen immer geschimpft wurde. In Bozen hat es da immer ein großes Gezeter gegeben, und jetzt hatten wir quasi autofreie Städte und alle haben gemerkt, dass es zwar nicht fein ist, daheim bleiben zu müssen, dass es aber auch ganz angenehm ist, wenn es auf den Straßen ruhig ist.

Es gibt natürlich auch negative Beispiele. Die chinesische Regierung hat bereits Stimulusmaßnahmen eingeleitet, um den Autoverkehr neu anzukurbeln. Die Verkehrswelle in China wird dadurch zurückgeworfen. Wir sind jetzt an dem Punkt angelangt, an dem wir die Mobilität in die eine oder andere Richtung lenken können. Deshalb glauben wir, dass man hier stark nacharbeiten muss.

Was den beschließenden Teil des Beschlussantrages anbelangt, möchte ich die ersten drei Punkte streichen, weil sie bereits umgesetzt oder in Umsetzung sind. Die Punkte 4, 5 und 6 möchte ich aber zur Abstimmung bringen.

Der Auftrag wäre: *4. Fuß- Rad- und Elektromobilität besonders zu fördern und zu erwägen, ob der Ankauf von e-Bikes gerade in dieser Phase speziell gefördert werden sollte.* Ich habe den Verantwortlichen der STA letzthin gehört, der gerade darauf hingewiesen hat, dass man auch weitere Strecken mit dem Fahrrad zurücklegen kann. Das begrüße ich sehr, wobei aber nicht alle so fit sind, weshalb das Elektrorad ein guter Zwischenweg ist, um Menschen an die Radmobilität heranzuführen.

Das Thema Homeoffice sollten wir uns auch überlegen. Ich bin keine große Befürworterin von Homeoffice, da auch die sozialen Folgen zu berücksichtigen sind. Was da an Vereinsamung, an Doppel- und Dreifachbelastung usw. entsteht, ... Früher waren hauptsächlich Frauen in Homeoffice und haben die Hausarbeit immer automatisch mitgemacht. So schleichen sich da Mechanismen ein, die wir schon längst überwunden geglaubt haben. Deshalb bin ich in Bezug auf Homeoffice immer ein bisschen kritisch. Was die Mobilität angeht, hat es natürlich eindeutig Vorteile. Wenn bestimmte Berufsgruppen einen Teil ihrer Arbeitszeit in Homeoffice verrichten könnten, dann könnten wir dadurch starke Prozentsätze von Individualmobilität herunterschreiben.

Schließlich geht es auch darum, die Tarifpolitik zu überdenken. Wir wissen, dass jetzt wieder mehr Familien mit Einkommensproblemen zu kämpfen haben. Da bestimmte Pendlerstrecken zu bevorzugen, könnte ein Anreiz für jene sein, die gerade jetzt daran zweifeln, ob sie mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren sollen oder nicht. Deshalb könnte man hier besondere Anreize schaffen und damit die Familien auf eine andere Art entlasten. Das wäre ein sehr gutes Signal in Richtung Familienfreundlichkeit und Nachhaltigkeit zugleich. Vielen Dank!

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Nur ganz kurz, um zu sagen, dass wir diesen drei Punkten zustimmen. Ich hätte noch eine Anregung an den Landesrat. Das Busticket kann ja nicht mehr im Bus gekauft werden, was aus medizinischer Sicht Sinn macht, aber viele ältere Menschen haben das Problem, dass sie nicht wissen, woher sie ein Busticket bekommen sollen. Ältere Menschen haben keine Internetverbindung und können somit auch keine Mobilitätskarte bestellen. Außerdem ist es schwierig, für sie das Tourismusbüro zu erreichen. Sie sind es gewohnt, in den Bus einzusteigen, eine Fahrkarte zu kaufen und dann wieder zurückzufahren. Vielleicht kann sich Ihr Ressort überlegen, wie man das Problem angehen könnte. Dafür gibt es sicher praktische Lösungen. In anderen Ländern ist die Fahrerkabine zum Schutz der Busfahrer komplett abgetrennt. Da gibt es eine eigene Tür, die sich schließt und wo eine Art Kasse miteingebaut ist, bei der Wechselgeld und die Fahrkarte herauskommt. Vielleicht wäre so etwas auch bei uns möglich. Vor allem die älteren Menschen brauchen den Bus, um irgendwohin zu kommen. Sie tun sich da etwas schwer.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Grazie presidente! Senz'altro questa mozione ha senso, volevo soltanto aggiungere che è in dirittura di arrivo anche un decreto governativo, che incentiva la mobilità elettrica con le biciclette elettriche, ci sarà un *bonus* di 500 euro, però

soltanto per le città con più di 50.000 abitanti, quindi qui in provincia dovrebbe beneficiarne soltanto Bolzano, poi non so se magari la Provincia estenderà questo contributo anche agli altri.

Una piccola segnalazione sulla parola: nel punto 5 è stata usata la parola “telelavoro”, se possibile io preferirei *smart working*, non tanto perché è in inglese, ma perché telelavoro significa un lavoro ben definito da un preciso domicilio con definiti orari, lo *smart working* è un po’ più flessibile, nel senso che posso utilizzare altri *device* per il lavoro e in più concilia anche meglio le esigenze famiglia-lavoro, perché è un po’ più gestibile nella flessione.

Ho ascoltato adesso l’intervento del collega Knoll e mi è venuto in mente che mi era stata bocciata una mozione che avevo presentato all’assessore ai trasporti per la dematerializzazione del titolo di viaggio. Adesso vedo che questo tema torna a essere rivalorizzato dalla crisi, dunque questo è stato un segno un po’ premonitore.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Quello dei trasporti è un settore fondamentale, che è interessato dalla questione della pandemia ed è un settore su cui non basterà ripartire, essendo autobus, treni, eccetera, ma bisognerà riformare, perché è chiaro che qui siamo a un bivio, ci sarà certamente una crisi dei viaggi aerei – e di questo non ci lamenteremo –, ma il rischio è che ci sia una crisi del trasporto pubblico, perché è chiaro che la mobilità diventa anche la mobilità del virus – almeno vista dai cittadini e dalle cittadine –, entrare in un ambiente chiuso, con altre persone, crea insicurezza e questa sensazione di insicurezza durerà finché non c’è il vaccino, finché non è risolta questa situazione, quindi uno o due anni e anche certe dichiarazioni sui media nazionali – per esempio ieri tutta la mattina c’erano lunghi servizi da Milano, Napoli e Roma su come era ripartito il sistema di trasporto e i sindaci dicevano “meno male che la gente è andata in macchina, ha preferito l’auto privata”, però meno male no, anche perché noi sappiamo che una delle ipotesi è che l’inquinamento da traffico faciliti la diffusione del virus e indebolisca le nostre capacità di respirare. Quindi si tratterà di affrontare questa fase di sospetto verso il trasporto pubblico innanzitutto offrendo delle alternative, e qui la questione della bici. Io su questo, assessore Alfreider volevo farLe una domanda: leggo dall’ANSA che in provincia di Trento già si sono mossi e hanno predisposto un contributo per l’acquisto di bici e bici elettriche, di 500 euro per mezzi a pedalata assistita e 100 euro per quelli normali, contributo che si somma a quello nazionale in arrivo. Voglio sapere se voi qui avete pensato a qualcosa.

La seconda proposta che Le vorrei sottoporre mi è stata suggerita da un gruppo di cittadini ed è questa: in alcune città italiane, per esempio Milano, stanno studiando un’app che, nel momento in cui arriva il pullman, non ti dice solo a che ora arriva, nel tabellone della fermata, ma ti dice anche quanti posti liberi ci sono, perché sappiamo che i posti vengono soppressi a scacchiera. Ora questo forse fa poca differenza, però sapere che cosa ti sta arrivando, potrebbe invogliare le persone ad andare alla fermata, controllare e, se è abbordabile salire sull’autobus. Naturalmente so benissimo che il sistema informatico del trasporto pubblico, grazie al fatto che le passate Giunte l’avevano privatizzato alla SAD, è complesso, ma non sarebbe male se un sistema di questo tipo fosse implementato anche da noi.

LANZ (SVP): Der Begriff "Smartworking" wäre hier nicht ideal und wir würden auch im Italienischen den Begriff des Homeworking verwenden. "Smartworking" ist ein komplexeres Thema. Die SVP-Fraktion hat sich mit dem Beschlussantrag auseinandergesetzt und würde gerne die ersten fünf Punkte annehmen. Viele Maßnahmen sind schon auf den Weg gebracht, aber ich glaube, dass es wichtig ist, dass die Überlegungen vom Landtag mitgetragen werden, damit sie nicht im luftleeren Raum schweben.

ALFREIDER (Landesrat für Ladinische Bildung, Ladinische Kultur, Verkehrsnetz, Mobilität - SVP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Fraktionssprecher Gert Lanz bereits gesagt hat, befürworten wir den vorliegenden Beschlussantrag, auch weil einige Maßnahmen schon auf den Weg gebracht worden sind. Das Thema öffentliche Mobilität ist in dieser Zeit von enormer Wichtigkeit. Es geht um die Frage, wie wir das Angebot, das in den letzten Jahren und Jahrzehnten aufgebaut worden ist, weiterhin zur Verfügung stellen können, und zwar in Sicherheit. Gerade auf den Zügen ist das Thema schwierig, wie vom Kollegen Dello Sbarba angesprochen. Dort begegnet man sich und fasst die Türen und Griffe an. Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir die Bürgerinnen und Bürger darüber informieren, wie wir in den Zügen und Bussen sicher unterwegs sein können. Wir möchten den öffentlichen Personennahverkehr nicht herunterfahren. Obwohl viele Fahrgäste ausgefallen sind, haben wir uns gewehrt, den öffentlichen Personennahverkehr komplett auf Null zu fahren. Wir haben diese Zeit genutzt, um uns auf die Phase 2 vorzubereiten. Wir sind sehr froh darüber,

dass wir das gemacht haben und sind jetzt besser vorbereitet. Es hat viele Termine und Absprachen mit den Gewerkschaften, Konzessionären und Technikern gegeben. Seit Montag gibt es wieder den regulären Fahrplan, wobei die Kapazitäten erhöht wurden, um diejenigen, die unterwegs sind, sicher transportieren zu können. Das ist für uns enorm wichtig, weshalb wir diese Maßnahme unterstützen.

Zum Thema der App, das der Kollege Dello Sbarba angebracht hat. Wir haben in der Landesregierung vor einigen Tagen beschlossen, eine neue digitale Plattform auf den Weg zu bringen, in die alle Daten der verschiedenen Dienste eingespeist werden. Diese Daten sind live zu sehen und werden morgen auf einer Internetseite zur Verfügung stehen. Wir haben dort also nicht nur die theoretischen Fahrpläne, sondern endlich auch die Echtzeitdaten der Busse und Dienste.

Was die Zutrittskontrollen anbelangt, so wäre das ein Schritt weiter. Da haben wir noch keine spezifische Lösung, und deshalb nehmen wir diesen Vorschlag auf und werden ihn prüfen. Zur Zeit machen die Konzessionäre die entsprechenden Plätze ausfindig, wobei wir an die Eigenverantwortung der Menschen appellieren. Wir hoffen, dass diejenigen, die die Dienste nicht unbedingt nutzen müssen, eventuell den nächsten Bus oder Zug nehmen. Wir sind natürlich dabei, die verschiedenen Szenarien zu planen. Laut den aktuellen Szenarien können wir den Zufluss ordentlich abfangen. Natürlich werden zwei maßgebende Situationen die Fahrpläne beeinflussen. Zum ersten hoffe ich, dass die touristische Aktivität in Südtirol bald wieder aufgenommen werden kann. Das wird sich natürlich auf die Kurze der Fahrgäste auswirken. Allen voran aber geht es um die Wiederaufnahme des Schuldienstes, und ich hoffe, dass auch dieser bald wieder losgehen kann. Diese zwei Situationen sind wir zur Zeit dabei, so gut wie möglich vor auszuplanen. Im Mai werden wir mit dem regulären Fahrplan alle Fahrgäste so gut wie möglich transportieren können.

Was die Wortmeldung des Kollegen Knoll anbelangt, so haben ältere Leute heute schon zum Großteil ein Abo. Wir befinden uns immer noch in der Phase 2, was heißt, dass die Menschen, die nicht unbedingt unterwegs sein sollten, dies vermeiden sollten. Deshalb sind die Kapazitäten für ältere Menschen sicher gegeben. Versuchen wir es bitte zu vermeiden, bei großen Menschenansammlungen unterwegs zu sein. Versuchen wir beispielsweise auch, nicht bei Spitzenzeiten unterwegs zu sein.

Was die Tickets anbelangt, gibt es auf den Bussen zur Zeit aus Hygiene- und Sicherheitsgründen nicht die Möglichkeit des Ticketverkaufs. Bitte registrieren wir uns auf der Internetseite der Mobilität für einen Südtirol-Pass, was ganz leicht funktioniert. Dann kann man gemütlich stempeln, ohne einen persönlichen Kontakt zu haben.

Wir sind dabei, eine digitale Plattform zu erarbeiten, sodass man morgen direkt mit dem Handy abstempeln und die öffentliche Mobilität in ihrer Gesamtheit nutzen kann. Das gilt nicht nur für Zug oder Bus, sondern auch für Bike-Sharing und andere Dienste.

Zum Thema nationale Förderungen. Das ist sehr wichtig, wobei es Maßnahmen vor allem für größere Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern geben wird. Wir sind mit Rom in Kontakt und verfolgen das sehr genau. Wir möchten, dass das Thema genauso kumulierbar ist wie bei den Elektroautos. Vorher wurde gesagt, dass die Provinz bereits etwas getan habe. Die Landesregierung hat einen Katalog von Spezialmaßnahmen auf den Weg gebracht, mit dem wir nicht nur das Fahrrad selbst, sondern auch die Infrastruktur rundum besser fördern möchten. Diesbezüglich sind wir mit Rom in Kontakt, weil wir auch die Straßenverkehrsordnung anpassen oder mit Sonderprojekten aussetzen möchten, damit das Fahrrad bei der bestehenden Infrastruktur Priorität haben kann. Wir glauben, dass das Fahrrad in der Corona-Krise die Chance ist, um sicherer und vor allem umweltfreundlicher unterwegs zu sein. Um die Abstände einhalten zu können, ist das Fahrrad ideal. Ich bedanke mich für die Zusammenarbeit mit dem Kollegen Widmann, mit dem Kollegen Achammer und mit dem Kollegen Vettorato. Wir haben eine gemeinsame Plattform gegründet, um das Fahrrad in alle Bereiche miteinbeziehen und ein Sonderpaket für das Fahrrad aufstellen zu können. Es ist also im Sinne Ihres Beschlussantrages.

Wir möchten auf alle Fälle weiterhin das Angebot zur Verfügung stellen und hoffen, dass die Menschen nicht das Auto als erste Priorität auswählen, sondern andere Verkehrsmöglichkeiten nutzen. Das müssen wir schaffen. Wir haben in der Zwischenzeit eine landesweite Umfrage gestartet, wobei wir möchten, dass die Menschen die Mobilität von morgen mitgestalten. Für Südtirol ist es die Chance, sich bereits heute auf die kommenden Phasen vorzubereiten.

In diesem Sinne kann ich dem, was der Kollege Lanz vorher gesagt hat, zustimmen. Wir stimmen den Punkten 1 bis 5 gerne zu.

PRÄSIDENT: Kollege Lanz, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

LANZ (SVP): Ich ersuche um eine getrennte Abstimmung über die Prämissen und den beschließenden Teil des Beschlussantrages.

PRÄSIDENT: In Ordnung.
Kollegin Foppa, Sie haben das Wort für die Replik.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident! Ich lasse die Punkte 1, 2 und 3 natürlich drinnen und über Punkt 6 wird getrennt abgestimmt. Ich würde den Vorschlag des Kollegen Lanz aufnehmen und bitten, im italienischen Text anstatt "Telelavoro" "Homeoffice" zu schreiben.

Ich danke dem Landesrat für seine Ausführungen. Ich stimme dem zu, was er zum Radfahren gesagt hat. Die Tatsache, dass man so lange darauf verzichten musste, hat die Beliebtheit des Fahrrads gesteigert. Ich wohne an einem relativ viel befahrenen Fahrradweg, auf dem wochenweise niemand mehr vorbeigefahren ist. Ich habe noch sie glücklich Vorbeifahrende gesehen wie jetzt, seit die Menschen wieder das Fahrrad benutzen können. Da ist der Entzug manchmal vielleicht auch förderlich.

Was mich dazu bewogen hat, diesen Beschlussantrag zu formulieren, war der Gedanke daran, wie es von sich gehen soll, wenn der Alltag wieder anfängt. Als Pendlerin aus dem Unterland habe ich an unsere Züge am Morgen gedacht. Dieser Zustand ist Lichtjahre von einer Covid-Verträglichkeit entfernt. Wir standen in den Zügen wie Sardinien, als wir am Morgen nach Bozen gefahren sind. Ich bin also gespannt darauf, wie man das organisieren wird. Wenn alles wieder voll anläuft und wir trotzdem noch Sicherheitsmaßnahmen einhalten müssen, dann wird es echt schwierig. Dann brauchen wir drei Mal so viele Züge, zumindest am Morgen. Da haben wir aber noch Zeit, uns vorzubereiten, aber das wird ein ganz großes Thema sein. Das ist auch ein Grund dafür, warum wir dem Landesgesetz gegenüber eine gewisse Skepsis haben. Eine Staffelung hätte das Ganze erleichtert, aber wir werden ja sehen, wie es gehen wird.

Auf jeden Fall bedanke ich mich auch für die Debatte. Ich denke, dass uns das Thema der Mobilität noch eine Weile begleiten und sich der diesbezügliche Alltag verändern wird, hoffentlich nicht zum Schlechteren. Die Schlüsselbegriffe bei dieser ganzen Angelegenheit sind Angst und Vertrauen. Da muss man mit sehr guten Kommunikationsfachleuten arbeiten. Momentan ist die Kommunikation recht textlastig. Ich glaube, dass man da auch sehr emotional arbeiten muss.

PRÄSIDENT: Wir kommen zur Abstimmung über den Beschlussantrag, und zwar nach getrennten Teilen, so wie vom Abgeordneten Lanz beantragt.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 15 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 1 des beschließenden Teils: mit 35 Ja-Stimmen genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 2 des beschließenden Teils: einstimmig genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 3 des beschließenden Teils: mit 34 Ja-Stimmen genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 4 des beschließenden Teils: mit 33 Ja-Stimmen genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 5 des beschließenden Teils: einstimmig genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 6 des beschließenden Teils: mit 16 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen abgelehnt.

Wir kommen nun zu Beschlussantrag Nr. 272/20 des Abgeordneten Urzì zurück. Der von den Abgeordneten Urzì und Lanz eingebrachte Änderungsantrag liegt mittlerweile vor und lautet wie folgt: "Der beschließende Teil erhält folgende Fassung: 'dem Südtiroler Landtag für jeden einzelnen Monat ab Januar 2020 und bis zum Ende des COVID-19-Notstandes alle nach Gemeinden aufgeschlüsselten Daten zu den Todesfällen sowie die nach Gemeinden aufgeschlüsselten Daten zu den Todesfällen der vergangenen fünf Jahre zu übermitteln'."

"La parte impegnativa è così costituita: 'a trasmettere al Consiglio provinciale tutti i dati dei decessi per ogni singolo Comune per ogni mese da gennaio 2020 sino al termine dell'emergenza Covid 19 e dei dati dei decessi per ogni singolo Comune degli ultimi cinque anni'."

Gibt es Wortmeldungen zum so geänderten Beschlussantrag? Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung, und zwar nach getrennten Teilen, so wie vom Abgeordneten Lanz beantragt.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 14 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über den abgeänderten beschließenden Teil: mit 34 Ja-Stimmen genehmigt.

Punkt 10 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 274/20 vom 20.04.2020, eingebracht vom Abgeordneten Köllensperger, betreffend Einrichtung einer Kontrollgruppe für Covid-Förderungszahlungen"**.

Punto 10) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 274/20 del 20/04/2020, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante istituzione di un gruppo di controllo sul pagamento delle agevolazioni relative al Covid"**.

Letzte Woche hat der Landtag ein 500 Mio.-umfangreiches Maßnahmenpaket für Südtirols Familien und Betriebe angenommen. 300 Mio. davon sollen aus einer Neubewertung der im Rahmen des Finanzabkommens geschuldeten Summe von 476 Mio. kommen. Diese Gelder werden im Haushalt in einem Covid-Fonds verbucht. Die Notwendigkeit effizienter Beihilfen stand für alle Fraktionen außer Frage, und die Geschwindigkeit derselben ist Trumpf. Der Gesetzesentwurf ging ohne Gegenstimme durch, obwohl es ausgabenseitig für den Covid Fonds derzeit noch keine Bestimmungen gibt.

Auch in so schwierigen Zeiten braucht es jedoch Transparenz und Klarheit – insbesondere, wenn es sich um so hohe Summen handelt. Insbesondere gilt es zu garantieren, dass der Landtag auch zu diesen Zeiten seiner Kontrollfunktion vollumfänglich nachkommen kann.

Dasselbe hat sich auch der Tiroler Landtag gefragt. In einer Sondersitzung am 16.4.2020 in Innsbruck ist ein von allen Fraktionen mitgetragener Dringlichkeitsantrag zur Einrichtung einer Kontrollgruppe einstimmig angenommen worden (hier geht es zur entsprechenden Pressemitteilung: <https://www.tirol.gv.at/landtag/meldungen/meldung/artikel/kontrollgruppe-soll-covfoederungsauszahlungen-ueberwachen/>). Diese Kontrollgruppe wird durch die Tiroler Landesregierung regelmäßig über die konkret ausbezahlten CoV-Förderungen sowie die künftig geplante Verwendung der Budgetmittel informiert werden. Der Gruppe sollen jeweils ein/e Vertreterin der Landtagsfraktionen angehören, zudem soll der Landesrechnungshof zu den Gruppensitzungen eingeladen werden. Der Startschuss für die Aufnahme der Arbeit wird im Mai 2020 erfolgen, zu diesem Zeitpunkt wird bereits ein erster Bericht der Landesregierung über die bisherigen Geldbewegungen vorliegen.

„Der Tiroler Landtag bekennt sich in diesem Zusammenhang zudem dazu, dass selbstverständlich auch in der Coronakrise berechnete Interessen der FörderempfängerInnen durch eine sinnvolle Anwendung des Tiroler Fördertransparenzgesetzes zu wahren sind.“

Die Einrichtung einer solchen Kontrollgruppe soll auch in Südtirol dazu dienen, im Sinne der Transparenz und der Kontrolle einen konstanten Austausch zwischen Landesregierung und Landtagsfraktionen beizubehalten.

Dies wäre letzten Endes auch im Interesse der Landesregierung, die durch ihre Berichte die gewählten Volksvertreter und somit die Bürgerinnen und Bürger ständig über den Stand der ausbezahlten Förderungen informieren kann – ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Kommunikation und zur Transparenz vonseiten der Exekutive.

Dies vorausgeschickt,

*verpflichtet
der Südtiroler Landtag*

die Landesregierung,

1. *einen regelmäßigen Bericht über die Geldbewegungen zu erstellen und diesen dem Landtag vorzulegen*

und das Landtagspräsidium

2. *eine Kontrollgruppe für die Förderungsauszahlungen im Rahmen der Covid-19-Pandemie einzurichten, die unter Einhaltung der geltenden Gesetzes- und Privacy-Bestimmungen über die geplante bzw. erfolgte Verwendung der Fördermittel transparent informiert wird;*
3. *in der ersten Fraktionssprechersitzung nach der Annahme dieses Beschlussantrags, die Vertreter der Kontrollgruppe zu bestimmen – je ein Mitglied pro Landtagsfraktion, mit Vorsitz*

durch einen Vertreter der Opposition – und die Kontrollgruppe zum ersten Mal spätestens 7 Tage nach der Fraktionssprechersitzung einzuberufen.

La settimana scorsa, il Consiglio provinciale ha approvato un pacchetto di misure da 500 milioni di euro per le famiglie e le imprese altoatesine. Di questi, 300 milioni provengono da una nuova valutazione dei 476 milioni dovuti in base all'accordo finanziario. Questi fondi saranno iscritti a bilancio in un fondo Covid. La necessità di aiuti efficienti era fuori discussione per tutti i gruppi consiliari; e la rapidità di tali aiuti è decisiva. Il disegno di legge è stato approvato senza voti contrari anche se, sul fronte delle spese, non vi sono ancora disposizioni per il fondo Covid.

Anche in tempi difficili come questi sono comunque necessarie trasparenza e chiarezza, soprattutto quando si tratta d'importi così ingenti. In particolare si deve garantire che anche in questi momenti il Consiglio provinciale possa pienamente esercitare la sua funzione di controllo.

Il problema è stato affrontato pure dall'assemblea legislativa del Land Tirolo, che nella seduta straordinaria del 16 aprile 2020 a Innsbruck ha approvato all'unanimità una mozione urgente, sostenuta da tutti i gruppi, al fine d'istituire un gruppo di controllo (comunicato stampa al seguente indirizzo: <https://www.tirol.gv.at/landtag/meldungen/meldung/artikel/kontrollgruppe-soll-cov-foerderungsauszahlungen-ueberwachen/>). L'esecutivo del Land Tirolo informerà regolarmente il gruppo di controllo sulle agevolazioni relative al Coronavirus effettivamente erogate, nonché sul previsto utilizzo dei fondi di bilancio. Il gruppo di controllo comprende un/una rappresentante di ciascun gruppo presente nell'assemblea legislativa. Alle sue riunioni verrà invitata anche la locale Corte dei conti. I lavori inizieranno nel maggio 2020, quando sarà già disponibile un primo rapporto dell'esecutivo sui movimenti di denaro fino a quel momento.

“Al riguardo l'assemblea legislativa del Land Tirolo riconosce inoltre che i legittimi interessi dei beneficiari/delle beneficiarie delle agevolazioni vanno, naturalmente, tutelati anche nella crisi conseguente al Coronavirus, applicando mutatis mutandis la legge del Land Tirolo sulla trasparenza delle agevolazioni.”

Pure in Alto Adige, l'istituzione di tale gruppo dovrebbe servire a mantenere un costante contatto tra Giunta provinciale e gruppi consiliari, nell'interesse della trasparenza e del controllo.

Ciò sarebbe in ultima analisi anche nell'interesse della Giunta provinciale, che con le relazioni da essa redatte terrebbe costantemente informati i rappresentanti eletti, e quindi cittadine e cittadini, sullo stato delle agevolazioni erogate: un contributo essenziale per migliorare la comunicazione e la trasparenza dell'esecutivo.

Ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna la Giunta provinciale

1. a elaborare a intervalli regolari una relazione sui movimenti di denaro e a presentarla al Consiglio provinciale;

e impegna l'ufficio di presidenza
del Consiglio provinciale

2. a istituire un gruppo di controllo sul pagamento delle agevolazioni relative alla pandemia di Covid-19, il quale verrà informato – in modo trasparente, e nel rispetto delle vigenti disposizioni di legge anche a tutela della privacy – sull'uso delle agevolazioni previsto ovvero avvenuto;
3. a nominare, nella prima riunione del collegio dei capigruppo dopo l'approvazione della presente mozione, i rappresentanti del gruppo di controllo – composto da un componente per gruppo consiliare e presieduto da un rappresentante dell'opposizione – e a convocare per la prima volta detto gruppo al più tardi entro sette giorni dalla seduta del collegio dei capigruppo.

Zu diesem Beschlussantrag liegt ein Änderungsantrag vor, der von den Abgeordneten Köllensperger, Staffler und Lanz eingebracht worden ist und wie folgt lautet: "Der Punkt 1 des beschließenden Teiles wird folgendermaßen ersetzt: '1) einen regelmäßigen Bericht über Transferleistungen zu erstellen und diesen dem Landtag vorzulegen sowie ein digitales und öffentlich zugängliches Ausgaben-Cockpit zu erstellen, welches detaillierte und periodisch aktualisierte Daten zu den Transferleistungen darstellt'."

"Il punto 1 della parte dispositiva è così sostituito: '1) a redigere un rapporto periodico sui trasferimenti finanziari e a presentarlo al Consiglio provinciale, nonché a elaborare un cockpit di spesa digitale e accessibile al pubblico che presenti dati dettagliati e periodicamente aggiornati sui trasferimenti finanziari'."

Herr Abgeordneter Köllensperger, Sie haben das Wort für die Erläuterung des abgeänderten Beschlussantrages.

KÖLLENSPERGER (Team K): Danke, Herr Präsident! Die Idee zu diesem Beschlussantrag entstand durch einen Blick nach Innsbruck bzw. nach Tirol. Wir haben im Landtag ein sehr umfangreiches Maßnahmenpaket mit umgerechnet circa 500 Millionen Euro verabschiedet. 300 Millionen Euro dafür sind in einem Covid-Fonds verbucht worden, dessen Ressourcen aus einer teilweisen Aussetzung Zahlung an Rom, die wir heuer und nächstes Jahr geschuldet sind, bestehen. Insgesamt geht es um 476 Millionen Euro, über die die Landesregierung mit Beschlüssen frei verfügen kann. Es steht außer Frage – wir haben für das Gesetz gestimmt -, dass es nun darum geht, schnell und flexibel auf die Krise zu reagieren. Dafür braucht es viel Geld, und wir haben ja selber gesagt, dass geklotzt werden muss. Nichtsdestoweniger braucht es auch in schwierigen Zeiten Transparenz und Klarheit, insbesondere dann, wenn es um so große Summen geht. Es gilt zu garantieren, dass der Landtag auch zu diesen Zeiten seine Kontrollfunktion wahrnehmen kann. Diese kann durch so umfangreiche Delegierungen an die Regierung durchaus eingeschränkt werden, obwohl wir die Umstände verstehen, unter denen dieses Anliegen zustande gekommen ist. Zur selben Frage ist ja auch der Landtag in Tirol gekommen. Mitte April hat er in einer Sondersitzung einen Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen, der übrigens von der Opposition ausging, bei dem es um die Einrichtung einer Kontrollgruppe ging, die von der Tiroler Landesregierung regelmäßig über die konkreten ausbezahlten Covid-Förderungen und die künftig geplante Verwendung der zur Verfügung stehenden Budgetmittel informiert werden soll. Dieser Gruppe gehört jeweils ein Vertreter jeder Landtagsfraktion an, wobei auch der Landesrechnungshof zu den Gruppensitzungen eingeladen werden soll. Der Startschuss erfolgt im Mai, und da werden bereits die ersten Geldsummen kontrolliert und zur Kenntnis genommen.

Die Einrichtung einer solchen Kontrollgruppe könnte auch in Südtirol dienlich sein, im Sinne der Transparenz und Kontrolle und eines konstanten Austauschs zwischen den Landtagsabgeordneten und der Landesregierung. Letzteres wäre auch im Interesse der Landesregierung, die durch ihre Berichte die gewählten Volksvertreter und somit Bürgerinnen und Bürger ständig über den Stand der ausgezahlten Förderungen informieren kann. Vielleicht wäre es auch angenehmer, anstatt das laufend mit Anfragen machen zu müssen.

Wir möchten, dass der Landtag die Landesregierung verpflichtet, *1. einen regelmäßigen Bericht über die Geldbewegungen zu erstellen und diesen dem Landtag vorzulegen*. Hier greift ein Änderungsantrag, den Kollege Staffler verfasst und ich und der Kollege Lanz mitunterzeichnet haben. Der Zusatz ist *"sowie ein digitales und öffentlich zugängliches Ausgaben-Cockpit zu erstellen, welches detaillierte und periodisch aktualisierte Daten zu den Transferleistungen darstellt."* Mit diesem Zusatz bin ich natürlich einverstanden. Weiters möchte ich, dass der Landtag das Präsidium verpflichtet, *"2. eine Kontrollgruppe für die Förderauszahlungen im Rahmen der Covid-19-Pandemie einzurichten, die unter Einhaltung der geltenden Gesetzes- und Privacy-Bestimmungen über die geplante bzw. erfolgte Verwendung der Fördermittel transparent informiert wird; 3. in der ersten Fraktionssprechersitzung nach der Annahme dieses Beschlussantrags, die Vertreter der Kontrollgruppe zu bestimmen – je ein Mitglied pro Landtagsfraktion, mit Vorsitz durch einen Vertreter der Opposition – und die Kontrollgruppe zum ersten Mal spätestens 7 Tage nach der Fraktionssprechersitzung einzuberufen."* Im Unterschied zu den Tiroler Kollegen habe ich den Rechnungshof nicht mit hineingenommen. Ich glaube, dass es durchaus sinnvoll wäre, wenn wir über eine Kontrollgruppe die Ausgaben etwas mitverfolgen könnten.

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich glaube, dass es sich hier um einen Beschlussantrag handelt, der dazu beiträgt, dass wir insgesamt wieder in den normalen Modus übergehen und versuchen, ordentliche Verwaltung und Kontrolle zu übernehmen. Die Geldmittel, von denen wir gehört haben, sind jetzt im Gespräch und zukünftig werden es mehr werden. Es geht jetzt darum, wie man den Einsatz dieser Geldmittel durch eine Kontrollschleife steuern kann. Es handelt sich um außergewöhnliche Maßnahmen, weshalb es außergewöhnlicher Instrumente bedarf. Dieses Instrument ist nicht für uns hier von Bedeutung, sondern auch für viele Verbände und Forschungsinstitute, die anhand dieser Zahlen ihre Maßnahmen und Überlegungen anstellen können. Deshalb ist es ein Schritt in die richtige Richtung, ein Schritt für mehr Transparenz und Partizipation. Mit diesem ausgleichenden Cockpit, das aufgrund eines Vorschlages

von uns eingefügt wurde, können wir in der Tat eine verstärkte Einbindung aller gesellschaftlich interessierten Bereiche erzeugen, was uns allen behilflich sein wird. Deshalb ist dieser Vorschlag auch demokratiepolitisch von besonderer Bedeutung, weshalb er unsere volle Unterstützung findet.

LANZ (SVP): Ich ersuche um eine getrennte Abstimmung über die Prämissen und den beschließenden Teil des Beschlussantrages.

PRÄSIDENT: In Ordnung.
Herr Landeshauptmann, bitte.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Danke, Herr Präsident! Wir können dem umformulierten Beschlussantrag zustimmen. Es geht uns selbst ja auch darum, möglichst transparent darzulegen, wie die verschiedenen Dienstleistungen gestaltet sind und wie sie bei der Bevölkerung ankommen. Wir hoffen, dass wir das entsprechend rasch und wirkungsvoll auf die Bühne bringen. Es ist das beste Mittel gegen irgendwelche Diskussionen über vermeintliche Ungerechtigkeiten oder Verteilungskämpfe. Deshalb stimmen wir einem solchen Antrag gerne zu. Das ist auch die Basis für ein mögliches Nachbessern. Wir haben selbst größtes Interesse daran, das transparent darzustellen.

KÖLLENSPERGER (Team K): Dankeschön. Schade, dass wir diesen Schritt nicht wie in Nordtirol mit einer echten Kontrollgruppe machen wollen. Es ist gut, dass es der Bericht und das Cockpit ermöglichen, eine Übersicht zu erhalten. Es ist also ein kleiner Schritt in die richtige Richtung und etwas, was uns die Arbeit sicher erleichtern wird.

PRÄSIDENT: Wir kommen zur Abstimmung über den Beschlussantrag, und zwar nach getrennten Teilen, so wie vom Abgeordneten Lanz beantragt.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 12 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 1 des beschließenden Teils: mit 33 Ja-Stimmen genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 2 des beschließenden Teils: mit 15 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 3 des beschließenden Teils: mit 15 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen abgelehnt.

Punkt 11 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 275/20 vom 20.04.2020, eingebracht von den Abgeordneten Leiter Reber und Mair, betreffend autonome öffentliche Kinderbetreuung bis zum Herbst 2020**".

Punto 11) all'ordine del giorno: "**Mozione n. 275/20 del 20/04/2020, presentata dai consiglieri Leiter Reber e Mair, riguardante il servizio pubblico assicuri in modo autonomo l'assistenza all'infanzia fino all'autunno 2020**".

NEUSTART SÜDTIROL – ELTERN STEHEN VOR HERAUSFORDERUNG

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben unser gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben völlig verändert. Jetzt, nach dem völligen Lockdown gilt es, den Neustart Südtirols so schnell und effizient wie möglich zu gestalten und dabei gleichzeitig die Risikogruppen zu schützen. Wir müssen lernen, mit dem Virus zu leben, mit ihm richtig umzugehen und trotz seiner Existenz unser soziales und ökonomisches Leben zu gestalten.

Es ist für die Menschen und die Volkswirtschaft Südtirols von größter Bedeutung, dass so viele Arbeitsplätze wie möglich wiederbesetzt und ausgefüllt werden können. Sehr viele Arbeitnehmer, Selbstständige und Unternehmer können es kaum erwarten und freuen sich darauf, endlich wieder selbst durch ihre Arbeit für ihren Lebensunterhalt sorgen zu können. Viele von ihnen stehen beim Neustart vor großen Herausforderungen.

Besonders große Sorge und Unsicherheit herrscht derzeit bei den berufstätigen Eltern. Aufgrund der weiterhin geschlossenen Bildungseinrichtungen wird ihre Wiederaufnahme des Berufslebens erschwert.

WO SOLLEN UNSERE KINDER BLEIBEN WÄHREND WIR ARBEITEN?

Leider kann Südtirol derzeit nicht selbst entscheiden, ob die Schulen kontrolliert geöffnet werden oder nicht. Auch im Schulbereich hat die Corona-Krise deutlich gemacht: Die Handlungsspielräume unserer Autonomie sind in vielen wesentlichen Bereichen beschränkt und es fehlt an den primären Zuständigkeiten. Besonders in der derzeitigen Notsituation ist dies ein entscheidender Nachteil. Gerade dann, wenn man sich vor Augen führt, dass es auch in anderen Ländern, je nach epidemiologischer Situation, unterschiedliche Gangarten und Zeitpläne gibt, wie am Beispiel Deutschland ersichtlich wird: Die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Berlin, Brandenburg und Schleswig-Holstein machen den Anfang und haben bereits am Montag (20. April) begonnen. Andere Länder ziehen wenige Tage später nach, weitere warten bis Anfang Mai.

Zahlreiche europäische Staaten, darunter Österreich, Deutschland, Dänemark und Frankreich, haben bereits einen konkreten Fahrplan zur Wiederöffnung der Kindergärten und Schulen bekannt gegeben. In den meisten Fällen erfolgt diese Ende April beziehungsweise Anfang Mai. In Italien hat es diesbezüglich bis dato von Regierungsseite keine offizielle Verlautbarung gegeben. Laut Aussagen der italienischen Unterrichtsministerin Lucia Azzolina ist eine Wiederaufnahme des Schul- und Kindergartenbetriebes jedoch erst für kommenden Herbst vorgesehen.

Eine baldige Wiederöffnung von Schulen und Kindergärten wäre sehr wichtig, weil berufstätige Eltern nach Aufhebung der Arbeitsbeschränkungen nicht wissen, wo sie ihre Kinder während der Arbeitszeit unterbringen sollen. Viele von ihnen haben ihren Urlaub oder Wartestand mittlerweile aufgebraucht und deshalb nicht die Möglichkeit, sich jetzt oder auch während der Sommermonate freizunehmen. Die Unterbringung der Kinder bei den Großeltern ist ebenso keine Option, da diese ja zur Covid-19-Risikogruppe gehören. Auch die Beschäftigung eines Babysitters können sich die allermeisten Familien nur sehr schwer leisten, selbst wenn es dafür wie von der italienischen Unterrichtsministerin Azzolina vorgeschlagen einen öffentlichen Zuschuss gäbe. Es ist auch schwierig, kurzfristig geeignete Personen zu finden, schließlich will man seine Kinder nicht irgendwem anvertrauen. Viele Eltern sind deshalb in diesen Tagen ratlos und wissen nicht wie sie wieder ihre Arbeit aufnehmen ohne ihre Kinder betreut zu wissen.

SÜDTIROL DARF, KANN UND MUSS GESTALTEN

Damit der Neustart Südtirols gelingen kann, müssen wir deshalb unabhängig der staatlichen Maßnahmen schnell eine öffentliche Betreuung einrichten, welche bis zum regulären Beginn des neuen Schul- und Kindergartenjahres im Herbst angeboten werden kann. Diese kann als öffentlicher Dienst (*servizio pubblico*) auf Sprengelebene organisiert und finanziert werden. Die Inanspruchnahme des Betreuungsangebotes ist freiwillig. Als Notfallkriterium gilt die Berufstätigkeit der Eltern bzw. des alleinerziehenden Elternteils, welche mittels Eigenerklärung nachgewiesen wird. Als Räumlichkeiten für die Betreuungsaktivitäten stehen die leerstehenden Kindergärten und Schulhäuser zur Verfügung. Die zu entrichtenden Gebühren sind in gleicher Höhe zu gestalten, wie sie bisher für den Schul- und Kindergartenbesuch ausfallen.

In enger Absprache mit den Gewerkschaften, Schulämtern, Sprengeln und Direktionen, unter Einbeziehung der Lehrkörper, des Kindergartenpersonals und in Zusammenarbeit mit den bereits etablierten öffentlichen und privaten Anbietern einer Sommerbetreuung können die gesetzlichen, organisatorischen und pädagogischen Voraussetzungen geschaffen werden, um diese für unser Land so wertvolle Maßnahme autonom umsetzen zu können.

rfreulicherweise haben schon jetzt Lehrpersonen und Pädagogen ihre Bereitschaft erklärt, ein solches Projekt unterstützen zu wollen. Wenn das Schul- und Kindergartenpersonal für einen bestimmten Zeitraum, beispielsweise jeweils 2-3 Wochen, in der für gewöhnlich unterrichtsfreien Sommerzeit arbeitet, kann der Dienst personell abgedeckt werden.

Da voraussichtlich nicht alle Eltern die Notfallbetreuung beantragen müssen oder wollen, wird es leichter sein, Kleingruppen zu bilden und die von Corona gebotenen Platzverhältnisse und Sicherheitsabstände zu einzuhalten. Die einzelnen Einrichtungen können je nach ihren Möglichkeiten und je nach Inanspruchnahme und Besuch über die Auflösung oder Beibehaltung von Klassenverbänden und Gruppen entscheiden. Nicht nur aufgrund der Corona-Bestimmungen, son-

dern vor allem jahreszeitbedingt sollten sich die Kinder so viel wie möglich im Freien aufhalten, wobei auch die örtlichen öffentlichen Sporteinrichtungen miteinzubeziehen sind.

Weiters können auch Oberschüler und Studenten in die Kinderbetreuung eingebunden werden, wofür sich ein entsprechendes Gutscheinsystem besonders anbieten würde.

Damit keine Rechtsunsicherheit gegenüber den staatlichen Vorschriften besteht, ist die Maßnahme mit einem eigenen Landesgesetz und den dazugehörigen Durchführungsbestimmungen abzusichern. Daraus muss klar hervorgehen, dass es sich um eine außerordentliche Maßnahme zur Notfallbetreuung von Kindern unter 14 Jahren handelt, welche nur bis zur Wiederaufnahme des regulären Schul- und Kindergartenbetriebes im September 2020 gültig ist (möglicher Arbeitstitel: „Außerordentliche Maßnahmen zur Betreuung der 3 bis 14-Jährigen“).

Flankierend sind kollektivvertragliche Vereinbarung mit den Gewerkschaften der in Kindergarten und Schule Bediensteten notwendig.

Damit eine rasche Inbetriebnahme des Dienstes möglich wird und der Neustart Südtirols gelingen kann, muss unverzüglich mit der Planung und Einrichtung des Dienstes begonnen werden.

Dies vorausgeschickt

beauftragt
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung:

1. mittels Landesgesetz bis zur Wiederaufnahme des Kindergarten- und Schulbetriebes im Herbst 2020 eine autonome Betreuung für 3 bis 14-Jährige zu schaffen;
2. die Betreuungsaktivität möglichst auf Sprengelebene zu organisieren und dafür die Räumlichkeiten der leerstehenden Kindergärten und Schulen zu nutzen;
3. die Planung in enger Absprache mit den entsprechenden Ämtern, der Schul- und Kindergartenorganisationen sowie dem jeweiligen Personal und den entsprechenden Gewerkschaften vorzunehmen;
4. nach Möglichkeit bereits etablierte Anbieter von Sommerbetreuung und Oberschüler als zusätzliche Kapazitäten in den Dienst einzubauen;
5. nach Möglichkeit örtliche öffentliche Sport- und Freizeitanlagen zur zusätzlichen Nutzung zur Verfügung zu stellen.

LA RIPARTENZA DELL'ALTO ADIGE – UNA SFIDA PER I GENITORI

Le misure di contenimento del contagio da coronavirus hanno radicalmente cambiato la nostra vita sociale ed economica. Adesso, finita la fase di chiusura totale, si tratta di organizzare quanto prima e nel modo più efficiente possibile la ripartenza della nostra provincia e nel contempo tutelare le categorie a rischio. Dobbiamo imparare a convivere con il virus, a comportarci in modo appropriato e a gestire la nostra vita sociale ed economica nonostante la sua esistenza.

Per la gente e per l'economia della nostra provincia è fondamentale fare in modo che il maggior numero possibile di persone ritorni al lavoro. Moltissimi lavoratori dipendenti, liberi professionisti e imprenditori non vedono l'ora e sono contenti di tornare finalmente a sostenersi economicamente con la propria attività. Nella fase della ripartenza molti di loro sono di fronte a grandi sfide. Al momento le famiglie in cui lavorano entrambi i genitori sono alquanto preoccupate e gravate dall'incertezza. La prolungata chiusura delle strutture formative rende più difficoltosa la ripresa della loro attività lavorativa.

DOVE POSSONO RESTARE I NOSTRI FIGLI MENTRE NOI SIAMO AL LAVORO?

Purtroppo, l'Alto Adige non può decidere autonomamente se riaprire le scuole in modo controllato oppure no. La crisi Covid-19 ci sta mostrando anche in ambito scolastico che i margini d'azione della nostra autonomia sono limitati in molti settori essenziali e che mancano alcune competenze primarie. E in particolare nell'attuale situazione di emergenza questo fatto diventa uno svantaggio decisivo, soprattutto quando ci rendiamo conto che, come ci mostra l'esempio della Germania, in altri Paesi esistono modalità e tempi diversi a seconda della situazione epidemiologica: i Länder Nordreno-Vestfalia, Sassonia, Berlino, Brandeburgo e Schleswig-Holstein sono i primi e hanno già iniziato lunedì 20 aprile. Altri Länder seguiranno tra pochi giorni e altri ancora aspetteranno fino a inizio maggio.

Numerosi Stati europei, tra cui Austria, Germania, Danimarca e Francia, hanno già fissato una tabella di marcia per la riapertura delle scuole, comprese quelle per l'infanzia. Nella maggior parte dei casi questa avverrà a fine aprile o inizio maggio. In Italia il Governo non si è ancora ufficialmente espresso in merito. Secondo quanto dichiarato dalla ministra dell'istruzione Lucia Azzolina la ripresa dell'attività didattica potrà avvenire solo in autunno.

Una pronta riapertura delle scuole, comprese quelle per l'infanzia, sarebbe importantissima, perché tolte le limitazioni alle attività lavorative i genitori non sanno dove lasciare i figli nell'orario di lavoro. Molti di loro hanno nel frattempo consumato tutte le ferie o esaurito le possibilità di aspettativa, per cui adesso oppure nei mesi estivi non hanno più modo di prendere libero. E nemmeno sistemare i figli dai nonni rappresenta più una possibile opzione, in quanto gli anziani sono una categoria esposta al rischio di infezione. Anche reclutare una persona che si occupi dei bambini è qualcosa che la maggior parte delle famiglie può difficilmente permettersi di fare, pur beneficiando delle agevolazioni proposte dalla ministra Azzolina. Inoltre, risulta difficile trovare in poco tempo persone adatte, perché dopo tutto nessuno vuole lasciare i propri figli a una sconosciuta o uno sconosciuto. Per questi motivi molti genitori sono si trovano attualmente di fronte a un dilemma e non sanno come fare per riprendere il lavoro lasciando i figli in buone mani.

L'ALTO ADIGE PUÒ, È IN GRADO E DEVE FARE QUALCOSA PER GESTIRE LA SITUAZIONE
Affinché la nostra provincia possa ripartire con successo, dobbiamo quindi organizzare, indipendentemente dalle misure statali e in forma pubblica, attività di assistenza e custodia, da offrire in attesa della regolare ripresa dell'attività didattica in autunno. Questo servizio pubblico può essere organizzato e finanziato a livello territoriale. L'accesso è facoltativo. Per definire l'emergenza vale l'attività lavorativa dei genitori oppure del genitore singolo, attestata mediante autocertificazione. Gli spazi necessari si possono reperire nelle scuole per l'infanzia e negli edifici scolastici attualmente vuoti. Le rette da pagare dovrebbero corrispondere a quelle richieste sinora per frequentare i vari tipi di scuola.

In stretta consultazione con i sindacati, le intendenze scolastiche, gli istituti comprensivi e le direzioni, coinvolgendo gli insegnanti e il personale delle scuole dell'infanzia nonché in collaborazione con gli attori pubblici e privati già operanti che nei mesi estivi propongono attività a bambini e ragazzi, si possono creare i presupposti giuridici, organizzativi e pedagogici per istituire in autonomia questo servizio così importante per la nostra provincia.

Insegnanti e pedagogisti hanno già dato la loro disponibilità a sostenere un progetto di questo tipo. Se il personale delle scuole per l'infanzia e delle scuole lavorasse per un determinato tempo, per esempio per 2-3 settimane, nel periodo estivo in cui normalmente non c'è alcuna attività didattica, il servizio sarebbe coperto dal punto di vista del personale.

Visto che presumibilmente non tutti i genitori avranno bisogno o vorranno usufruire di questo servizio, risulterà più semplice formare piccoli gruppi e rispettare le nuove distanze di sicurezza nonché la suddivisione degli spazi che il coronavirus ci impone. Le singole strutture possono decidere, a seconda delle proprie possibilità, della fruizione e del grado di utilizzo, se sciogliere o mantenere le classi e i gruppi. A seguito dei provvedimenti varati per l'emergenza coronavirus, ma soprattutto in considerazione della stagione, i bambini dovrebbero stare il più possibile all'aperto, utilizzando anche le strutture sportive pubbliche esistenti in loco.

Come assistenti si potrebbero coinvolgere anche studenti delle scuole superiori e universitari, per i quali si potrebbe introdurre un sistema di voucher.

Onde evitare una situazione di incertezza giuridica rispetto alla normativa statale, bisogna ancorare la misura in un'apposita legge provinciale con il relativo regolamento di esecuzione. Deve risultare chiaramente che si tratta di una misura straordinaria di assistenza emergenziale di bambini e ragazzi fino ai 14 anni. Questa misura sarà in atto solo fino alla ripresa della regolare attività didattica negli istituti scolastici e nelle scuole per l'infanzia nel settembre 2020 (un possibile titolo del provvedimento potrebbe essere "Misure straordinarie per l'assistenza e la custodia di bambini e ragazzi dai 3 ai 14 anni").

Il provvedimento dovrà essere accompagnato da accordi di comparto stipulati con i sindacati del personale delle scuole per l'infanzia e delle scuole.

Per consentire un rapido avvio del servizio e la ripartenza della nostra provincia, bisogna avviare quanto prima la pianificazione e istituzione di questo servizio.

Ciò premesso

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano incarica la Giunta provinciale

1. *di istituire autonomamente mediante legge provinciale e fino alla ripresa dell'attività didattica nelle scuole, comprese quelle per l'infanzia, prevista per l'autunno 2020, un'attività di assistenza e custodia per minori con un'età compresa tra i 3 e i 14 anni;*
2. *di organizzare questa attività di assistenza possibilmente a livello territoriale (istituti comprensivi) utilizzando gli spazi rimasti vuoti delle scuole per l'infanzia e degli istituti scolastici;*
3. *di effettuare la pianificazione in stretta collaborazione con gli uffici competenti, le organizzazioni scolastiche, comprese quelle per l'infanzia, nonché il rispettivo personale e i sindacati di categoria;*
4. *di coinvolgere nel servizio, ove possibile, ulteriori capacità come le associazioni già operanti che svolgono attività di assistenza nei mesi estivi e gli studenti delle scuole superiori;*
5. *di mettere a disposizione in aggiunta, se possibile, le strutture pubbliche per lo sport e il tempo libero esistenti in loco.*

Es liegt ein Ersetzungsantrag der Einbringer vor, der wie folgt lautet: "Neustart Südtirol – Eltern stehen vor Herausforderung

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben unser gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben völlig verändert. Jetzt, nach dem völligen Lockdown gilt es, den Neustart Südtirols so schnell und effizient wie möglich zu gestalten und dabei gleichzeitig die Risikogruppen zu schützen. Wir müssen lernen mit dem Virus zu leben, mit ihm richtig umzugehen und trotz seiner Existenz unser soziales und ökonomisches Leben zu gestalten. Es ist für die Menschen und die Volkswirtschaft Südtirols von größter Bedeutung, dass so viele Arbeitsplätze wie möglich wiederbesetzt und ausgefüllt werden können. Sehr viele Arbeitnehmer, Selbstständige und Unternehmer können es kaum erwarten und freuen sich darauf endlich wieder selbst durch ihre Arbeit für ihren Lebensunterhalt sorgen zu können. Viele von ihnen stehen beim Neustart vor großen Herausforderungen. Besonders große Sorge und Unsicherheit herrscht derzeit bei den berufstätigen Eltern. Aufgrund der weiterhin geschlossenen Bildungseinrichtungen wird ihre Wiederaufnahme des Berufslebens erschwert.

Wo sollen unsere Kinder bleiben während wir arbeiten?

Leider kann Südtirol derzeit nicht selbst entscheiden, ob die Schulen kontrolliert geöffnet werden oder nicht. Auch im Schulbereich hat die Corona-Krise deutlich gemacht: Die Handlungsspielräume unserer Autonomie sind in vielen wesentlichen Bereichen beschränkt und es fehlt an den primären Zuständigkeiten. Besonders in der derzeitigen Notsituation ist dies entscheidender Nachteil. Gerade dann, wenn man sich vor Augen führt, dass es auch in anderen Ländern, je nach epidemiologischer Situation, unterschiedliche Gangarten und Zeitpläne gibt, wie am Beispiel Deutschland ersichtlich wird: Die Bundesländer Nordrhein Westfalen, Sachsen, Berlin, Brandenburg und Schleswig-Holstein machen den Anfang und haben bereits am Montag (20. April) begonnen. Andere Länder ziehen wenige Tage später nach, weitere warten bis Anfang Mai.

Zahlreiche europäische Staaten, darunter Österreich, Deutschland, Dänemark und Frankreich, haben bereits einen konkreten Fahrplan zur Wiederöffnung der Kindergärten und Schulen bekannt gegeben. In den meisten Fällen erfolgt diese Ende April beziehungsweise Anfang Mai. In Italien hat es diesbezüglich bis dato von Regierungsseite keine offizielle Verlautbarung gegeben. Laut Aussagen der italienischen Unterrichtsministerin Lucia Azzolina ist eine Wiederaufnahme des Schul- und Kindergartenbetriebes jedoch erst für kommenden Herbst vorgesehen. Eine baldige Wiederöffnung von Schulen und Kindergärten wäre sehr wichtig, weil berufstätige Eltern nach Aufhebung der Arbeitsbeschränkungen nicht wissen, wo sie ihre Kinder während der Arbeitszeit unterbringen sollen. Viele von ihnen haben ihren Urlaub oder Wartestand mittlerweile aufgebraucht und deshalb nicht die Möglichkeit sich jetzt oder auch während der Sommermonate freizunehmen. Die Unterbringung der Kinder bei den Großeltern ist ebenso keine Option, da diese ja zur Covid-19-Risikogruppe gehören. Auch die Beschäftigung eines Babysitters können sich die allermeisten Familien nur sehr schwer leisten, selbst wenn es dafür wie von der italienischen Unterrichtsministerin Azzolina vorgeschlagen einen öffentlichen Zuschuss gäbe.

Es ist auch schwierig, kurzfristig geeignete Personen zu finden, schließlich will man seine Kinder nicht irgendwem anvertrauen. Viele Eltern sind deshalb in diesen Tagen ratlos und wissen nicht wie sie wieder ihre Arbeit aufnehmen ohne ihre Kinder betreut zu wissen.

Seit Beginn der Schließung von Kindergärten und Schulen Anfang März fehlen den Kindern und Jugendlichen jegliche soziale Kontakte zu Gleichaltrigen und Menschen außerhalb der Familie. Durch das Kontaktverbot und „Eingesperrtsein“ wurde ihr Recht auf Bewegung, Spiel und Freizeit stark beschnitten. Dies hat mitunter negative gesundheitliche Auswirkungen. Nicht selten sind Kinder und Jugendliche von Schlafstörungen, Depressionen und anderen psychischen Folgeerscheinungen betroffen. Um Kinder und Jugendliche nicht länger unter dieser Situation leiden zu lassen, muss der Kontakt zu Freunden und Gleichaltrigen direkt nach Beendigung des Kontaktverbotes wieder möglich gemacht werden. Auch diese Gesichtspunkte müssen bei der Organisation der öffentlichen Kinderbetreuung mitberücksichtigt werden.

Südtirol darf, kann und muss gestalten

Damit der Neustart Südtirols gelingen kann, müssen wir unabhängig der staatlichen Maßnahmen schnell eine öffentliche Betreuung einrichten, welche bis zum regulären Beginn des neuen Schul- und Kindergartenjahres im Herbst angeboten werden kann. Diese kann als öffentlicher Dienst (servizio pubblico) auf Sprengelebene und in enger Absprache und Kooperation mit der jeweiligen Gemeinde organisiert und finanziert werden. Die Inanspruchnahme des Betreuungsangebotes ist freiwillig. Als Notfallkriterium gilt die Berufstätigkeit der Eltern bzw. des alleinerziehenden Elternteils, welche mittels Eigenerklärung nachgewiesen wird. Als Räumlichkeiten für die Betreuungsaktivitäten stehen Räumlichkeiten der öffentlichen Hand zur Verfügung, wobei besonders die leerstehenden Kindergärten und Schulhäuser verwendet werden. Es dürfen auf keinen Fall Mehrkosten für die Familien anfallen: Die zu entrichtenden Gebühren sind daher in gleicher Höhe zu gestalten, wie sie bisher für den Schul- und Kindergartenbesuch anfallen.

In enger Absprache mit den Gewerkschaften, Schulämtern, Sprengeln und Direktionen, unter Einbeziehung der Lehrkörper, des Kindergartenpersonals und in Zusammenarbeit mit den bereits etablierten öffentlichen und privaten Anbietern einer Sommerbetreuung, können die gesetzlichen, organisatorischen und pädagogischen Voraussetzungen geschaffen werden, um diese für unser Land so wertvolle Maßnahme autonom umsetzen zu können. Dabei soll Schul- und Kindergartenpersonal keineswegs zur Arbeit im Sommer verpflichtet werden – vielmehr müssen Land und Gewerkschaften einen Aufruf an jenes Bildungspersonal richten, das grundsätzlich dazu bereit ist, für einen von ihnen definierten Zeitraum im Sommer einen Solidarbeitrag zu leisten und am öffentlichen Kinderbetreuungsprogramm mitzuwirken. Erfreulicherweise haben bereits jetzt hunderte Lehrpersonen und Pädagogen ihre Bereitschaft erklärt, ein solches Projekt unterstützen zu wollen. Über die Möglichkeit einer Vergütung sowie über deren Form und Ausmaß muss die Landesregierung in Absprache mit den Gewerkschaften zu gegebenem Zeitpunkt befinden. Der geleistete Extradienst könnte etwa bei der Zuteilung bestehender Prämien berücksichtigt werden. Um eine ausreichende personelle Abdeckung des Dienstes gewährleisten zu können, muss das Land zusätzlich Verträge mit privaten Anbietern und Vereinen abschließen, um deren Mitarbeiter und vorhandenen Strukturen in die öffentliche Kinderbetreuung zu integrieren. Weiters können auch Oberschüler und Studenten in die Kinderbetreuung eingebunden werden, wofür sich ein entsprechendes Gutscheinsystem besonders anbieten würde.

Da voraussichtlich nicht alle Eltern die Notfallbetreuung beantragen müssen oder wollen, wird es leichter sein, Kleingruppen zu bilden und die von Corona gebotenen Platzverhältnisse und Sicherheitsabstände zu einzuhalten. Die einzelnen Einrichtungen können je nach ihren Möglichkeiten und je nach Inanspruchnahme und Besuch über die Auflösung oder Beibehaltung von Klassenverbänden und Gruppen entscheiden. Nicht nur aufgrund der Corona-Bestimmungen, sondern vor allem jahreszeitbedingt sollten sich die Kinder so viel wie möglich im Freien aufhalten, wobei auch die örtlichen öffentlichen Sporteinrichtungen miteinzubeziehen sind.

Damit eine rasche Inbetriebnahme des Dienstes möglich wird und der Neustart Südtirols gelingen kann, muss unverzüglich mit der Planung und Einrichtung des Dienstes begonnen werden.

Dies vorausgeschickt

beauftragt
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung:

1. sämtliche rechtliche und verwaltungstechnische Schritte in die Wege zu leiten, um bis zur Wiederaufnahme des Kindergarten- und Schulbetriebes im Herbst 2020 eine ausreichende und öffentlich finanzierte Betreuung für 3 bis 14-Jährige zu ermöglichen und garantieren zu können;
2. die Betreuungsaktivität möglichst auf Gemeinde- bzw. Sprengelebene und unter Einbindung der jeweiligen Gemeindeverwaltung und Direktionen zu organisieren und dafür öffentliche Räumlichkeiten zu nutzen, wobei sich besonders die leerstehenden Kindergärten und Schulen hierzu eignen;

3. die Planung in enger Absprache mit den entsprechenden Ämtern, den Schul- und Kindergartenorganisationen sowie dem zur Mithilfe bereitstehenden Bildungspersonal und den entsprechenden Gewerkschaften vorzunehmen;
4. aufbauend auf bereits etablierte private und öffentliche Anbieter von Sommerbetreuung auch Oberschüler, Studenten und freiwillige Erwachsene als zusätzliche Kapazitäten in den Dienst einzubauen;
5. nach Möglichkeit örtliche öffentliche Sport- und Freizeitstätten zur zusätzlichen Nutzung zur Verfügung zu stellen;
6. die Pandemievorsorge und medizinische Begleitung sowie die Sicherheitsmaßnahmen der verschiedenen Sommerbetreuungsangebote über Sanitätsbetrieb und andere öffentliche Dienste zu garantieren;
7. bei Bedarf Projekte für Ferienaufenthalte auf dem Berg (Hotels, Almhütten) zu unterstützen, um Ersatz für die bisherigen Sommerkolonien auf dem Meer zu finden und die Betreuung in den Gemeinden zu entlasten;
8. die bisherigen zahlreichen Hüttenlager und Sommercamps von Jungschar, AVS, Ministranten, Jugendkapellen und anderer ehrenamtlicher Vereine durch eine gezielte Unterstützung und Pandemievorsorge von Seiten des Landes auch in diesem Sommer zu ermöglichen oder diesen Organisationen auf freiwilliger Basis ein Mitwirken an der Sommerbetreuung in den Gemeinden zu ermöglichen."

"La ripartenza dell'Alto Adige – una sfida per i genitori

Le misure di contenimento del contagio da coronavirus hanno radicalmente cambiato la nostra vita sociale ed economica. Adesso, finita la fase di chiusura totale, si tratta di organizzare quanto prima e nel modo più efficiente possibile la ripartenza della nostra provincia e nel contempo tutelare le categorie a rischio. Dobbiamo imparare a convivere con il virus, a comportarci in modo appropriato e a gestire la nostra vita sociale ed economica nonostante la sua esistenza. Per la gente e per l'economia della nostra provincia è fondamentale fare in modo che il maggior numero possibile di persone ritorni al lavoro. Moltissimi lavoratori dipendenti, liberi professionisti e imprenditori non vedono l'ora e sono contenti di tornare finalmente a sostenersi economicamente con la propria attività. Nella fase della ripartenza molti di loro sono di fronte a grandi sfide. Al momento le famiglie in cui lavorano entrambi i genitori sono alquanto preoccupate e in preda all'incertezza. La prolungata chiusura delle strutture formative rende più difficoltosa la ripresa della loro attività lavorativa.

Dove possiamo lasciare i nostri figli mentre noi siamo al lavoro?

Purtroppo, l'Alto Adige non può decidere autonomamente se riaprire le scuole in modo controllato oppure no. La crisi Covid-19 ci sta mostrando anche in ambito scolastico che i margini d'azione della nostra autonomia sono limitati in molti settori essenziali e che mancano alcune competenze primarie. E in particolare nell'attuale situazione di emergenza questo fatto rappresenta uno svan-taggio decisivo, soprattutto quando ci rendiamo conto che, come ci mostra l'esempio della Germania, in altri Paesi esistono modalità e tempi diversi a seconda della situazione epidemiologica: i Länder Nordreno-Vestfalia, Sassonia, Berlino, Brandeburgo e Schleswig-Holstein sono i primi e hanno già iniziato lunedì 20 aprile. Altri Länder stanno seguendo e altri ancora aspetteranno fino a inizio maggio.

Numerosi Stati europei, tra cui Austria, Germania, Danimarca e Francia, hanno già fissato una tabella di marcia per la riapertura delle scuole, comprese quelle per l'infanzia. Nella maggior parte dei casi questa avverrà a fine aprile o inizio maggio. In Italia il Governo non si è ancora ufficialmente espresso in merito. Secondo quanto dichiarato dalla ministra dell'istruzione Lucia Azzolina la ripresa dell'attività didattica potrà avvenire solo in autunno. Una pronta riapertura delle scuole, comprese quelle per l'infanzia, sarebbe importantissima, perché tolte le limitazioni alle attività lavorative i genitori non san-no dove lasciare i figli nell'orario di lavoro. Molti di loro hanno nel frattempo consumato tutte le ferie o esaurito le possibilità di aspettativa, per cui adesso oppure nei mesi estivi non hanno più modo di prendere libero. E nemmeno sistemare i figli dai nonni rappresenta più una possibile opzione, in quanto gli anziani sono una categoria esposta al rischio di infezione. Anche reclutare una persona che si occupi dei bambini è qualcosa che la maggior parte delle famiglie può difficilmente permettersi di fare, pur beneficiando delle agevolazioni proposte dalla ministra Azzolina.

Inoltre, risulta difficile trovare in poco tempo persone adatte, perché dopo tutto nessuno vuole lasciare i propri figli a una sconosciuta o uno sconosciuto. Per questi motivi molti genitori si trovano attualmente di fronte a un dilemma e non sanno co-me fare per riprendere il lavoro lasciando i figli in buone mani.

Da quando a inizio marzo sono state chiuse le scuole, anche dell'infanzia, i bambini e i ragazzi sono rimasti senza contatti sociali con i loro coetanei e con persone al di fuori della famiglia. Con questo divieto di contatto e con la "reclusione forzata" è stato intaccato il loro diritto al movimento, al gioco e al tempo libero. Ciò comporta tra l'altro conseguenze negative per la loro salute. Bambini e giovani non dormono più bene, soffrono di depressione e iniziano a mostrare altre conseguenze a livello psicologico. Per fare in modo che bambini e ragazzi non debbano soffrire ulteriormente di questa situazione, bisogna fare in modo che possano riprendere i contatti con amici e coetanei non appena terminerà il divieto di incontro. Anche questi aspetti vanno considerati nell'organizzazione dei servizi di assistenza all'infanzia.

L'Alto Adige può, è in grado e deve fare qualcosa per gestire la situazione

Affinché la nostra provincia possa ripartire con successo, dobbiamo quindi organizzare, indipendentemente dalle misure statali e in forma pubblica, servizi di assistenza educativa, da offrire in attesa della regolare ripresa dell'attività didattica in autunno. Questo servizio pubblico può essere organizzato e finanziato a livello territoriale. L'accesso è facoltativo. Per definire l'emergenza vale l'attività lavorativa dei genitori oppure del genitore singolo, attestata mediante autocertificazione. Come spazi e locali per le attività ci sono quelli di proprietà pubblica, in modo particolare gli edifici scolastici e gli asili attualmente vuoti. Ciò non deve in alcun modo comportare costi aggiuntivi per le famiglie: le rette da pagare devono quindi corrispondere a quelle sinora richieste per frequentare i vari tipi di scuola.

In stretta consultazione con i sindacati, le intendenze scolastiche, gli istituti comprensivi e le direzioni, coinvolgendo gli insegnanti e il personale delle scuole dell'infanzia nonché in collaborazione con gli attori pubblici e privati già operanti che nei mesi estivi propongono attività a bambini e ragazzi si possono creare i presupposti giuridici, organizzativi e pedagogici per istituire in autonomia questo servizio così importante per la nostra provincia. Il personale delle scuole per l'infanzia e delle scuole non deve in alcun modo essere obbligato a lavorare nei mesi estivi. Piuttosto Provincia e sindacati devono appellarsi al personale educativo disposto a dare un contributo solidale per un periodo di tempo che vorrà mettere a disposizione per partecipare alle varie attività educative pubbliche per l'infanzia. Centinaia di insegnanti e pedagogisti hanno già dato la loro disponibilità a sostenere un progetto di questo tipo. La Giunta provinciale deciderà a tempo debito, e d'intesa con i sindacati, in quale forma e misura provvedere a un'eventuale remunerazione. Il servizio supplementare svolto potrebbe essere considerato al momento dell'assegnazione dei premi. Per garantire una sufficiente copertura del servizio, la Provincia deve inoltre stipulare contratti aggiuntivi con attori privati e associazioni al fine di integrare il personale e le strutture già esistenti nel servizio pubblico di assistenza all'infanzia. Come assistenti si potrebbero poi anche coinvolgere studenti delle scuole superiori e universitari, per i quali si potrebbe introdurre un sistema di voucher.

Visto che presumibilmente non tutti i genitori avranno bisogno o vorranno usufruire di questo servizio, risulterà più semplice formare piccoli gruppi e rispettare le nuove distanze di sicurezza nonché la suddivisione degli spazi che il coronavirus ci impone. Le singole strutture possono decidere, a seconda delle proprie possibilità, della fruizione e del grado di utilizzo, se sciogliere o mantenere le classi e i gruppi. A seguito dei provvedimenti varati per l'emergenza coronavirus, ma soprattutto in considerazione della stagione, i bambini dovrebbero stare il più possibile all'aperto, utilizzando anche le strutture sportive pubbliche esistenti in loco.

Per consentire un rapido avvio del servizio e la ripartenza della nostra provincia, bisogna avviare quanto prima la pianificazione e istituzione di questo servizio.

Ciò premesso

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

incarica la Giunta provinciale:

1. di provvedere a quanto necessario dal punto di vista amministrativo e giuridico, per istituire e garantire fino alla ripresa dell'attività didattica nelle scuole, comprese quelle per l'infanzia, un servizio di assistenza, sufficiente e finanziato con fondi pubblici, per minori con un'età compresa tra i 3 e i 14 anni;
2. di organizzare questa attività di assistenza educativa possibilmente a livello comunale e territoriale (istituti comprensivi), coinvolgendo le rispettive amministrazioni comunali e direzioni, utilizzando a tale scopo spazi di proprietà pubblica e soprattutto edifici scolastici e asili vuoti;
3. di effettuare la pianificazione in stretta collaborazione con gli uffici competenti, le organizzazioni scolastiche, comprese quelle per l'infanzia, e con l'aiuto del personale educativo disponibile e dei sindacati di categoria;

4. di coinvolgere nel servizio, partendo da operatori pubblici e privati che offrono attività di assistenza educativa nei mesi estivi, ulteriori capacità lavorative come gli studenti delle scuole superiori e universitari nonché gli adulti volontari;
5. di mettere a disposizione in aggiunta, se possibile, le strutture pubbliche per lo sport e il tempo libero esistenti in loco;
6. di garantire, attraverso l'Azienda sanitaria e altri servizi pubblici, quanto necessario per prevenire una nuova ondata della pandemia, l'assistenza medica e le misure di sicurezza nelle varie attività offerte nei mesi estivi;
7. di promuovere, ove necessario, progetti per soggiorni estivi in montagna (hotel e malghe), per creare un'alternativa alle colonie estive sinora organizzate in località marine e sgravare i Comuni nella fornitura di questi servizi;
8. di rendere possibile, anche questa estate, lo svolgimento dei numerosi campi estivi in passato organizzati da Jungschar, AVS, Ministranten (gruppo chierichetti), orchestre giovanili e altre associazioni di volontariato, attraverso un apposito sostegno della Provincia e ai fini di prevenire una nuova ondata della pandemia, oppure di consentire a queste organizzazioni di collaborare in modo volontario alle varie attività di assistenza educativa che nei mesi estivi si svolgono nei Comuni.

Herr Abgeordneter Leiter Reber, Sie haben das Wort für die Erläuterung des ersetzten Beschlussantrages.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Geschätzter Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe deshalb einen Ersetzungsantrag eingebracht, weil die Freiheitliche Landtagsfraktion Anfang April bereits ein eigenes Landesgesetz gefordert hat, um die Sommerbetreuung von Kindern gestalten zu können. Teile der Kinderbetreuung sind im jetzigen Landesgesetz enthalten, aber würden uns wünschen, dass im Landesgesetz auch für die Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren und für Jugendliche Platz gefunden wird.

Wir alle sind uns einig, dass die Politik die Wirtschaft nicht ersetzen kann. Jeder von uns weiß, dass zigtausende Eltern jetzt wieder die Möglichkeit haben, am Neustart teilzunehmen und das Glück haben, arbeiten dürfen zu gehen. Es gibt hier mehrere Aspekte, und wir haben gestern bei der Anhörung der Anwaltschaften gehört, dass die Kinder und Jugendlichen auf soziale Kontakte angewiesen sind. Südtirol hat in Bezug auf die Schule und deren Öffnungszeiten keine Kompetenzen. In Deutschland befinden die einzelnen Bundesländer darüber und haben das auch schon gemacht, in welchem Ausmaß wieder mit dem Schulunterricht begonnen wird. Bei uns ist das nicht der Fall und bei uns wird das auch im Herbst nicht der Fall sein. Zur Zeit kann niemand sagen, ob es der italienische Staat ermöglicht, im Herbst wieder einen regulären Unterricht stattfinden zu lassen.

Die Eltern stehen vor mehreren Herausforderungen, auch in Zusammenhang mit Home-Office. Viele Eltern, die Home-Office machen, sagen, dass sie zwar von zu Hause arbeiten können, aber wenn sie sich dann gleichzeitig auch um die Kinder kümmern müssen, dann sei das sehr schwierig zu vereinbaren. Wenn beide Elternteile beruflich tätig sind, dann ist es schwierig, die Kinder gewissenhaft zu betreuen. Wenn wir wirtschaftlich auf die Beine kommen wollen, dann müssen wir diese Entlastung öffentlich anbieten. Das Land muss hier unterstützend einwirken. In Vergangenheit hat es in den einzelnen Gemeinden eine etablierte Sommerbetreuung von Kindern gegeben, wobei die Angebote der Gemeinden unterschiedlich waren. In einigen Gemeinden wurde die Sommerbetreuung von Kindern von Sozialgenossenschaften übernommen, anderenorts haben sie Vereine übernommen. Zusätzlich hat es noch die ganzen Sommercamps gegeben. Das wird es in dieser Form nicht geben können, wenn das Land nicht die Rahmenbedingungen dafür schafft.

Die Schulen, die meistens den Gemeinden gehören und die vielen Sportstätten im Land wären ideale Orte, um eine Sommerbetreuung der Kinder mit den notwendigen Schutzmaßnahmen möglich zu machen. Es geht ja nicht darum, die Kinder und Jugendlichen in irgendwelche Klassen einzupferchen. Sie sollen sich so viel wie möglich in der frischen Luft aufhalten und im Rahmen der Möglichkeiten eine pädagogisch wertvolle und abwechslungsreiche Sommerbetreuung erhalten. So etwas kann man als Familie in den eigenen vier Wänden nicht anbieten. Die Schwierigkeiten liegen natürlich darin, dass es zusätzliches Personal braucht. Ich habe Rückmeldungen von Lehrern und Kindergartenpersonal, aber auch von Müttern und Jugendlichen bzw. Oberschülern, die in Vergangenheit in der Kinderbetreuung tätig waren, dass sie bereit wären, mitzuwirken

und mitzuarbeiten. Für das Lehr- und Kindergartenpersonal besteht die Möglichkeit, für zwei, drei Wochen in die Sommerbetreuung von Kindern eingebunden zu werden.

Planung und Organisation sind natürlich umfangreich und vor Ort individuell zu gestalten. Das Land kann die Verantwortung aber nicht auf die Gemeinden abwälzen, denn der Aspekt der Pandemie-Vorsorge darf nicht vernachlässigt werden. Alle, die bereit wären, diese Betreuung zu übernehmen, fragen sich, wie sie ihre jeweilige Gruppe schützen können, welche Maßnahmen eingehalten werden müssen, wie sie sich selber schützen können, was passiert, wenn Kinder oder Betreuer positiv getestet werden usw. Für diese Fragen ist das Land zuständig.

Ich komme zum beschließenden Teil des Beschlussantrages: *Der Südtiroler Landtag beauftragt die Südtiroler Landesregierung,*

1. *sämtliche rechtliche und verwaltungstechnische Schritte in die Wege zu leiten, um bis zur Wiederaufnahme des Kindergarten- und Schulbetriebes im Herbst 2020 eine ausreichende und öffentlich finanzierte Betreuung für 3 bis 14-Jährige zu ermöglichen und garantieren zu können;*
2. *die Betreuungsaktivität möglichst auf Gemeinde- bzw. Sprengelzebene und unter Einbindung der jeweiligen Gemeindeverwaltung und Direktionen zu organisieren und dafür öffentliche Räumlichkeiten zu nutzen, wobei sich besonders die leerstehenden Kindergärten und Schulen hierzu eignen;*
3. *die Planung in enger Absprache mit den entsprechenden Ämtern, den Schul- und Kindergartenorganisationen sowie dem zur Mithilfe bereitstehenden Bildungspersonal und den entsprechenden Gewerkschaften vorzunehmen;*
4. *aufbauend auf bereits etablierte private und öffentliche Anbieter von Sommerbetreuung auch Oberschüler, Studenten und freiwillige Erwachsene als zusätzliche Kapazitäten in den Dienst einzubauen;*
5. *nach Möglichkeit örtliche öffentliche Sport- und Freizeitanlagen zur zusätzlichen Nutzung zur Verfügung zu stellen;*
6. *die Pandemievorsorge und medizinische Begleitung sowie die Sicherheitsmaßnahmen der verschiedenen Sommerbetreuungsangebote über Sanitätsbetrieb und andere öffentliche Dienste zu garantieren;*
7. *bei Bedarf Projekte für Ferienaufenthalte auf dem Berg (Hotels, Almhütten) zu unterstützen, um Ersatz für die bisherigen Sommerkolonien auf dem Meer zu finden und die Betreuung in den Gemeinden zu entlasten;*
8. *die bisherigen zahlreichen Hüttenlager und Sommercamps von Jungschar, AVS, Ministranten, Jugendkapellen und anderer ehrenamtlicher Vereine durch eine gezielte Unterstützung und Pandemievorsorge von Seiten des Landes auch in diesem Sommer zu ermöglichen oder diesen Organisationen auf freiwilliger Basis ein Mitwirken an der Sommerbetreuung in den Gemeinden zu ermöglichen.*

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie presidente! Collega Leiter Reber, naturalmente noi sappiamo benissimo la situazione delle famiglie, anche la situazione delle nostre famiglie, delle famiglie dei vicini, delle famiglie degli amici e delle famiglie di molti e molte che si sono fatti sentire da noi in quanto consiglieri e consigliere provinciali e quindi il tema dell'assistenza all'infanzia, in prospettiva della riapertura, è un tema fondamentale.

Questo tema è sviluppato in diversi articoli della legge che domani discuteremo, quindi perché Lei non trasforma tutti questi punti in emendamenti alla legge? La Giunta potrebbe approvare o bocciare questa cosa, ma tanto è domani che si decidono queste cose.

Sono punti molto precisi, la legge è molto precisa su questi punti e in parte è diversa da quello che Lei propone, quindi io Le proporrei di trasformare questi punti – tanto ha tempo fino a domani mattina.

LEITER REBER: *(unterbricht)*

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Lo può estendere, questo è chiaro, mica è detto che la legge non sia modificabile.

Il secondo punto un po' discutibile è quello sul trattamento del personale. Credo che abbiamo ricevuto tutti da parte delle organizzazioni sindacali, ASGB compresa, una lettera – proprio oggi a mezzogiorno – in cui si dice che questa è materia contrattuale. Allora, quando Lei dice "con l'aiuto del personale educativo

disponibile e dei sindacati di categoria – come se i sindacati fossero un aiuto – *zur Mithilfe bereitstehenden Bildungspersonal und den entsprechenden Gewerkschaften vorzunehmen*, cosa vuole dire *Mithilfe der Gewerkschaften*? Con i sindacati si fa una trattativa e si fa un accordo, questo è. Se è materia contrattuale, si fa un accordo con i sindacati.

Io ho dubbi che si possa, tra l'altro, scavalcare l'accordo con una legge, ma certamente non si può scavalcare la necessità di un accordo contrattuale con un *Beschlussantrag*, sarebbe nuovo che il Consiglio provinciale dispone degli orari e delle condizioni di lavoro delle dipendenti e dei dipendenti che sono indispensabili per fare questa roba e devono essere contenti di farla, con una semplice mozione.

Vorsitz der Vizepräsidentin | Presidenza della vicepresidente: Rita Mattei

PRESIDENTE: Grazie, consigliere Dello Sbarba. La parola alla consigliera Rieder.

RIEDER (Team K): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzter Kollege Leiter Reber, ich will nicht das wiederholen, was der Kollege Dello Sbarba bereits gesagt hat. Ich habe mir dasselbe gedacht, als ich mir den Beschlussantrag nochmals durchgelesen habe. Wenn Sie alle diese Punkte als Änderungsantrag für die Behandlung des Gesetzentwurfes, der morgen auf der Tagesordnung steht, eingereicht haben, dann wäre dieser Beschlussantrag obsolet. Über das Thema an sich sind wir uns alle einig, nämlich, dass es ein großes Thema ist. Ich finde es langsam auch ermüdend, über dieses Thema zu reden und inhaltlich möchte ich heute auch nichts dazu sagen. Ich möchte lediglich zwei Anmerkungen machen. Ich hoffe, dass das, was in Ihrem Beschlussantrag steht, eigentlich schon gemacht wurde. Das nehme ich zumindest an, aber das wird uns die zuständige Landesrätin sicher sagen. Ich hoffe, dass es gemacht wurde. Was mir bis heute fehlt – das fehlt sowohl im Beschlussantrag als auch im entsprechenden Gesetz –, sind klare Hinweise darauf, was ab wann angeboten wird. es braucht Planungssicherheit für Eltern, Kinder und Jugendliche, aber auch für die Schulen und Lehrer, für die Kindergärtnerinnen, für die Verbände usw. Es heißt immer nur, "es kann angeboten werden, es kann eröffnet werden". Ich möchte, dass gesagt wird, was wir bieten können, und dann müssen wir endlich auch einmal eine Erhebung machen, wie viele Kinder und Jugendliche die Sommerbetreuung in Anspruch nehmen möchten und ob sie für alle möglich sein wird.

Wenn solche Dinge gemacht werden, dann werden normalerweise einvernehmliche Protokolle gemacht. Man schreibt es nicht einfach in ein Gesetz hinein und entscheidet somit über die Köpfe der Gewerkschaften und Köpfe der Bediensteten hinweg. Das müsste in enger Absprache mit den Gewerkschaften gemacht werden, aber die Realität ist leider eine andere.

Wie gesagt, ich kann nicht gegen diesen Beschlussantrag sein, wenngleich ich hoffe, dass all das, was hier drinnen steht, schon gemacht wird. Sonst würde ich darum bitten, es morgen als Änderungsantrag vorzulegen. Wir werden auf jeden Fall zustimmen.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich möchte jetzt nicht das wiederholen, was gesagt worden ist, denn dem kann ich mich auch anschließen. Ich wollte etwas anderes aufwerfen, nämlich die Tatsache, dass die Corona-Krise so viel hervorgebracht hat, über das man im Vorfeld ein bisschen gemurmelt und gemunkelt hat, worüber aber immer ein Mantel des Schweigens gebreitet worden war. Eines dieser Themen ist die Sommerbetreuung, die bei uns nicht optimal geregelt war. Ich habe damals mitbeobachtet, wie diese entstanden ist. Es gab verschiedene Ansätze, wobei der subsidiäre gewählt wurde, was an und für sich ein guter Ansatz ist. Dieser hat aber dazu geführt, dass die Kinder in den Sommermonaten von einer Aktivität in die nächste "gegrattelt" wurden. Was hat es für eine Familie bedeutet, wenn sie das nicht mit den eigenen Urlauben abdecken konnte? Dass die Kinder von der Abenteuerwoche in Villnöss bis zum Schwimmen auf Italienisch herumgekartt worden sind, sich jede Woche auf eine andere Bezugsperson und Gruppe einstellen mussten, um an Ende des Sommers erschöpft in die Schule zu kommen. Das war Fakt bei uns in Südtirol. Ich weiß, dass dahinter keine böse Absicht steckte, sondern dass man es eigentlich gut gemeint hat. Das waren zerstückelte Zwischenlösungen einer Gesellschaft, die nicht wirklich anerkennen will, dass sie sich verändert hat und die Leute nicht mehr das ganze Jahr zu Hause sind. Wir haben uns schwer getan, diese Realität anzuerkennen. Deshalb sind wir zu dieser unharmonischen und unorganischen Sommerlösung gekommen. Es hat sicher schöne und wunderbare Bildungsangebote gegeben, aber für die Kinder war es nicht optimal. Jetzt sehen wir, dass das überhaupt nicht mehr geht. Mit dieser Krise geht ganz vieles nicht mehr. Die Problematik ist die, dass momentan keine Planbarkeit vorhanden ist, so wie von der Kollegin Rieder angesprochen.

Ich möchte daran appellieren, nicht die einen gegen die anderen aufzuhetzen und einen Krieg der Armen heraufzubeschwören. Da ist wirklich einiges zu homogenisieren. Frau Landesrätin, ich weiß, dass es schwierig ist und das will ich nicht kleinreden, aber ich wollte nur sagen, dass das jetzt so richtig aufgebrochen ist, wobei es schon lange geschwelt hat. Dieses Thema stand leider nie auf der großen politischen Bühne, weil es um Familien geht, die bekanntlich sehr wenig Lobby haben.

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Wir werden für diesen Beschlussantrag stimmen, weil wir glauben, dass er für den Gesetzentwurf der Landesregierung unterstützend ist. Es ist ja noch nicht klar, ob der Gesetzentwurf der Landesregierung genehmigt und möglicherweise von Rom angefochten wird. Deshalb ist es wichtig, diesem Beschlussantrag zuzustimmen, damit der Landtag ein klares Zeichen nach Rom sendet. Wir erteilen der Landesregierung den Auftrag, in Bezug auf die Sommerbetreuung von Kindern tätig zu werden. Deshalb werden wir dafür stimmen, wobei ich hoffe, mit diesem Argument andere Kolleginnen und Kollegen im Saal dazu bewegen zu können, dasselbe zu tun. Die Eltern müssen wissen, in welche Richtung es geht, denn darauf warten sie hart.

Ich möchte noch einen Punkt hinzufügen bzw. an die zuständige Landesrätin appellieren, dass es in Zusammenhang mit der Kinderbetreuung – also auch mit der Sommerbetreuung – um die Leistbarkeit geht. Viele Familien haben momentan einen finanziellen Engpass, weshalb ich daran appelliere, dass die Angebote für die Familien leistbar sein müssen. Heuer müssen wir darauf noch mehr Rücksicht nehmen.

AMHOF (SVP): Ich gebe Ihnen Recht, Kollege Leiter Reber, wenn Sie sagen, dass mittlerweile viele Familien am Ende ihrer Kräfte angelangt sind, weshalb wir an die Kinderbetreuung denken müssen. Wenn wir nun schrittweise einzelne Branchen öffnen und zu einer gewisse Normalität zurückkehr wollen, dann müssen unbedingt die Kinderbetreuung vorsehen, denn sonst wissen die Familien nicht, wohin sie ihre Kinder geben sollen. Viele Familien haben inzwischen die Sonderelternzeit aufgebraucht und für viele war der Babysitter-Bonus, den es auf staatlicher Ebene gegeben hat, nicht praktikabel. Nachdem ich seit Wochen in einem intensiven Austausch mit der zuständigen Landesrätin bin, weiß ich, dass sie intensiv mit der Familienministerin verhandelt und Vorschläge unterbreitet hat, auch in Zusammenarbeit mit der Kammerabgeordneten Renate Gebhard. Dabei ist immer wieder unterstrichen worden, dass es in erster Linie um die Gesundheit der Kinder, der Betreuerinnen und Betreuer und unserer Familien geht. Unter diesem Gesichtspunkt wurde unser Gesetzentwurf ausgearbeitet bzw. das ist die Grundlage des Gesetzentwurfes, über den wir morgen diskutieren werden. Wir haben eine Notbetreuung im Kindergarten und in der Schule vorgesehen, wobei ich kurz auf das Schreiben der Gewerkschaften zurückkommen möchte, das in eine ganz andere Richtung geht. Die Notbetreuung, bei der Kindergärtnerinnen und Lehrpersonen in den Präsenzdienst zurückgeholt werden, ist mit den Gewerkschaften vereinbart worden. Es hat verschiedene Gespräche gegeben, und die Lehrpersonen und Kindergärtnerinnen sind ja im Dienst. Wir holen sie ja nur bis zum Ende des Schuljahres in den Präsenzdienst zurück. Dann startet die Sommerbetreuung mit ihren Schwächen, die sie in den vergangenen Jahren vielleicht hatte und die sich jetzt auch zeigen. Aber wir wissen alle, dass wir diese Sommerbetreuung brauchen. Wir werden auch in Zukunft auf die Qualität der Sommerbetreuung achten, wobei wir in diesem Jahr viel mehr an Sommerbetreuung benötigen werden, weil es möglichst keine Gruppen geben soll, um die Kinder und BetreuerInnen zu schützen.

Die Südtiroler Volkspartei lehnt diesen Beschlussantrag ab, vor allem aufgrund der Tatsache, dass wir die Sommerbetreuung im Gesetzentwurf definiert haben, der morgen zur Diskussion steht.

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Der Begriff "Betreuung" irritiert mich, denn Kindergarten und Schule sind bei uns nicht auf Betreuung ausgelegt, bisher jedenfalls nicht. Es gibt nicht die gesetzliche Grundlage dafür, denn Schule und Kindergarten sind Bildungseinrichtungen. Deshalb können wir hier nicht von Betreuung reden, obwohl es Betreuung braucht. Wir wissen, dass die Familien diesbezüglich in großen Schwierigkeiten sind und es Lösungen braucht. Hier von "Betreuung" zu reden, ist nicht gesetzeskonform, weshalb wir Punkt 1 des beschließenden Teiles nicht zustimmen können.

Zu Punkt 3 des beschließenden Teiles. Die Kollegin Amhof hat gesagt, dass es bereits eine Absprache mit den Gewerkschaften gegeben habe. Wenn dem so ist, dann ist das in Ordnung, denn diesbezüglich ist mit den Gewerkschaften zu verhandeln.

Punkt 2 des beschließenden Teiles ist auch kritisch, weil wir da vor allem in die Kompetenzen der Gemeindeverwaltungen eingreifen.

Die anderen Punkte sind durchaus nachvollziehbar, weshalb ich um eine getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte ersuche.

DEEG (Landesrätin für Soziales, Wohnbau, Familie und Senioren - SVP): Sehr geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, über dieses Thema werden wir in den nächsten Tagen im Zuge der Behandlung des entsprechenden Gesetzentwurfes noch viel diskutieren. Ich finde es wunderbar, dass heute ein Konsens darüber besteht, dass es familienergänzende Betreuungsangebote überhaupt braucht. Diesen Konsens hat es vor Jahren noch nicht gegeben, und deshalb ist das schon ein Meilenstein. Wir haben viele ideologische Debatten über dieses Thema geführt, und es ist ein Zeichen für eine Krisensituation, dass Dinge, die vorher ein Thema waren, jetzt weniger ein Thema sind und man gemeinsam darüber spricht, wie es funktionieren soll.

Ich darf vorweg einige Zahlen zur Sommerbetreuung nennen. Jedes Jahr werden in 106 Südtiroler Gemeinden an die 75.000 Einschreibungen in Sommerbetreuungsangebote abgewickelt. Das ist nicht ein nicht koordiniertes Programm und das würde auch nicht funktionieren, wenn es sich nicht um hochprofessionelle Organisationen handeln würde, die auf bewährte Betreuer, die pädagogisch geschult werden, zurückgreifen können. Sie wissen vielleicht, dass die Sommerbetreuungsanbieter mit der Planung eines Sommers normalerweise im Oktober/November des Vorjahres beginnen. Wenn nach Schulende diese Programme starten, dann liegt bereits eine Zeit von 7, 8 Monaten intensiver Planung, Schulung und Begleitung mit pädagogischen Konzepten dahinter. Das sind Dinge, die wir normalerweise nicht sehen, weil die Angebote dann starten und meistens sehr gut ankommen und auch sehr gut besucht sind. Bisher ist Gott sei Dank nichts Großartiges passiert, was mich vor allem für jene freut, die das abwickeln. Es freut mich wirklich, dass diese Angebote gesehen und geschätzt wird, aber heuer stehen wir vor einer besonderen Herausforderung. Im Jahr 2011 wurden für die Sommerbetreuung circa 3,6 Millionen Euro investiert, jetzt sind wir bei 11 Millionen Euro, Tendenz steigend. Vielleicht hatten Sie die Gelegenheit, einige dieser Angebote selber anzuschauen, so geht einem manchmal schon das Herz auf. Was ist da alles dabei? Von der Waldspielgruppe im Sarntal über den Raketenbau in Gummer bis zum gemeinsamen "Schlutzermachen" im Pustertal. Man kann durch das ganze Land fahren und die Vielfalt sehen. Im Grunde genommen ist die Sommerbetreuung so bunt wie unser gesellschaftliches und kulturelles Leben, was es eigentlich auch so wertvoll macht. Warum trauen wir uns nicht, einmal zu sagen, dass es etwas Tolles ist? Wenn wir die Kinder fragen, was sie haben möchten, dann werden sie sagen, dass sie nicht 365 Tage im Jahr Kindergarten oder Schule haben möchten. Sie haben ein Recht auf Entspannung, Erholung und auf ein soziales Leben in einem anderen Kontext. Natürlich steht das manchmal im Widerspruch zu dem, was sich berufstätige Eltern wünschen, nämlich alles durchgetastet, alles möglich unkompliziert, in der Früh abgeben, dann wieder Holen. Das verstehe ich sehr gut, aber Kinder erleben im Sommer sehr viele Dinge. Wenn junge Menschen mit jungen Menschen arbeiten, dann schaut es ganz anders aus, als wenn das etablierte Pädagogen im Schulbetrieb machen.

Wie schaut es heuer auf Staatsebene aus? Für uns alle war es erschreckend zu sehen, wie die Diskussionen über eine Öffnung der Phase 2 abgelaufen sind. Die Kinder, junge Menschen und Familien werden nicht mitgenommen. Wie kann das im Jahr 2020 sein? Wie kann man über eine Öffnung von Wirtschaftsbereichen nachdenken, ohne über Betreuungs- und Bildungsangebote zu sprechen? Das ist passiert! Wir haben uns mit den Kollegen Parlamentariern und mit den Regionen zusammengesetzt und gemeinsam mit der Kollegin Ulli Oberhammer die nationalen Gremien für die Chancengleichheit aktiviert. Wir haben auf allen Ebenen alles Mögliche in Bewegung gesetzt und was ist herausgekommen? Auf staatlicher Ebene wird über einen "piana nazionale per l'infanzia" betreffend den Sommer 2020 diskutiert. Ich war vorher in einer Videokonferenz der Regionen, bei der es konkret um die "centri estivi" auf staatlicher Ebene und um die Vorgaben gegangen ist. Jetzt tut sich also etwas und Ministerpräsident Conte hat gestern gesagt, auch Frauen in die Steuerungsgremien zu holen. Wie gesagt, wir sind auf lokaler Ebene schon etwas weiter und haben schon einige Treffen mit den Betreuungsanbietern gehabt. Ich darf mich an dieser Stelle bei den Anbietern der Kleinkindbetreuungsdienste bedanken, die sehr viel mitdenken und vernünftige Vorschläge machen. Wir machen das natürlich in Abstimmung mit den Bildungsbereichen aller drei Sprachgruppen und vor allem auch mit dem Sanitätsbetrieb. Wir übernehmen hier sehr viel Verantwortung. Das Ziel auf staatlicher Ebene ist es, mit Ende Mai mit den sogenannten "centri estivi" zu starten. Es wäre gut, wenn das so wäre. Ich darf Ihnen sagen, dass wir hier eine treibende Rolle eingenommen haben, was gut ist. Ich danke den Kollegen Landesräten im Bildungsbereich, denn die müssen sich zur Zeit viel auf Netzwerken anhören. Es wird immer gesagt, dass man etwas tun müsse, aber das ist nicht so einfach. Es braucht viel Durchhaltevermögen, Geduld und den Aufruf zusammen-

zuschauen. Die Familien und jungen Menschen in diesem Land brauchen uns. Besondere Zeiten brauchen besondere Lösungen, und wir müssen vielleicht manche Dinge, die bisher tabu waren, ... Ein Kind ist ein Kombipaket. Schaffen Sie es, Ihre Kinder in Bildung und Betreuung zu trennen? Ich schaffe das nicht. Ich kann nicht sagen: "Jetzt bilde ich Dich und morgen betreue ich Dich." Das habe ich mit meiner Tochter nie geschafft. Ich verstehe nicht, warum man immer auf dieser Geschichte beharrt.

Ich komme zum Schluss. Es wurde schon gesagt, dass wir diesen Beschlussantrag nicht annehmen. Kollegin Atz Tammerle, die Hierarchie der Rechtsquellen ist uns allen bekannt. Ich entschuldige mich für den belehrenden Ton, aber ich muss Ihnen sagen, dass ein Beschlussantrag in dieser Hinsicht überhaupt keine Wirkung hat. Es hilft uns weder, wenn wir es in Rom verteidigen müssen, noch wenn wir es irgendwoanders einbringen wollen. Wir schreiben die Dinge in ein Gesetz, um jene abzusichern, die mit viel Mut und Verantwortung einsteigen. Wir machen das mit einem gewissen Risiko, und es ist zur Zeit so, dass viele Leute Angst vor diesem Risiko haben. Ich hoffe, dass eine Lösung gefunden wird, was das Thema Infektion und strafrechtliche Haftung betrifft. Wenn sich ein Mitarbeiter am Arbeitsplatz infiziert, dann hat er Anrecht auf Krankenstand usw., aber man kann doch nicht Leute, die alles, was vorgeschrieben ist, machen, ins Gefängnis bringen, sollte es zu einer Infektion kommen.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Liebe Landesrätin Deeg, ich habe diesen Beschlussantrag am 20. April dieses Jahres eingebracht, der sie auffordert, ein entsprechendes Landesgesetz zu machen. Da haben Sie noch nicht gewusst, dass es ein eigenes Landesgesetz braucht. Das möchte ich schon vorausschicken. Dann habe ich vorgeschlagen, das Landesgesetz zuerst zu behandeln und erst dann die Beschlussanträge. Bei der Fraktionssprechersitzung hat es geheißen, dass man alle Themen, die zur Zeit nicht aktuell wären, draußen lassen und nur über Corona-Themen sprechen sollte. An das habe ich mich gehalten, weshalb es mich schon sehr verwundert, dass jetzt gesagt wird, dass man das ins Gesetz hätte geben sollen. Das würde für jeden Beschlussantrag gelten. Ich kann es aber gerne noch einmal beim Gesetz einbringen, dann können Sie es dann nochmals ablehnen.

Ich frage mich auch, mit welchen Gewerkschaften Sie gesprochen haben. Ich habe diesen Beschlussantrag den Gewerkschaften zur Kenntnis geschickt, die mir gesagt haben, dass es viele Lehrpersonen gibt, die bereit wären, hier einzuspringen. Da steht nirgends, dass jemand verpflichtet wird. Die Kollegen Foppa spricht von Krieg und vom Aufhetzen. Darum geht es nicht, sondern es geht um jene, die bereit sind, diesen Dienst zu verrichten und dass die Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass sie es auch dürfen. Meine halbe Familie besteht aus Lehrern und ich selber habe einige Jahre unterrichtet und über zehn Jahre in der Sommerbetreuung gearbeitet. Ich weiß also, wie es läuft! Wenn der Kollege Staffler dann davon spricht, dass man nicht von Betreuung sprechen dürfe, so muss ich ihm sagen, dass Lehrpersonen ständig Betreuung machen. Ich rede bewusst nicht von Sommerschule, denn ich möchte die Kinder nicht monatelang in eine Sommerschule stecken. Ich möchte, dass sie beschäftigt sind und sie Aktivitäten machen können, die ihnen Freude bereiten und die sie in den letzten Wochen nicht machen konnten. Ich glaube, wir reden hier voneinander vorbei. Ich weiß, dass sehr viele Eltern wirklich darauf angewiesen sind und hoffen, dass ihre Kinder bis zum Herbst gut aufgehoben sind. Ich weiß, dass sich die Eltern sogar illegal organisieren. Wir können so tun, als würden wir die Realität nicht sehen. Wir können aber auch die Rahmenbedingungen schaffen, um den Eltern in diesem Land unter die Arme zu greifen und den Kindern und Jugendlichen einen Gefallen zu tun.

Frau Landesrätin, Sie können es jetzt niederstimmen und morgen wieder. Wir werden diese Stimme immer wieder erheben. Ich bin schon enttäuscht über einige Aussagen, denn wenn ich mir anhöre, was in den letzten Wochen bekundet worden ist, dann wundert es mich schon, zu welchen Aktionen sich manche Abgeordnete hinreißen lassen.

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Josef Noggler

PRÄSIDENT: Wir kommen zur Abstimmung über den Beschlussantrag, und zwar nach getrennten Teilen, wie vom Abgeordneten Staffler beantragt.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 10 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 1 des beschließenden Teils: mit 11 Ja-Stimmen und 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 2 des beschließenden Teils: mit 10 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 3 des beschließenden Teils: mit 10 Ja-Stimmen und 25 Nein-Stimmen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 4 des beschließenden Teils: mit 12 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Punkt 12 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 220/19 vom 20.12.2019, eingebracht vom Abgeordneten Nicolini, betreffend Förderungen von Energiespeichersystemen"** (Fortsetzung).

Punto 12) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 220/19 del 20/12/2019, presentata dal consigliere Nicolini, riguardante bando sistemi di accumulo energia"** (continuazione).

Die Behandlung des Beschlussantrages wurde bereits am 15.1.2020 begonnen.
Herr Abgeordneter Nicolini, bitte.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Grazie presidente! Io avevo già discusso questa mozione e poi, con la disponibilità dell'assessore, avevo anche incontrato lui e il suo staff per discuterla e valutarla un po' meglio.

Questo è avvenuto proprio la settimana prima delle "vacanze", che poi hanno interrotto tutto quanto ed è stata data priorità ad altri eventi, e quindi non siamo riusciti poi a riprendere il filo di questo possibile bando e vedo che comunque sono state aumentate considerevolmente le risorse destinate alle energie alternative, e quindi io chiederei un ulteriore rinvio per rivedere magari qualche correzione, se è possibile, nella disponibilità dell'assessore, e posso ripresentarla magari nella prossima sessione. Grazie!

VETTORATO (assessore alla scuola italiana, formazione professionale italiana, cultura italiana, energia, ambiente - Lega Salvini Alto Adige – Südtirol): Grazie! Se la mozione sulla scuola era provvidenziale, questa è stata bloccata dalla "vacanza" forzata.

Assolutamente sì, rinvio volentieri, anche perché negli interventi che sono stati previsti dalla Giunta dal punto di vista ambientale, anche per fare un rilancio dell'economia, utilizziamo anche i contributi ambientali. Questa potrebbe essere la strada maestra, e quindi potrebbe rientrare in quelle misure, quindi noi non ci siamo potuti incontrare, chiedo anche scusa, ma c'erano altre emergenze.

Il tema mi interessa e se Lei chiede un rinvio io sono contento, così ci potremo confrontare. Grazie!

PRÄSIDENT: In Ordnung. Somit wird die Behandlung des Beschlussantrages erneut vertagt.

Punkt 13 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 7/19: "Änderungen zum Landesgesetz vom 12. Mai 2010, Nr. 6, 'Naturschutzgesetz und andere Bestimmungen'"* (Fortsetzung).

Punto 13) all'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 7/19: "Modifiche alla legge provinciale 12 maggio 2010, n. 6 'Legge di tutela della natura e altre disposizioni'"* (continuazione).

Die Behandlung des Gesetzentwurfes hat am 15.1.2020 begonnen, wobei der Abgeordnete Nicolini den Gesetzentwurf bereits erläutert hat.

Herr Abgeordneter Nicolini, bitte.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Chiedo un altro rinvio della trattazione del disegno di legge provinciale.

PRÄSIDENT: In Ordnung.

Bevor ich die Sitzung schließe, teile ich noch mit, dass morgen in der Früh im Landtagssaal eine Sitzung der Fraktion der Südtiroler Volkspartei stattfindet, weil alle anderen Säle besetzt sind. Deshalb ersuche ich die Abgeordneten, sich ihre Dokumente mitzunehmen. Ich ersuche die Abgeordneten der Südtiroler Volkspartei, morgen jenen Platz einzunehmen, den sie heute einnehmen.

Morgen am Nachmittag beginnen wir mit der Behandlung des Gesetzentwurfes der Mehrheit. Der Gesetzentwurf beinhaltet vier Artikel und ich weiß nicht, wie lange die Generaldebatte dauern wird. Deshalb werden wir möglicherweise nach 18.00 Uhr mit den Arbeiten fortfahren, um die Behandlung des Gesetzentwurfes abschließen zu können, sollte nicht mehr viel fehlen. Sollten wir mit der Generaldebatte aber nicht innerhalb 18.00 Uhr fertig werden, dann werden wir am Freitag mit den Arbeiten fortfahren.

Kollegin Mair, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

MAIR (Die Freiheitlichen): Ich weiß, dass ich jetzt etwas tue, was der politischen Minderheit sicher nicht passt, aber wenn ich mir die Tagesordnung richtig anschau, so ist noch der Antrag der Süd-Tiroler Freiheit zur Covid-Angelegenheit ausständig. Der wird morgen behandelt. Ich stelle den Antrag, ob es möglich ist, nach der Behandlung dieses Antrages mit der Behandlung des Gesetzentwurfes zu beginnen.

PRÄSIDENT: Die Situation ist folgende. Wir haben die zusätzliche Tagesordnung heute um 14.20 Uhr verschickt und müssten laut Geschäftsordnung 24 Stunden danach, also morgen um 14.30 Uhr mit der Behandlung des Gesetzentwurfes beginnen. Es bräuchte also einen einstimmigen Beschluss der Fraktionssprecher, um das so zu machen. Wir können das aber auch morgen noch entscheiden.

Abgeordneter Urzì, bitte.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente! Sulla proposta avanzata dalla collega Ulli Mair, io non ho nulla da eccepire, però evidentemente vanno coinvolte tutte le forze di minoranza, tanto cambia poco un giorno più o un giorno meno. La collega Ulli Mair ha sempre una massima attenzione per la sensibilità di tutte le forze di minoranza quindi non ho dubbi, evidentemente deve essere recepita da tutti e deve essere d'accordo anche la maggioranza, peraltro.

Invece io personalmente, presidente, non sono d'accordo per la prosecuzione dei lavori dopo le ore 18.00. Il Consiglio è convocato fino alle ore 18.00, quindi si lavora fino alle ore 18.00, accada quel che accada, e poi dopo si prosegue venerdì. Grazie!

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich würde vorschlagen, dass wir das heute entscheiden, auch im Hinblick auf die Abgabe von Änderungsanträgen. Wir haben einen Gesetzentwurf, der im Dringlichkeitswege behandelt werden muss, also können wir bis zum Ende der Generaldebatte Änderungsanträge einbringen. Ich wäre also dafür, dass wir das heute entscheiden.

PRÄSIDENT: Kollege Urzì, die Einladung spezifiziert nicht eine eventuelle Nachtsitzung am Freitag, sondern sie lässt eine Nachtsitzung auch am Donnerstag zu. Deshalb sind wir diesbezüglich sehr wohl in Ordnung. Wenn wir am Donnerstag sehen, dass wir noch in der Generaldebatte sind, eine Nachtsitzung anzuhängen.

Ich weiß nicht, ob diese Entscheidung jetzt zu fällen ist oder ob wir sie auf morgen früh vertagen.

Kollege Unterholzner, bitte.

UNTERHOLZNER (Team K): Wenn die Süd-Tiroler Freiheit ihren Beschlussantrag nicht behandeln würde und wir morgen in der Früh gleich mit der Behandlung des Gesetzentwurfes beginnen, dann wäre das auch eine Option.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Kollege Unterholzner, ich drehe den Spieß um, wenn die Südtiroler Volkspartei bereit ist, den Beschlussantrag gleich anzunehmen, dann wäre das auch eine Option. Wir haben in der Fraktionssprechersitzung vereinbart, dass wir in dieser Sitzungsfolge Beschlussanträge behandeln wollen, die sich speziell mit der Covid-Krise befassen. Deshalb schließe ich mich dem Vorschlag an, dass wir jetzt darüber abstimmen, nur die vorgezogenen Beschlussanträge zu behandeln und danach mit der Behandlung des Gesetzentwurfes der Mehrheit zu beginnen. Dann ist das heute schon geklärt und wir können uns zeitlich darauf einstellen.

PRÄSIDENT: Gut. Dann stimmen wir über den Vorschlag ab, morgen nach der Behandlung der Beschlussantrages der Süd-Tiroler Freiheit mit der Behandlung der Mehrheit zu beginnen: einstimmig angenommen.



Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

Danke die Sitzung ist geschlossen.

Ore 18.00 Uhr

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:
Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

ACHAMMER (6, 32)
ALFREIDER (52)
AMHOF (10, 69)
ATZ TAMMERLE (69)
BESSONE (12)
DEEG (11, 70)
DELLO SBARBA (25, 43, 48, 52, 67)
FAISTNAUER (9)
FOPPA (26, 36, 39, 50, 54, 68, 73)
HOCHGRUBER KUENZER (4)
KNOLL (18, 38, 42, 46, 51, 73)
KÖLLENSPERGER (18, 25, 30, 57, 58)
KOMPATSCHER (16, 47, 58)
LADURNER (10)
LANZ (5, 32, 52, 54, 58)
LEITER REBER (13, 33, 66, 71)
MAIR (1, 73)
MATTEI (6)
NICOLINI (23, 27, 31, 51, 72)
PLONER Alex (4)
PLONER Franz (3, 38, 43, 46)
REPETTO (41, 44)
RIEDER (38, 68)
SCHULER (12)
STAFFLER (24, 31, 57, 69)
UNTERHOLZNER (2, 30, 33, 73)
URZÌ (8, 31, 42, 45, 47, 73)
VETTORATO (7, 26, 72)
WIDMANN (14, 39, 44, 47)